

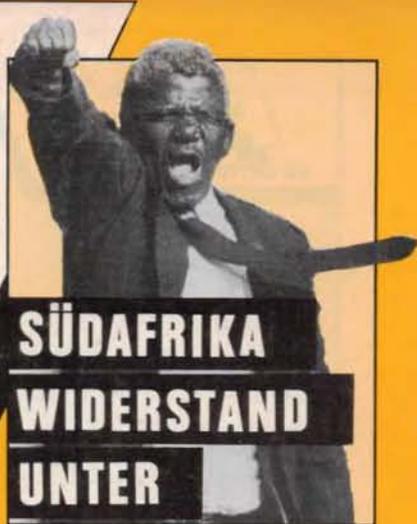
AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

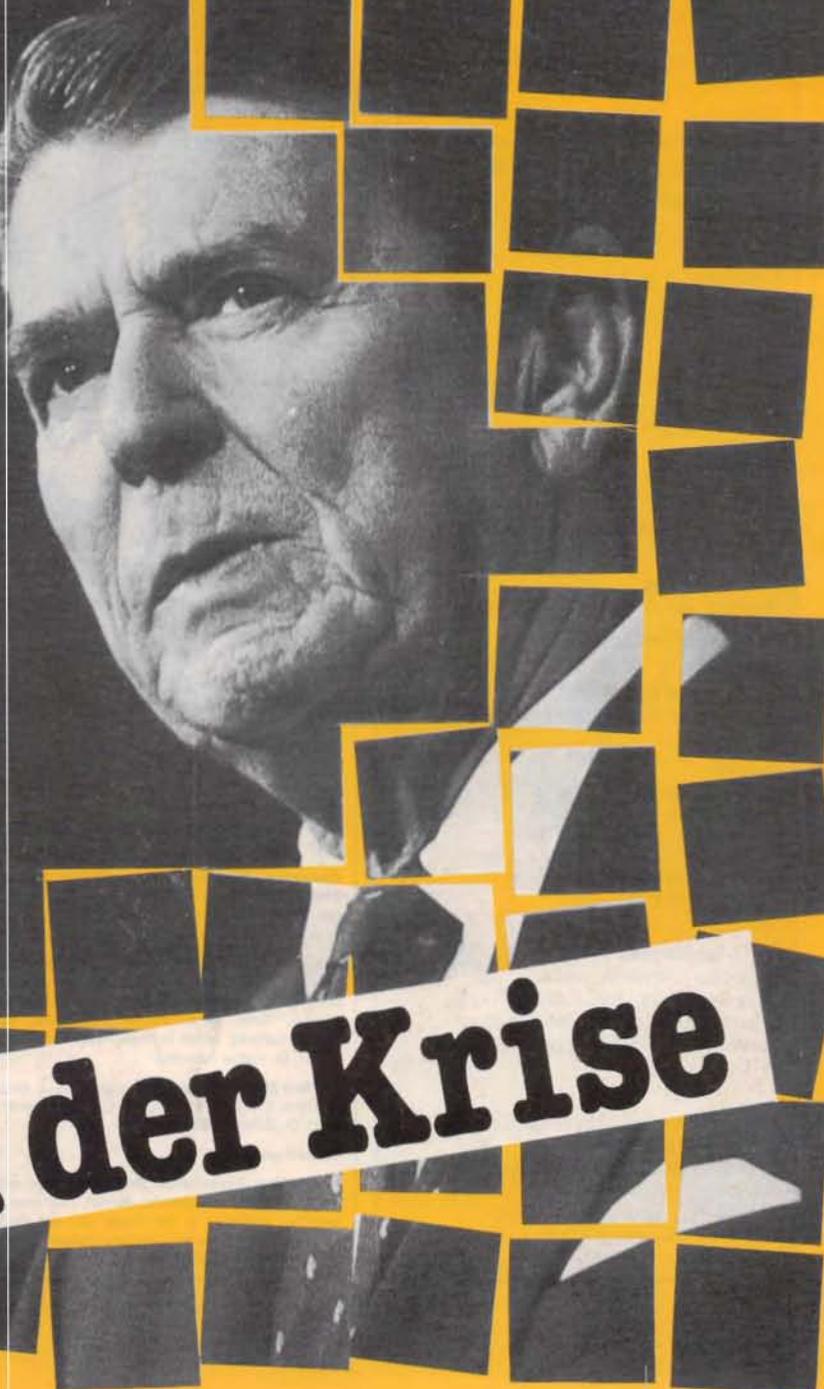
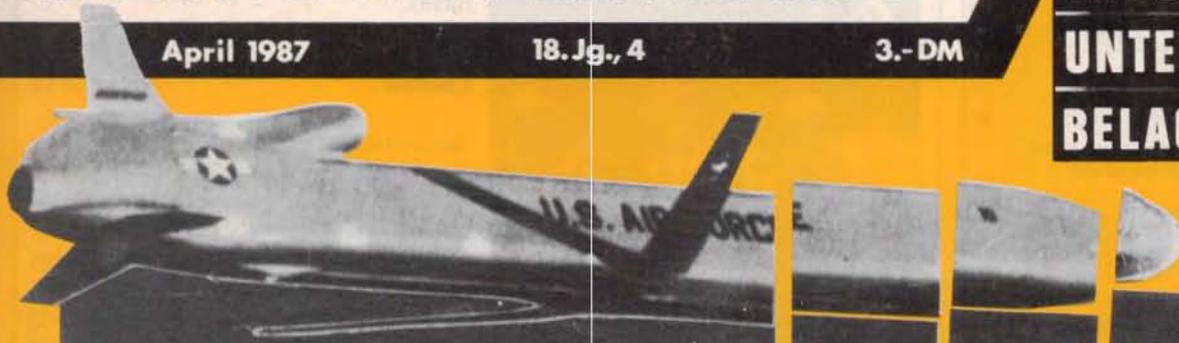
April 1987

18. Jg., 4

3.-DM



**SÜDAFRIKA
WIDERSTAND
UNTER
BELAGERUNG**



Reagan



in der Krise

Inhalt

Kommentar: Verschuldungskrise – Sturmzeichen aus Brasilia	3
US-Außenpolitik Die Iran-Contra-Affäre Was ist und wird aus der Reagan-Doktrin? „Konflikt niedriger Intensität“ heißt totaler Krieg an der Basis Erstschlagsregion Nordwestpazifik – die expandierende Front der USA Cruise-Missiles – „Todesvögel“ mit Tarnkappe	4 6 8 12 14
Philippinen Schwere Zeiten für die Linke?	16
Libanon Bringt Syrien den Frieden?	19
Südafrika Patt unter dem Ausnahmezustand Bankenaktionstag 21. Mai 1987 Interview mit Mzwai Piliso (ANC)	33 35 36
Frauen Londoner Konferenz gegen Apartheid	38
Namibia Interview mit SWAPO-Päsident Sam Nujoma: Pretoria plant fiktive Unabhängigkeit	39
Äthiopien Verfassungsreferendum – Votum für Volksrepublik	41
Guinea-Bissau Ausweg aus der Dauerkrise? Guinea-Bissau-Daten	43 44
Sowjetunion und Dritte Welt Sowjetische Rüstungstransfers (II)	46
Energie ASK-Seminar: Braucht die Dritte Welt AKWs?	50
Rezensionen: Apartheid und Widerstand	51
BRD-Infodienst: Palästina-Demonstration, U-Boot-Affäre, Iranischer Protest gegen Carrell-Satire, Broschüren und Dias zur Asylfrage, Broschüre zu Daimler-Benz	53
Kurzinformation: Nicaragua, Mittelamerika, Argentinien/Uruguay, Südpazifik, Südkorea, Nahostkonflikt, Mosambik, Südliches Afrika, Erdöl-Vereinigung Afrikas	54



Reagan am Ende?

S.4

Seit dem US-Luftangriff im April 1986 gegen Libyen machen die Begriffe Reagan-Doktrin und Neoglobalismus die Runde. Was genau bezeichnet die neue außenpolitische Doktrin? Wie hängt sie mit dem Interventionskonzept vom „Low-Intensity Conflict“, wie mit der Erstschlagsoption im Pazifik zusammen? Welche Auswirkungen auf sie zeitigt Reagans Iran-Contra-Affäre? Wir ziehen Zwischenbilanz.



Libanon

S.19

Das syrische Eingreifen in Beirut, das den Vormarsch der Linksmilizen stoppte, hat zumindest vorübergehend der Kampfeskala- tion Einhalt geboten. Der Krieg der Milizen untereinander, der Lagerkrieg gegen die Palästinenser wurden unterbrochen. Ist ein von Syrien garantierter Frieden nun in Sicht? Oder ist dies nur die Ruhe vor dem großen Sturm? Unsere Libanon-Sonderkorrespondentin Leila Bourhani sucht Antworten.



Südafrika

S.33

Apartheid-Südafrika findet keinen Ausweg aus der Krise. Zwar hat Pretoria seit der Verhängung des Ausnahmezustands im Juni 1986 die Aufstandsbewegung gebremst, ihr Rückschläge beigebracht. Aber der Widerstand reorganisiert sich, zieht Lehren, sammelt sich für den nächsten Anlauf. Ch. Sodemann, Redakteur der Anti-Apartheid-Nachrichten, beleuchtet den Zustand des Widerstands.

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift der Redaktion: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 0 64 21 / 2 46 72

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diederichs, Asia Ebtehaj, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig.

Ständige Mitarbeiter: Joachim Becker, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ivesa Lübben-Pistoffidis, Fiaza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Ricardo Ribera, Ludger Schmitz, Ulrich Schnell, Peter Schütt, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning.

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: A. J. Arndt, H. Czapek, H. Denk, I. el-Masry, F. Hervé, E.M. Hinterwirth, D. Knabe, I. Rein, G. Schmidt-Bollmann

Redaktionsschluss: 6. 3. 1987

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangaben und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH., Postfach 510866, 5000 Köln 51, Teletex 2214284 pahl. **Vertrieb:** Telefon 02 21 / 36 002 - 0

Adressänderungen bitte rechtzeitig dem Verlag bekanntgeben.

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

AIB-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** einmal im Vierteljahr beigefügt.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November.

Anzeigenleitung: Wolfgang Pitzer, Tel. 0221/3600247

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Konten: Postgirokonto Köln 6514-503 (BLZ 370 100 50), Stadtparkasse Köln 106 522 38 (BLZ 370 501 98)

Anzeigen: Solidaritätsshop 3. Welt, Wechselwirkung

Titel: Gestaltung von Udo Tremmel

Fotonachweis: PRV, AfricaAsia, SWAPO, ANC, P. Magubane, USNWR, NACLA, South, W. Brönnner, AIB-Archiv



„Ich will ankündigen, daß das Land die Zinszahlungen auf seine Auslandsschuld suspendiert.“ Mit diesen Worten brachte Brasiliens Präsident José Sarney die Alarmglocken der internationalen Banken am 20. Februar d.J. zum Schlingen. Brasilien stellte die Zinszahlungen auf die mittel- und langfristigen Kredite an Geschäftsbanken bis auf weiteres ein. Damit zahlt Brasilien auf 68 Mrd \$ seiner Gesamtauslandsschuld von 108 Mrd \$ keine Zinsen mehr.

Die brasilianische Regierung entschloß sich zu diesem dramatischen Schritt aufgrund einer gravierenden Verschlechterung der Zahlungsbilanz und des Scheiterns ihres Stabilisierungsprogramms (siehe AIB 3/1987, S. 28ff.).

Der Aderlaß der Zinszahlungen war in dieser Form nicht mehr verkräftbar. Die Maßnahme fand in politischen Parteien und Gewerkschaften breite Unterstützung, die Rechtspresse des Landes äußerte sich hingegen kritisch.

Die Anleger reagierten prompt: Die Kurse der Bankaktien sackten ab. Am stärksten sind die US-Banken von der Suspendierung der Zinszahlungen betroffen.

Für sie ist dies ein spürbarer Einnahmeausfall, da auf sie 18,6 Mrd \$ der mittel- und langfristigen Auslandsschulden Brasiliens entfallen. Ausleihungen an Brasilien machen bei den großen US-Geldinstituten 1-3,2% der Aktiva aus und entsprechen bei manchen mehr als 50% des Eigenkapitals.

Trotz verstärkter Risikovorsorge in den letzten Jahren ist ihre Kapitaldecke dünn. US-Banken haben oft nicht nur Probleme bei ihren Auslandskrediten, sondern auch bei ihren Engagements im Energiesektor, im Immobiliengewerbe und in der Landwirtschaft.

Sind Zinszahlungen über 90 Tage überfällig, müssen sie die Forderungen abschreiben. So verlangt es das Gesetz. Für die US-Banken drängt daher die Zeit.

Bundesdeutsche Geldinstitute haben „nur“ 3,7 Mrd \$ an mittel- und langfristigen Krediten an Brasilien ausstehen. Sie konnten sich dank großzügiger steuer-

rechtlicher Regelungen und Rekordgewinnen erschöpfend gegen Risiken aus dem Dritte-Welt-Geschäft absichern. Die Entscheidungssituation ist angesichts des brasilianischen Zinsmoratoriums bei US-Banken einerseits und europäischen und japanischen andererseits nicht identisch.

„Die im Brasilien-Geschäft engagierten europäischen Großbanken“, berichtet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 27.2.1987, „haben Grund zu der Annahme, daß die Zuspitzung der Schuldenkrise in Südamerika zu einem 'Auseinanderdividieren' der Gläubigerbanken führen könnte.“ Es sei denkbar, daß die US-Großbanken mit Brasilien zu einem Sonderarrangement vor Ablauf der 90-Tage-Frist kämen. Sie böten dann neue Kredite zur Begleichung der Zinszahlungen an.

Gewisse Differenzen zwischen Gläubigerbanken sind in der letzten Zeit bei Umschuldungsverhandlungen mehrfach aufgetreten. Die Banken gaben sich gegenüber Brasilien zunächst einmal hart. Eine Sparpolitik mit dem Gütesiegel des Internationalen Währungsfonds (IMF), so gaben sie Brasilien zu verstehen, sei Voraussetzung für ein Umschuldungsabkommen.

Zumindest eine Austeritätspolitik nach IMF-Rezeptur, die möglichst hohe Exportüberschüsse für den Schuldendienst hervorbringen soll, wünschen sich die Banken.

Zahlungsmoratorium im Alleingang

„Gerechte Verhandlungen“ über einen Schuldendienst, der das notwendige Wachstum in Brasilien nicht schädige – so steckt Präsident Sarney sein Ziel ab. Aber er versprach auch „Sparsamkeit auf seiten der Regierung“. In den Verhandlungen wird es wohl um die Höhe der Zinsaufschläge und der Neukredite gehen. Der brasilianische Schuldenberg würde so weiterwachsen.

Eine drohende Haltung, so zeigt die Vergangenheit, zahlt sich für Großschuldner aus. Zwar schlossen sich einige kleinere Schuldnerländer dem Schritt der brasilianischen Regierung an; aber die Verhandlungen laufen individuell.

Wie gehabt. Das beruhigt die Bankenwelt doch sehr. Denn ein gemeinsames Schuldnerkartell brächte sie ganz anders in Bedrängnis als selbst drastische Schritte einzelner Großschuldner.

Die (Schein-)Lösung der jüngsten Zuspitzung der Schuldenkrise dürfte im Grundsatz auf dasselbe wie bisher hinauslaufen. Der Schuldner wird mit Krediten

liquide gespritzt. Durch Sparpolitik und vermehrte Exporte soll die Zahlungsbilanz „gesund“ und den Schuldner in die Lage versetzen, seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

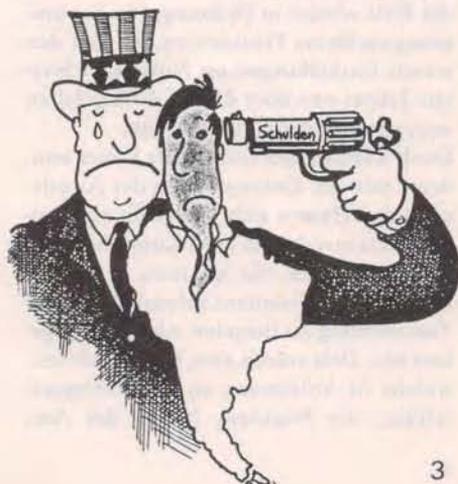
Einiges hat die internationale Finanzwelt schon erreicht: Die Spielräume für das transnationale Kapital in der Dritten Welt sind größer geworden. Vielfach sind die Lücken in den Produktionsstrukturen noch vergrößert, ist die Weltmarktabhängigkeit noch verstärkt worden.

Die Möglichkeiten eigenständiger Entwicklung sind für Staaten der Dritten Welt weiter gesunken. Seit drei Jahren übersteigt ihr Schuldendienst die Summe neuer Kredite – zuletzt 1986 um 29 Mrd \$.

Trotz der zunehmenden Verelendung großer Bevölkerungsteile stößt die Exportorientierung auf deutliche Grenzen. Der Exportzwang drückt die Rohstoffpreise zusätzlich. Gegen bestimmte Industrieexporte und zahlreiche Agrarexporte schotteten sich die Industrieländer ab. Unter Druck des Industriekapitals versuchen die USA ihr Handelsbilanzdefizit abzubauen. Europa und Japan sollen mehr importieren.

Aber auch die Modernisierungsstrategie in Europa und Japan setzt auf den Weltmarkt. Rationalisierung, Flexibilisierung der Arbeit, Auslagerung bestimmter Produktionsteile – das ist die Kapitalstrategie. Ein Teil der Bevölkerung wird auch in den kapitalistischen Industrieländern an den Rand gedrängt. Die Masseneinkommen sind unter Druck. Rechte und sozialdemokratische Regierungen stützen das neue Akkumulationsmodell ab. Trotz noch relativ günstiger Konjunktur ist der Schuldenberg weiter gewachsen. Die 1000-Mrd-\$-Grenze wurde 1986 durchbrochen. Das Finanzkapital hat mit Umschuldungen Zeit gekauft, sie aber nicht für eine längerfristige Lösung genutzt. Mit der aufziehenden Wirtschaftskrise stehen die Zeichen wieder auf Sturm. Brasilien ist dessen Vorbote.

Joachim Becker





John Tower (r.) bei der Übergabe des Berichts der Iran-Untersuchungskommission an Präsident Reagan

Nico Biver

Iran-Contra-Affäre

Bei der Frage ob US-Präsident Ronald Reagan gegen Gesetze verstoßen hat oder ob ihm der Überblick über die eigenen Regierungsgeschäfte fehlt, hat sich die sog. Tower-Kommission für das kleinere Übel entschieden. Der Präsident selbst hatte sie im übrigen zur Untersuchung der Iran-Contra-Affäre eingesetzt. In ihrem Bericht, den die Kommission am 26. Februar d.J. vorlegte, bescheinigte sie dem Präsidenten, beim Tauschhandel „Waffen für die Mullahs, Geld für die Contras“ die Zügel schleifen gelassen zu haben und sich selbst nicht im Klaren über die Konsequenzen der Aktion gewesen zu sein.

In einer Rede vom 5. März d.J. machte Reagan sich die Empfehlungen der Kommission, seinen Führungsstil zu ändern, zu eigen und gelobte Besserung. Die Hauptverantwortlichen für den Schlamassel sind entlassen.

Damit scheint für viele US-Amerikaner die Welt wieder in Ordnung. Die Zustimmung zu ihrem Präsidenten, die seit den ersten Enthüllungen im November letzten Jahres von über 60 auf 40% gefallen war, stieg wieder sprunghaft an.

Doch könnte dies von kurzer Dauer sein, denn mit der Untersuchung der Angelegenheit befassen sich weiterhin ein Sonderstaatsanwalt und zwei Kommissionen des Kongresses. Sie könnten herausfinden, daß der Präsident gelogen und seine Zustimmung zu illegalen Aktionen gegeben hat. Dies würde eine Krise auslösen, welche in Anlehnung an die Watergate-Affäre, die Präsident Nixon das Amt

kostete, die bereits jetzt gebräuchlichen Namen Irangate oder Contragate verdient.

Denn in den Augen vieler US-Amerikaner ist weniger die Frage von Bedeutung, ob die Regierung durch die Waffenlieferungen an den Iran oder die Contras Verbrechen begangen hat, sondern ob diese durch Gesetze oder die Zustimmung des Kongresses absegnet sind.

Anders läßt sich auch die Empörung im Kongreß über die illegalen Waffenlieferung an die nicaraguanischen Contras nicht erklären, hat er doch selbst 1986 einer offiziellen Unterstützung der Contras wieder zugestimmt.

Ausgelöst wurde die Iran-Contra-Affäre durch den Bericht der libanesischen Zeitung „Al Shiraa“ vom 3.11.1986. Darin ging es um einen Besuch des ehemaligen Sicherheitsberaters des Präsidenten Robert McFarlane in Teheran, der prompt vom iranischen Parlamentspräsidenten Hashemi Rafsandjani bestätigt wurde.

Die darauf folgenden Enthüllungen deckten eine geheime Operation des Weißen Hauses auf, deren Hintergründe auch heute noch immer teilweise im Dunkeln liegen. Fest steht jedoch, daß von den USA seit 1985 Waffen direkt an den Iran geliefert wurden mit dem Ziel, eine „gemäßigte“ Fraktion in der iranischen Führung zu stärken.

Diese tritt für eine Verbesserung der Beziehungen zu den USA ein und soll dem angeblich wachsenden Einfluß der Sowjetunion im Iran entgegentreten.

Gleichzeitig wollte man US-Geiseln, die im Libanon gefangen gehalten werden, freikaufen.

Eingefädelt wurde das ganze Geschäft von den beiden Waffenhändlern Adnan Khashoggi aus Saudi-Arabien und Manucher Ghorbanifar aus dem Iran sowie offiziellen israelischen Vertretern. Drahtzieher auf US-amerikanischer Seite waren McFarlane, der auch nach seinem Rücktritt im Dezember 1985 federführend mitbeteiligt war und Oberstleutnant Oliver North vom Nationalen Sicherheitsrat (NSC).

Das Unternehmen hatte von Anfang an den Segen von Reagan, jedoch nicht den von den NSC-Mitgliedern Außenminister Shultz und Verteidigungsminister Weinberger.

Insgesamt wurden Waffen im Wert von ca. 40 Mio \$ geliefert, darunter 2.008 TOW-Panzerabwehrraketen, 240 Hawk-Boden-Luft-Raketen und Ersatzteile. Daraufhin wurden zwar zwei Geiseln freigelassen, jedoch platzte das Geschäft schließlich wegen der Enthüllung des McFarlane-Besuchs durch iranische Gegner der Kontakte.

Verstimmung bei den iranischen Verhandlungspartnern hatte bereits vorher die Tatsache ausgelöst, daß ihnen die Waffen bis zum Fünffachen des Gestehungspreises verkauft wurden.

Dies war dem Übereifer der Strategen des NSC um North geschuldet, denn sie wollten gleich an mehreren Fronten der in der Reagan-Doktrin postulierten Rückeroberung verlorengangener Gebiete vorankommen. Nicht nur der Iran sollte perspektivisch wieder zu einem Bollwerk gegen die Sowjetunion ausgebaut werden, sondern mit den Gewinnen aus den Waffengeschäften Contras in aller Welt – darunter vordringlich die nicaraguanischen – aufgepäppelt werden.

Kriegspläne gegen Libyen

Zu diesem Zweck wurden die Gelder auf ein Konto in der Schweiz umgeleitet, auf dem bereits jeweils 250 Mio \$ vom CIA und Saudi-Arabien zur Finanzierung der afghanischen Contras deponiert waren.¹

Weitere Enthüllungen verdeutlichten, daß die Iran-Contra-Affäre nur die Spitze eines Eisbergs geheimer Aktionen darstellte und unter Führung von Oberstleutnant North im NSC zu diesem Zweck ein paralleler außenpolitischer Apparat aufgebaut worden war. North war so ziemlich an allen Aktionen beteiligt, die die praktische Umsetzung der Reagan-Doktrin ausmachen.

Von seinem Büro im Keller des Weißen Hauses aus plante, lenkte und überwachte er 1983 die Invasion in Grenada

und die Verminung der nicaraguanischen Häfen 1985, die Entführung des ägyptischen Flugzeugs mit den Entführern des Passagierschiffes Achille Lauro und die Bombardierung Libyens 1986.

Bereits im Sommer 1985 hatte North einen Plan für eine gemeinsame ägyptisch-amerikanische Invasion gegen Libyen entworfen.

Er fand zwar die Zustimmung Reagans, scheiterte aber am Widerstand Außenminister Shultz' und Ägyptens. Erst nachdem diese „einmalige Chance, die Landkarte von Nordafrika neu zu zeichnen“ (CIA-Vizedirektor Gates), gescheitert war, begann man eine umfangreiche Desinformationskampagne, um einen Anlaß für einen Angriff auf Libyen zu schaffen.

Dabei wollte man Libyen im April 1986 nicht nur eine „Lektion“ erteilen. Eingepplant war auch der Mord am libyschen Staatschef Gadhafi – wie die „New York Times“ enthüllte.²

Den Rahmen für die illegalen Aktivitäten des NSC gab das sog. „Project Democracy“ ab 1982 von Reagan ins Leben gerufen sollte es dazu dienen, weltweit die „demokratischen Ideale“ zu fördern. Erst jetzt wurde bekannt, daß das „Project Democracy“ aus einem öffentlichen Teil, der sog. Nationalen Stiftung für Demokratie besteht. Sie finanziert rechte Verleger, Gewerkschaften und Parteien in aller Welt. Und es besteht aus einem illegalen Arm, dem North seit Oktober 1983 vorstand. Unter seiner Führung entstand daraus ein paralleler außenpolitischer Apparat mit eigenen Kommunikationssystemen, Schiffen und Flugzeugen, mit ausländischen Bankkonten und Tarnfirmen.

„Project Democracy“ operierte außerhalb des etablierten Entscheidungsprozesses der Regierung und außerhalb der Kontrolle des Kongresses“, schrieb die New York Times.

„Wie Beamte sagten, war es Ausdruck der tiefen Enttäuschung der Administration darüber, daß es die außenpolitische Bürokratie oder den Kongreß nicht dazu bewegen konnte, das zu unterstützen, was Vertreter der Reagan-Administration als die 'Reagan-Doktrin' der Unterstützung antikommunistischer Aufstände, beschreiben.“³

„Project Democracy“

Oliver North und „Project Democracy“ waren seit dem Verbot des Kongresses im Jahr 1984, „direkt oder indirekt militärische oder paramilitärische Aktionen“ gegen Nicaragua durchzuführen, vor allem mit Geldsammlungen und Waffenlieferungen für die Contras beschäftigt.

Sie unterstützten und koordinierten die

Aktivitäten rechter Organisationen zugunsten der Contras, organisierten die Entsendung von Söldnern, sammelten Geld bei Millionären und baten ausländische Regierungen einzuspringen. Saudi-Arabien stellte von Mitte 1984 bis Ende 1985 31 Mio \$⁴ zur Verfügung, der Sultan von Brunei 10 Mio.⁵

Weitere Gelder sollen Taiwan, Südkorea, Singapur und natürlich Israel, das schon längere Zeit im Libanon erbeutete Waffen lieferte, zur Verfügung gestellt haben. Reagan gestattete Anfang Januar 1986 dem CIA zusätzlich 13 Mio \$ an „humanitärer Hilfe“ bereitzustellen.

Als besonders einträglich hätten sich die Gewinne aus dem Waffengeschäft mit dem Iran erweisen können, wenn es einen größeren Umfang erreicht hätte. So dürfte es bei 20 Mio \$ geblieben sein, die in die schwarzen Kassen geflossen sind.⁶ Mit den Geldern wurden Waffen eingekauft, die meist über Portugal, aber auch über Südafrika, nach Honduras, El Salvador oder Costa Rica geflogen wurden, um schließlich bei den Contras zu landen.

Der Abschub eines dieser Transportflugzeuge über Nicaragua und die Festnahme des Piloten Eugene Hasenfus Anfang Oktober 1986 sollte einen ersten Einblick in die Mitwirkung der Reagan-Administration bei der Unterstützung der Contras erlauben.

Waffen-Pipeline über Costa Rica

Zur Finanzierung der Contras waren alle Mittel recht. Selbst ein florierender Drogenhandel der Contras wurde von North gedeckt. Und dem costaricanischen Präsident Oscar Arias drohte er gar mit der Streichung der US-Wirtschaftshilfe, falls eine Flugpiste im Norden des Landes, die zur Versorgung der Contras diente, geschlossen werden sollte. Arias schloß die Piste trotzdem.

Sein Motiv war wohl die Klage Nicaraguas vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag, in der es um die costaricanische Unterstützung der Contras ging.

Der Übereifer ihrer treuesten Verfechter dürfte eine weitere Umsetzung der Reagan-Doktrin noch mehr erschwert haben.

Bis auf den Präsidenten selbst mußten die abenteuerlichsten Vertreter der Reagan-Doktrin ihren Hut nehmen: Oliver North, Sicherheitsberater John Poindexter, Präsidentenberater Patrick Buchanan, Donald Regan, Stabschef des Weißen Hauses und CIA-Chef William Casey. Ihre Nachfolger, die eher dem gemäßigten Lager der Republikaner zuzuordnen sind, sollen dazu beitragen, den Vertrauensverlust in die Politik der Administration zumindest teilweise wieder zu be-

heben. Und sie sollen mehr Verlässlichkeit und Berechenbarkeit gegenüber dem Ausland demonstrieren.

Die Fortsetzung der von Reagan vorgezeichneten Außenpolitik dürfte im letzten Teil seiner Amtsperiode ohnehin stärker von der Zustimmung des Kongresses abhängen. Dieser wird seit den letzten Wahlen von den Demokraten beherrscht, was damals schon als Zeichen für den Einflußverlust der Reaganisten gewertet wurde.

Die Weiterführung verdeckter Operationen – zumindest was die Unterstützung der Contras angeht – ist erheblich erschwert, wenn nicht gar verunmöglicht durch die Fortsetzung der Untersuchungen und durch die Ablösung der Hauptakteure. Aber auch die Staaten die Spenden bereitstellten oder an den Waffenschlebereien beteiligt waren, werden in Zukunft vorsichtiger vorgehen müssen oder ganz vor einer Mitwirkung zurückschrecken.

Contra-Hilfe am Ende?

Das wichtigste Vorhaben der Reagan-Doktrin, der Sturz der sandinistischen Regierung, wird unter diesen Voraussetzungen besonders zu leiden haben.

Die Mißachtung der Gesetze, die notorische Erfolglosigkeit der Contras und ihre Zerstrittenheit (siehe Kurzinformationen, S.54) machen eine Neubewilligung von Geldern durch den Kongreß unwahrscheinlich. Selbst der neue Sicherheitsberater Frank Carlucci glaubt nicht daran, daß die Contras siegen können.⁷

Die Demokraten bemühen sich jetzt bereits, die restlichen 40 Mio \$ der für 1987 bewilligten Gelder zu streichen, wofür es jedoch zur Überstimmung eines Vetos des Präsidenten einer 2/3-Mehrheit im Kongreß bedarf.

Die Heritage-Foundation, ein Vordenkerinstitut der Reaganisten, drohte bereits Gegenzüge an. Falls die neuerliche Contra-Finanzierung im Kongreß scheitern sollte, würde die Opposition sicherlich als nächstes die Unterstützung für die UNITA in Angola aufs Korn nehmen.⁸

Die Fortsetzung des Interventionismus dürfte jedoch noch aus einem anderen Grunde durch die Iran-Contra-Affäre erschwert werden. Durch den Versuch Geiseln freizukaufen, ist eines der Hauptrechtfertigungsmuster für die Reagan-Doktrin, der kompromißlose Kampf gegen den Terrorismus ad absurdum geführt worden.

Durch die Waffenlieferungen an ein „Mitglied der internationalen Mörder-GmbH“ (Reagan einst über Teheran) wurde deutlich, daß der Kampf gegen den Terrorismus nur ein Vorwand für

den Angriff auf Libyen und für die Sanktionen gegen Syrien war.

Doch hat nicht nur dies selbst bei den arabischen Freunden der USA Befremden ausgelöst, sondern vor allem die Tatsache, daß die offiziellen Neutralitätsbekundungen der USA im Golfkrieg Lügen gestraft wurden.

Golfkrieg am Kochen halten

Bereits seit 1981 hatte Israel umfangreiche Waffenlieferungen an den Iran getätigt, die jeweils durch die USA ersetzt wurden. Offenkundiges Ziel der USA und auch Israels war es, den Krieg solange wie möglich am Kochen zu halten, ohne daß eine Seite einen entscheidenden Vorteil erlangt.

Zu diesem Zweck versorgten die USA beide Seiten mit Informationen über den Gegner, teilweise auch mit falschen. Mit dieser Politik sollten nicht nur der Waffenmarkt in der gesamten Region belebt und zwei potentielle Gegner Israels und der USA lahmgelegt werden, sondern auch Vorwände für ihre verstärkte Präsenz in der Region und für ihr eventuelles militärisches Eingreifen geschaffen werden.

Diese Politik haben neben dem Irak auch andere arabische Staaten, die diesen unterstützen, den USA krumm genommen. Der Kredit der USA, so erklärte der jordanische König Hussein, sei nach dem Waffendeal mit Iran „nahe Null“.⁹

Deshalb nimmt es auch nicht Wunder, daß die USA, um das zerbrochene Porzellan zu kitteln, gegenüber den arabischen Staaten Kompromißbereitschaft – vor allem was die Befürwortung einer internationalen Nahostkonferenz angeht – erkennen lassen.

Um sowohl innen – als auch außenpolitisch die Stellung der Reagan-Administration wieder zu festigen, wird jedoch allein das Auswechseln der Mannschaft im Weißen Haus nicht ausreichen. Außenpolitische Erfolge Reagans sind jetzt dringend vonnöten. Der von Gorbatschow vorgeschlagene Kompromiß bezüglich der Mittelstreckenraketen in Europa könnte sich hier als ein Rettungsanker erweisen. Dies zumal, wenn es Washington gelänge, ein solches erstes Abrüstungsabkommen als Resultat der eigenen Politik der Stärke zu verkaufen.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. *AfricaAsia*, Paris, Nr. 37/Januar 1987, S.9
- 2) Vgl. *Die Zeit*, 6.3.1987
- 3) *New York Times*, 15.2.1987
- 4) Vgl. *International Herald Tribune*, Paris/Zürich, 2.3.1987
- 5) Vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 24.1.1987
- 6) *U.S. News & World Report*, Washington, 9.3.1987
- 7) Siehe: *El Pais*, Madrid, 17.1.1987
- 8) Siehe: *die tageszeitung*, 2.3.1987
- 9) Siehe: *ebd.*, 5.2.1987



Rambo – Symbol der Anhänger der Reagan-Doktrin

Wolfram Brönner Reagan-Doktrin Die weltweite Intervention

Ausformuliert wurden die wichtigsten Leitsätze der Reagan-Doktrin in den Jahren 1985/86. Aber ihre Kerngedanken waren bereits in Ronald Reagans erster Amtsperiode (1981-84) von ultrakonservativen Denkfabriken wie der Heritage Stiftung, dem „Komitee zur Bekämpfung der Gegenwartsgefahr“, dem „Komitee für die Freie Welt“ oder dem Zentrum für Strategische und Internationale Studien der Georgetown-Universität vorfabriziert worden.

Rückfall hinter Nixon

Einer dieser Vordenker, Irving Kristol, entdeckte im Jahr 1981 ein ureigenes Recht der Großmächte „zu intervenieren, wenn eine kleinere Nation auf einer Politik besteht, die schädlich für die vitalen wirtschaftlichen oder strategischen Interessen dieser Großmacht oder ihrer Verbündeten ist“.¹

Mit derartigen „Lebens- bzw. Sicherheitsinteressen“ legitimierte die Reagan-Administration bereits in der ersten Hälfte der 80er Jahre ihre Invasion Grenadas (1983), die Interventionen gegen Nicaragua und den Libanon (1983/84) oder die Aufstandsbe kämpfung in El Salvador und Guatemala.

Die Förderung der Contras, laut Reagan „Freiheitskämpfer“, in ihrer Kriegführung gegen die Revolutionsregimes Nicaraguas, Angolas, Afghanistans und Kampuchreas rundeten das Bild ab.

Der US-Luftkrieg gegen Libyen im April 1986 setzte hier einen weiteren Höhepunkt in einer Interventionspraxis, die längst vor der Geburt der Doktrin neoglobale Ausmaße angenommen hatte. Die offiziellen außenpolitischen

Leitlinien der Reagan-Administration hinkten also hinter ihrem frühzeitig weitverzweigten Engagement, ihrer verdeckten Kriegführung her.

Von ihren Vorläufer-Doktrinen unterscheidet sich Reagans Neuschöpfung zunächst einmal in zwei Punkten. Zum einen ist sie nicht in eine Grundsatzrede zur US-Weltpolitik verpackt, sondern sie widerspiegelt sich mosaikartig in mehreren programmatischen Reden des Präsidenten. Zum anderen fällt sie erstmals wieder hinter die Anpassungs-Doktrin Richard Nixons (1969) zurück.

Nixon hatte aus der absehbaren Niederlage im Vietnamkrieg (1964-73) einen Abbau der überzogenen US-Militärpräsenz in der Dritten Welt und eine Umverteilung der Lasten auf die Verbündeten abgeleitet. Unter Nixon, Ford und Carter gab es auch eine Drosselung verdeckter Operationen (CIA!) in der Dritten Welt.

„Geburtsrechte“ sichern von Nicaragua bis Afghanistan!

Reagan hingegen greift auf die Substanz der Kalte-Kriegs-Doktrinen Trumans (1947) und Eisenhowers (1957) zurück. Für diese waren die „Eindämmung“ (containment) und das „Zurückrollen“ (roll back) des sozialistischen Lagers und revolutionärer Prozesse in Südeuropa bzw. der Dritten Welt prägend, um die Weltherrschaft der neuen westlichen Führungsmacht USA durchzusetzen.

Die von Präsident Jimmy Carter im Januar 1980 verkündete Doktrin gab bereits den Auftakt zur Remilitarisierung der US-Außenpolitik. Doch Carters Variante war begrenzt auf

eine Krisenregion, den Persischen Golf. Als Antwort auf den Verlust der US-Bastion Iran und die Afghanistankrise drohte er an, bei jedem „Angriff“ auf die „lebenswichtigen Interessen der USA“ fortan „alle notwendigen Mittel, einschließlich militärischer Macht“ einzusetzen.²

Die Reagan-Administration trieb die Militarisierung der US-Außenpolitik auf die Spitze: drastische Ausweitung der verdeckten Operationen (CIA, Special Forces); Ausbau der Interventionstruppen (auf über 400.000); Erstschnitzlagern in Europa, Südwestasien und dem Nordwestpazifik; Weltraumrüstungsprogramm SDI. Dem entsprach die Globalisierung von Interventionsvorbereitungen und -anspruch durch das Weiße Haus.

Die Kernstücke der Reagan-Doktrin verteilen sich auf mehrere programmatische Reden des Präsidenten.

Den Anfang machte seine Erklärung zur „Lage der Nation“ vom 7. Februar 1985: „Freiheit ist nicht das alleinige Vorrecht einiger Auserwählter, sie ist das elementare Recht aller Kinder Gottes... Unsere Mission besteht darin, Freiheit und Demokratie zu fördern und zu verteidigen und diese Ideale überall, wo wir dazu in der Lage sind, zu verkünden... Wir dürfen keinen Vertrauensbruch gegenüber jenen begehen, die ihr Leben aufs Spiel setzen, um auf jedem Kontinent, von Afghanistan bis Nicaragua, der von sowjetischer Seite unterstützten Aggression zu trotzen und Rechte zu sichern, die uns von Geburt an gegeben sind!“³

Vehikel Anti-Terrorismus

In einer Rede zur „Nationalen Sicherheit“ vom 26. Februar 1986 setzte Reagan hinzu: „Wir müssen zeigen, daß die lange Kette von Regierungen, die unter kommunistische Herrschaft fallen, zu Ende geht. Und das tun wir. In den 70er Jahren fiel ein strategisches Land nach dem anderen unter die Vorherrschaft der Sowjetunion. Der Fall von Laos, Kambodscha und Südvietnam brachte die Sowjetunion in eine strategische Position im Südchinesischen Meer. Die Invasion Afghanistans verringerte die Flugzeit von der UdSSR an den Persischen Golf fast um die Hälfte. Die kommunistische Machtergreifung in Südjemen und Äthiopien brachte die Sowjets an das Rote Meer – in die Nähe des Suez-Kanals. Prosowjetische Regime in Mosambik und Angola stärkten die sowjetischen Positionen im Südlichen Afrika; und Grenada und Nicaragua gaben Moskau zwei neue Brückenköpfe direkt an der Haustür der Vereinigten Staaten.“⁴

Eine Schlußforderung hieraus zog der Präsident in einer Rede vor dem Kongreß am 14. März 1986: „Jetzt fordern wachsende Widerstandsbewegungen die kommunistischen Regime ... in Afghanistan, Angola, Kambodscha und Nicaragua heraus. ... In jedem Falle verdienen Widerstandsbewegungen, die gegen kommunistische Tyrannei kämpfen, unsere Unterstützung.“⁵

Eingebunden wurden ferner, zur Verschleierung der wahren Interventionsziele, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und die Mission zur Verbreitung westlicher Werte im Weltmaßstab.

Beide Aspekte werden von der Regierung Reagan tünlichst miteinander verknüpft. Außenminister George Shultz definierte in seiner „Ansprache über den Terrorismus“ Mitte 1984 als Terroristen alle Kräfte, welche sich die „grundlegenden Interessen und Werte der Demokratie“ sowie der „Freiheit“ à la Washington nicht zueigen machten.⁶

Als terroristisch kann gemäß dem konservativen Gut-Böse-Weltbild daher jedes Revolutionsregime, jede Befreiungsbewegung abge-

stempelt werden. Wie Shultz ging Reagan im Juli 1985 soweit, eine Gruppe „Verdächtiger“ (voran Nicaragua, Libyen, Syrien, Iran, Nordkorea, Kuba) als „ungesetzliche Staaten“ auszumachen, welche „von der eigenartigsten Sammlung von Versagern, Verrückten und schmutzigsten Kriminellen seit dem Dritten Reich regiert werden“.⁷

Indem er den „Totalitarismus“, sprich Sozialismus, als „Verbündeten“ des internationalen Terrorismus bezeichnete, band Shultz die Terrorismus-Bekämpfung in den antisowjetischen globalen Konfrontationskurs ein.

Im Jahr 1986, so in der Präsidenten-Rede vom 16. März, schob man einen letzten Mosaikstein der Reagan-Doktrin nach: Man müsse sich einmischen, um der Demokratie weltweit zum Durchbruch zu verhelfen, etwa in Mittelamerika, Haiti oder auf den Philippinen.

Verlorenes zurückerobern

Ein solcher „Kreuzzug Demokratie“ schließt nunmehr ein Vorgehen auch gegen US-hörige Diktaturen im Sinne einer kontrollierten demokratischen Öffnung mit ein. Daß Washington sich allerdings gegenüber abgehalfterten Diktaturen etwas vorzeitiger und intensiver um den Aufbau „gemäßiger“ Opponenten bemühen will, nutzt schließlich dem neokolonialistischen Machterhalt und vermag dem Interventionismus mehr Glaubwürdigkeit, eine demokratische Maske, zu verleihen.

Worin bestehen die Hauptziele, was ist das Neue an dieser Doktrin?

Zunächst einmal geht sie noch ein Stück weiter als jene Trumans. Die Reagan-Doktrin macht nicht bei der Eindämmung weiterer sich anbahnender antiimperialistisch-demokratischer oder sozialistischer Entwicklungen halt. Vielmehr lautet ihr erstes Gebot, die in den 70er Jahren siegreichen Revolutionsprozesse auf allen Kontinenten der Dritten Welt wieder rückgängig zu machen. Als Ermunterung für eine solche soziale Revanchepolitik wertete man die „Befreiung“ Grenadas.

Zweitens dient Reagans primitive Gleichsetzung jedweder antineokolonialistischer Prozesse in den Entwicklungsländern als sowjetisches Exportgut dazu, die Selbstrechtfertigung glaubhafter zu machen. Suggestiert werden soll auf diese Weise eine Rückeroberung geraubten Terrains, eine Gegenoffensive der USA. Verteidigungsminister Weinberger nannte dies im Januar 1986 „zurück(zu)gewinnen und wiederher(zu)stellen, was zerstört wurde“.⁸ Der antisowjetische Grundton bietet auch die eingängigste Legitimation dafür, daß eine Globalisierung der Washingtoner Interventionspolitik vonnöten sei.

Drittens wurden mit der Reagan-Doktrin eindeutige Prioritäten gesetzt. Die Beseitigung des sandinistischen Nicaragua wird, weil es der Hoffnungsträger Lateinamerikas und fast vor der Haustüre der USA gelegen ist, als der „Lackmestest“ für die Durchsetzbarkeit der Doktrin angesehen. Als zweite Priorität nennt der Insider W.R. Bode⁹ die „angreifbarsten sowjetischen Klienten“, womit der UdSSR zugleich eine schwere Niederlage beigebracht werden könne. Als Spitzenkandidaten hierfür nennt er Angola. Auch die dritte Priorität, Afghanistan, ist strategisch begründet, will man doch dort die UdSSR „ausbluten lassen“ (Ex-CIA-Chef Casey).¹⁰

Viertens konzentrieren sich auf die zum Abschluß freigegebenen Zielstaaten der Mittelsatz für Contras bzw. innere Opponenten, für eigene politisch-militärische Aktivitäten und die wirtschaftlichen Destabilisierungsmühen Washingtons. Musterbeispiele für die Kombination dieser Instrumentarien sind Nicaragua und Libyen.

Die den Bombenkrieg gegen das arabische Öl-land vorbereitende Kampagne¹¹ bot überdies den Vorteil, die Terrorismus-Bekämpfung als Interventions-Deckmantel salonfähig zu machen und die Atmosphäre für Nachfolgeschläge gegen die Spitzenziele zu schaffen. Die selten breite Zustimmung unter der US-Bevölkerung (71%) für den „Vergeltungs“schlag gegen Libyen wertete Shultz als Überschreiten „einer Art Wendepunkt“,¹² um das Vietnam-Trauma endgültig über Bord zu werfen. Mit der Iranaffäre scheint das Vehikel Anti-Terrorismus schon in die Sackgasse geraten zu sein.

„Ich bin ein Contra“

Fünftens hat die Reagan-Administration zur Durchsetzung ihrer Doktrin einerseits die Koordination (Weltliga)¹³ und Sympathiewerbung für die internationale Contra übernommen.

Der Präsident selbst titulierte sich „einen Contra“. Die Unterstützung für die tribalistische UNITA in Angola und die kampucheanische Contra wurden 1985/86 ebenso regierungs-offiziell gemacht wie zuvor für die Hauptempfänger, die nicaraguanische und afghanische Contra.

Andererseits hat die Reagan-Administration eine neue militärpolitische Konzeption, die der „Konflikte geringer Intensität“ (LIC) bzw. der „Kriegführung geringerer Intensität“ entwickelt (siehe Beitrag T. Barrys).

Angesichts des Ambitionismus der Reagan-Doktrin regt sich bis in konservative Kreise hinein Widerspruch. In der Tat sind die den USA heute verfügbaren Mittel gegenüber der Trumanära vergleichsweise bescheidener. Wirtschaftlich haben sie deutlich an Anteilen gegenüber der EG/Japan und dem RGW eingebüßt. Militärisch hat die UdSSR annäherungsweise gleichgezogen. Politisch sind seither die vormals unmündigen Entwicklungsländer zu einem ernstzunehmenden Gegenfaktor aufgestiegen. Die Allmacht des seinerzeitigen Atommonopolisten USA ist dahin.

Dies heißt freilich nicht, daß Reagans Doktrin der „Kleinkriege“ in der Dritten Welt relativ ungefährlich wäre. Denn gerade ihre strategischen Prioritäten zeigen an, wie eng sie mit den US-Erstschnitzlagervorbereitungen gegen das sozialistische Lager (siehe Cruise-Missiles-Beitrag) verzahnt ist und wie schnell diese Konflikte in ein Atomkriegsszenario hinüberwachsen können.

Der mit der Iranaffäre noch verstärkte Widerstand gegen die Reagan-Doktrin im eigenen Land läßt jedoch hoffen, daß sie ihren nostalgischen Schöpfer kaum überleben wird. Dessen Welttsicht erscheint geradeso unrealistisch wie sein SDI-Programm.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: New Perspectives, Helsinki, Nr. 6/1986
- 2) U.S. News & World Report, Washington, 4.2.1980
- 3) Wireless Bulletin (WB), Washington/Bonn, 7.2.1985
- 4) U.S. Policy Information and Texts, Bonn, 27.2.1986
- 5) Ebd., 17.3.1986
- 6) WB, 14.6. und 26.10.1984
- 7) Ebd., 9.7.1985
- 8) New Release, Washington, 14.1.1986
- 9) Strategic Review, Winter 1986, S.26
- 10) Zit. nach: J. Hippler, Krieg im Frieden, Köln 1986, S. 138
- 11) Siehe: AIB 6/1986, S. 3ff.
- 12) Zit. nach: Süddeutsche Zeitung, 28.4.1986
- 13) Zur Weltliga der Contras siehe: AIB 12/1986, S. 4-6



LIC-Akteure: nicaraguanische Contras (l.) und salvadorianische Militärs (r. beim Verschenken von Fußballen zwecks Image-Verbesserung bei den Bauern)

Tom Barry Konflikt niedriger Intensität „Totaler Krieg an der Basis“

In Washington gewinnt gegenwärtig ein gefährliches neues Konzept der Kriegführung an Popularität, das zur Zeit hauptsächlich in Mittelamerika getestet und weiterentwickelt wird.

Es handelt sich um das, was die Militärs als „Konflikt niedriger Intensität“ („low intensity conflict“, LIC) bezeichnen, um Operationen also, die unterhalb der Schwelle eines konventionellen oder eines Atomkriegs bleiben.

Verlorene Gebiete zurückholen

Während Konflikte mittlerer und höherer Intensität den massiven Einsatz von US-Soldaten und Waffen in schweren und lang andauernden Kampfhandlungen bedeuten, werden bei der Kriegführung mit geringer Intensität US-Soldaten nur sparsam eingesetzt.

Die LIC-Doktrin beinhaltet viele Mittel der in den 60er Jahren entwickelten Strategie der Aufstandsbekämpfung: zivil-militärische Aktionen („civic action“; d.h. soziale Maßnahmen des Militärs zugunsten der jeweiligen Bevölkerung zwecks Verbesserung des Images des Militärs; d. Red.), Koordination zwischen den einzelnen Behörden, Befriedung, Sonderoperationen, innere interne zivile Verteidigung sowie Militärhilfe und militärische Ausbildung.

Aber es bestehen auch bedeutende Unterschiede. Die neue Doktrin sieht den Kampfeinsatz von US-Soldaten nur als letzten Ausweg vor. Weder die US-Öffentlichkeit noch das Pentagon möchten in eine Vietnam-ähnliche Situation schlittern.

LIC-Strategen räumen ein, daß ein Einsatz von US-Bodentruppen in der Drit-

ten Welt wahrscheinlich nicht zum gewünschten Ziel führen würde, da eine solche Intervention die Unterstützung für die US-Außenpolitik auf nationaler wie internationaler Ebene untergräbt und zu wachsendem internen Widerstand führen kann.

Anstatt ganze Flugzeugladungen von US-Jungs zum Kampf in ausländische Dschungelgebiete zu schicken, setzt die neue US-Globalstrategie in der Dritten Welt mehr auf Stoßtrupppunternehmungen à la Rambo, Säuberungsaktionen wie in Grenada (US-Invasion 1983; d. Red.), Unterstützung antikommunistischer „Freiheitskämpfer“ und Aktionen zur Terrorismusbekämpfung. „Rein und raus“ lautet das Motto dieser neuen Interventionspolitik.

Im Vergleich zu früheren Strategien der Aufstandsbekämpfung, die darauf abzielten, die sozialistische Welt geographisch einzudämmen und zu verhindern, daß linke Guerillabewegungen in den neuen Staaten an die Macht kamen, ist die LIC-Strategie noch ehrgeiziger.

Aufstandsbekämpfung ist zwar noch immer ein bedeutender Faktor der LIC-Doktrin. Doch die neue Strategie zielt auch darauf ab, den – wie die Militärs sagen – „globalen Einfluß“ der Sowjetunion wieder einzudämmen. Die LIC-Doktrin ist eine Offensivstrategie mit dem Ziel, durch Rückgewinnung von Gebieten, die die „freie Welt“ verloren hat, die US-Hegemonie wiederherzustellen. Eine weitere Besonderheit der gegenwärtigen LIC-Strategie ist ihre weit gefaßte Definition der Sicherheit der USA. In der Weltsicht von Verfechtern der LIC-Doktrin wie George Shultz sind die USA (und alles, wofür sie stehen) praktisch überall auf diesem Planeten angegriffen

verschiedenster zwielichtiger Kräfte ausgesetzt.

Guerillakriege, Terroranschläge, Drogenhandel, innenpolitische Unruhen in der Dritten Welt und selbst Kritik der Medien an der US-Außenpolitik sind Symptome dieses umfassenden Angriffs auf die Sicherheit und auf die Werte der USA. So betrachtet wird nationale Sicherheit sowohl ideologisch als auch geopolitisch definiert.

Befürworter US-geförderter Konflikte niedriger Intensität machen geltend, daß der Kampf gegen Kommunisten und Terroristen mit allen verfügbaren Mitteln geführt werden muß. LIC wurde als „totaler Krieg an der Basis“ beschrieben, der das „gesamte Umfeld“ einbezieht – „eine Verschmelzung ökonomischer, politischer und militärischer nachrichtendienstlicher Informationen“.

Psychologischer Krieg inbegriffen

Wirtschaftshilfe und humanitäre Unterstützung werden im Konflikt niedriger Intensität als Waffen betrachtet, da sich die Grenzen zwischen den Aufgaben der verschiedenen Regierungsabteilungen wie der Behörde für Internationale Entwicklung (AID), des CIA, der Informationsbehörde der Vereinigten Staaten (USIA) und dem Pentagon zunehmend verwischen.

Die LIC-Strategie faßt nicht nur linke Guerillabewegungen und sozialistische Staaten als Angriffsziele ins Auge, sondern auch Bürger der USA und der Dritten Welt. Um den Erfolg US-geförderter Konflikte niedriger Intensität zu gewährleisten, befürworten ihre Verfechter psychologische Operationen, die auf die

US-Öffentlichkeit und die Bevölkerung Mittelamerikas zielen.

„Eine der entscheidendsten Sonderoperationen, die wir heute durchführen müssen, liegt darin, die amerikanische Bevölkerung davon zu überzeugen, daß die Kommunisten darauf aus sind, uns zu kriegern“, warnt J. Michael Kelly, stellvertretender Staatssekretär der US-Luftwaffe. „Wenn wir diesen Meinungskrieg gewinnen, können wir auch auf allen anderen Ebenen gewinnen.“

George Tanham, ehemaliger Präsident der Rand Corporation, ist ebenfalls der Ansicht, daß „unser dringlichstes Problem nicht in der Dritten Welt liegt, sondern hier zu Hause im Kampf um die Köpfe der Menschen“.

LIC-Theoretiker Dr. Sam Sarkesian formuliert: „Nationale Führer und die Öffentlichkeit müssen begreifen, daß Konflikte niedriger Intensität nicht mit den demokratischen Vorstellungen von Strategie oder Taktik übereinstimmen. Revolution und Konterrevolution entwickeln ihre eigene Moral und Ethik, die jegliches Mittel rechtfertigen, das zum Erfolg führt. Überleben ist das oberste Gebot.“ Mit der Veröffentlichung der Dienstvorschrift über Konflikte niedriger Intensität („Field Manual on Low Intensity Conflict“) durch die Armee im Jahre 1981 wurde die LIC-Strategie zum erstenmal offiziell militärischen Operationen zugeordnet. Heute wird diese Dienstvorschrift als Brücke zwischen der älteren Theorie der Aufstandsbekämpfung („counterinsurgency“) und den neuesten Formulierungen der LIC-Theorie betrachtet.

Sie stellt den LIC als Ausdruck der Theorie der „Inneren Verteidigung und Entwicklung“ (IDAD) zur Aufstandsbekämpfung dar, die sich in den 70er Jahren herausbildete. Die IDAD-Theorie, eine Weiterentwicklung der Aufstandsbekämpfungsstrategie der 60er Jahre, legte Nachdruck auf die Organisierung von Befriedungs- und zivil-militärischen Kampagnen.

Die Dienstvorschrift von 1981 zeigt die Notwendigkeit nationaler IDAD-Befriedungskampagnen auf, die zivile und militärische Einrichtungen festigen. Diese Kampagnen sollen von nationalen und örtlichen Koordinationskomitees geleitet werden, die militärische, paramilitärische und ökonomische Mittel einsetzen, um die Nation zu stärken.

Psychologische Operationen sollen „der Bevölkerung Maßnahmen zur Kontrolle von Bevölkerung und Ressourcen annehmbarer machen“. Um die Sicherheit befriedeter Gebiete zu gewährleisten, sollten örtliche Selbstverteidigungspatrouillen und andere paramilitärische Kräfte organisiert werden.

Sehr wahrscheinlich bildete diese Dienstvorschrift die konzeptionelle Grundlage

für die gegenwärtigen Befriedungskampagnen in Guatemala und El Salvador. Beide Länder haben Pläne für nationale Sicherheit und Entwicklung aufgestellt, Programme für psychologische Operationen eingeführt und ihre Befriedungskampagne mit AID- und privaten Mitteln aus den USA unterstützt. Die interinstitutionellen Koordinationskomitees der Militärs in Guatemala weisen verblüffende Ähnlichkeit mit den in der Dienstvorschrift der Armee beschriebenen Koordinations- und Konsolidierungskomitees auf.

Die LIC-Doktrin ist viel mehr als nur ein rein intellektuelles Kriegsspiel für Militäristen. Im Verlauf der letzten paar Jahre wurden ihre Postulate auf höchsten Regierungsebenen übernommen und für den Massenkonsum popularisiert. Ein von vier führenden Militärstrategen erstellter Bericht des Verteidigungsministeriums aus dem Jahre 1984 faßt die wichtigsten aktuellen LIC-Initiativen zusammen.



„Special Forces“ der US-Streitkräfte beim Training

Der Bericht mit dem Titel „Konflikt niedriger Intensität in den 80er Jahren: Empfehlungen für die Politik der Vereinigten Staaten“ stellt fest, daß die LIC-Doktrin drei Hauptkategorien von Aktionen beinhalten sollte: Aufstandsbekämpfung, Unterstützung antikommunistischer Aufstände und Terrorismusbekämpfung.

Es wurde vorgeschlagen, der Nationale Sicherheitsrat solle eine „Sondergruppe“ für den LIC bilden, die wiederum in die drei Operationskategorien unterteilt werden sollte.

Die Verfasser lobten die Reagan-Administration für die Verfolgung einer Politik, die diese Kategorien beinhaltet, und für ihr Abrücken von der nach dem Viet-

namkrieg in den USA vorherrschenden Position der Nichteinmischung.

Sie forderten jedoch eine Fortsetzung der Initiative und gaben eine Reihe von Empfehlungen, von denen mittlerweile viele in die Praxis umgesetzt worden sind. Die Kriegsstrategen erklärten, daß die USA bei der Aufstandsbekämpfung die Energien von Sicherheitskräften der Dritten Welt umdirigieren sollten, „um für Schutz- und Selbstverteidigungsmaßnahmen zu sorgen, während Bemühungen zum nationalen Aufbau und zur Befriedung im Gange sind“.

Sie empfahlen die Schaffung einer länderspezifischen Einheit zur Durchführung zivil-militärischer Aktionen („Civil Action Force“) unter der Schirmherrschaft der vorgeschlagenen „LIC-Sondergruppe“. Diesem Verband sollten Vertreter von CIA, Verteidigungsnachrichtendienst (DIA), Verteidigungsministerium, Außenministerium, AID und USA angehören.

Im Fall von Aufständen empfahl der Bericht:

1. den Einsatz verfügbarer paramilitärischer Mittel zur Schwächung kommunistischer Regimes;
2. Schürung von Uneinigkeit in Ländern mit Regimes, die der US-Regierung feindlich gesinnt sind;
3. Initiierung von Aktionen, die die Absetzung eines bestimmten Führers begünstigen;
4. Unterstützung paramilitärischer Kräfte, die als wohlwollend und für Verbesserungen geeignet erscheinen würden; und
5. den Einsatz von Mitteln des CIA und des Verteidigungsministeriums zur Unterstützung von einheimischen Kräften, die den Kampf stellvertretend für die USA führen.

Im Mai 1984 legte eine weitere Expertengruppe, die Beratergruppe Sonderkriegführung, dem Verteidigungsministerium ihre Empfehlungen zum LIC vor.

Die von Fred Ikle, Unterstaatssekretär des Verteidigungsministeriums für politische Angelegenheiten, gegründete Kommission bestand aus Verteidigungsstrategen, rechten Führern und Generälen a.D. mit Erfahrungen in zivil-militärischen Aktionen und Sonderkriegführung. Prominente Mitglieder waren u.a. Andy Messing, Edward Lansdale, John Singlaub, Harry C. Anderholt, Paul Gorman, Thomas Pickering und Edward Luttwak.

Diese Gruppe empfahl, daß die USA die Lehren aus Südostasien auf den Konflikt in Mittelamerika übertragen sollten. Ein achtseitiger Bericht drängte die USA, sich von der konventionellen Kriegführung zu lösen und sich verstärkt zivil-militärischen Aktionen, psychologischer Kriegführung und Operationen kleinerer

Einheiten zuzuwenden.

„US-Militär bedeutet Feuerkraft, hochtechnisierte Ausrüstung, und das ist nicht das, was (in Mittelamerika) gebraucht wird“, stellte Aderholt fest.

LIC-Strategen befürworten den verstärkten Einsatz von Stellvertretern seitens der USA.

Die Praxis, Stellvertreter die Verteidigung von US-Interessen besorgen zu lassen, ist nicht neu. Washington stützt bereits seit langem Regierungen mit Wirtschaft- und Militärhilfe, damit diese Regimes US-Außenpolitik betreiben.

Das US-Militär hat sogar eine Bezeichnung für diese Praxis: Bezugnehmend auf die Bildung lokaler Strukturen, die zur Aufstandsbekämpfung benutzt und mit US-Militärhilfe finanziert werden, nennt es sie „Stellvertreter-Infrastruktur“. In Laos und Vietnam setzte der CIA Stammesangehörige als Stellvertreterkräfte ein und bei der Schweinebucht-Invasion Castro-feindliche Exilierte.

Unter der Reagan-Administration haben antikommunistische Stellvertreterkräfte eine bedeutende Rolle in der nationalen Politik übernommen. In Mittelamerika spielen El Salvador, Honduras und Costa Rica diese Vertreterrolle, und die Contras sind geradezu ein Prototyp für US-Stellvertreterkräfte.

Terrorismus und Drogenhandel

Eine andere Komponente des LIC liefert bequeme Definitionen von Terrorismus, die den USA als Rechtfertigung dienen. Das Außenministerium definiert Terrorismus als „die Androhung oder den Einsatz von Gewalt zu politischen Zwecken“. Aber Ziel der wachsenden Anti-Terrorismus-Kampagne ist fast ausschließlich Gewalt, die als revolutionär oder kommunistisch eingestuft werden kann.

Die Reagan-Administration bezeichnet Nicaragua verschiedentlich als „Kommandoposten des internationalen Terrorismus“ und „Gesellschaftsclub für Terroristen“, während andere mittelamerikanische Länder wie El Salvador und Guatemala, in denen Todesschwadronen und militärischer Terror an der Tagesordnung sind, für ihre demokratischen Prinzipien gelobt werden. Linke Guerillabewegungen werden als Terroristen bezeichnet, während Contras als Freiheitskämpfer gepriesen werden.

LIC-Verfechter sagen, daß die USA offensiv auf die Geißel des Terrorismus antworten müßten. Die USA sollten ihre Einrichtungen und Bürger nicht mehr länger nur passiv gegen Terroranschläge verteidigen, sondern vielmehr eine aggressive Kampagne gegen den Terrorismus starten, die auch Präventiv- und Vergeltungsschläge umfaßt.

Auch wenn vielen Befürwortern einer Kriegführung mit niedriger Intensität das Engagement der USA bei der Terrorisusbekämpfung bisher nicht weit genug gegangen ist, hat das Konzept in den vergangenen Jahren doch rasche Fortschritte gemacht. Im April 1984 unterschrieb Präsident Reagan die Entscheidungsdirektive zur Nationalen Sicherheit (NSDD 138), die das Prinzip von Präventivschlägen und Vergeltungsmaßnahmen gegen Terroristen in anderen Ländern sanktioniert.

NSDD 138 legte den Grundstein für die Komponente der Terrorbekämpfung im Rahmen von Konflikten niedriger Intensität.

Mit dem Begriff Drogenterrorismus („Narcoterrorism“) bezeichnen US-Regierungsbeamte die „Verbindung zwischen „Terrorismus/Aufstand und Drogenhandel sowie den zunehmenden Einsatz terroristischer Taktiken durch Organisationen, die mit Drogen handeln“.

Kuba und Nicaragua, deren Führer von Präsident Reagan als Kokainhändler bezeichnet wurden, sind zwei Hauptziele in einem Krieg niedriger Intensität gegen den Drogenterrorismus. Der Leiter des Büros für Terrorisusbekämpfung erklärte vor dem Kongreß: „Kuba und Nicaragua sind sowohl im Drogenhandel als auch im Terrorismus aktiv, weil beide Aktivitäten die sozialen und politischen Strukturen demokratischer Regierungen in der westlichen Welt schwächen.“

Wenn Befürworter von Konflikten niedriger Intensität sagen, LIC bedeute „totalen Krieg“, so meinen sie damit nicht einen uneingeschränkten Krieg oder Konflikt hoher Intensität. Sie verlangen vielmehr eine koordinierte Aktion, die alle militärischen und zivilen Mittel in einer Offensive gegen Kommunismus und Terrorismus vereinigt. Dieser Vorstoß, wirtschaftliche und humanitäre Hilfe in die LIC-Strategie zu integrieren, vollzieht sich an drei verschiedenen Fronten: 1. engere Koordination zwischen Militär, CIA und AID in LIC-Situationen; 2. verstärkte Einbezie-



LIC-US-Militärberater in El Salvador

hung des Verteidigungsministeriums bei nichtmilitärischer Unterstützung, und 3. Gewinnung privater Geldmittel.

Die meisten LIC-Befürworter sind der Ansicht, daß die AID vom Vietnam-Syndrom erfaßt wurde und daß sie dazu ermuntert werden sollte, einen größeren Teil ihrer Mittel für Kampagnen zur Aufstandsbekämpfung und für von den USA unterstützte Aufstände zur Verfügung zu stellen.

In der Vergangenheit zeigte die AID weniger Bedenken, Wirtschaftshilfe für militärische Zwecke auszugeben. In den 60er Jahren finanzierte die AID direkt zu 30% das zivil-militärische Aktionsprogramm des Pentagon in Lateinamerika.

Während des Vietnamkrieges arbeitete die AID bei Kampagnen zur Befriedung und Terrorisusbekämpfung eng mit dem Militär zusammen und tat sich bei der Unterstützung antikommunistischer Stammesöldner offen mit dem CIA zusammen.

Das Drängen, die AID enger in militärische Operationen einzubeziehen, hat in

Testfall für LIC: Grenada-Invasion





Mittelamerika bereits gewissen Erfolg gezeitigt. Die Leitung von Befriedungsprogrammen in El Salvador durch die AID und ihre Projekte entlang der nicaraguanischen Grenzen zu Honduras und Costa Rica sind Beispiele für die wachsende Bereitschaft der Behörde, an quasimilitärischen Operationen mitzuwirken.

Die Unterscheidung zwischen Militärhilfe und nichtmilitärischer Hilfe wird zudem durch den gegenwärtigen Trend zu einem Engagement des privaten Sektors verwischt.

1984 begann das Pentagon mit dem Transport von Gütern nach Mittelamerika, die von rechten Gruppen wie dem „Conservative Caucus“ und dem Nationalen Verteidigungsrat gesammelt werden. Schlüsselfigur im Kongreß bei der Organisierung dieses kostenlosen Transports war Senator Jeremiah Denton (Republikaner aus Alabama).

Denton, der 1983 vom „National Journal“ als der konservativste Senator eingeschätzt wurde, hat seitdem zwei Schlüsselgesetze zur „humanitären Hilfe“ im Kongreß durchgebracht. 1985 überredete Andy Messing, ein einflußreicher LIC-Befürworter, der dem Nationalen Verteidigungsrat vorsteht, Denton dazu, eine Gesetzesänderung zum Ermächtigungsgesetz des Verteidigungsministeriums einzubringen, das es dem Pentagon gestatten würde, humanitäre Hilfsgüter nach Mittelamerika zu transportieren.

Messing, der einmal sagte, Mittelamerika sei ein „zugängliches Labor“ für das Studium von Konflikten niedriger Intensität, gelang es auch, Oliver North vom Nationalen Sicherheitsrat dazu zu bewegen, die Unterstützung des Pentagon und des Weißen Hauses für das erfolgreiche Gesetz zu gewinnen.

Das Büro für Humanitäre Hilfe des Penta-

gon transportiert diese Güter nach Mittelamerika, wo sie häufig für die honduranisch-nicaraguanische Grenze oder zivil-militärische Aktionsprogramme der salvadorianischen oder guatemaltekischen Regierung bestimmt sind. Denton war auch wesentlich an der Durchsetzung der Gesetze im Jahre 1985 beteiligt, aufgrund derer 7,5 Mio \$ an „humanitärer Hilfe“ für nicaraguanische Indianerflüchtlinge, die entlang der nicaraguanischen Grenze zu Honduras leben und enge Verbindung zu den Contras unterhalten, zur Verfügung gestellt wurden.

Als 1984 der Kongreß dem CIA eine weitere Unterstützung der Contras untersagte, stimmte Präsident Reagan einem Geheimplan zu, durch den CIA-Gelder mit Hilfe von US-Bürgern und US-Verbündeten wie Israel ersetzt werden sollten. Das Weiße Haus bestimmte den Generalmajor a.D. der Armee, John Singlaub, zum Hauptkontaktmann und Koordinator dieser Spendenkampagne, die vom Nationalen Sicherheitsrat überwacht wurde.

Imagepflege für Militärs

Zivil-militärische Aktionen haben das Ziel, das Image des Militärs aufzubessern und seinen Einfluß auszudehnen. Solche Programme können zwar in ländlichen Gebieten gewisse Verbesserungen herbeiführen, berühren aber nie die zentralen sozioökonomischen Probleme einer Gesellschaft.

Zivil-militärische Aktionen erleben gegenwärtig ein bedeutendes Comeback in Mittelamerika. Sie sind Teil der Aufstandsbekämpfung als Antwort auf den wachsenden Widerstand der Bevölkerung in der Region.

Das neue Interesse des Militärs an derartigen Aktionen ergibt sich auch aus der zunehmenden Zustimmung zur LIC-Doktrin, die bei der Aufstandsbekämpfung neben militärischen auch wirtschaftliche und psychologische Mittel fordert.

Captain Robert S. Perry von der Abteilung für politische/militärische Angelegenheiten beim Südkommando (der US-Streitkräfte (SOUTHCOM) mit Sitz in Panama; d. Red.) bezeichnete die neue Betonung auf zivil-militärischen Aktionen „als einen der wesentlichen Bestandteile des Sicherheitsentwicklungsprogrammes des US-Südkommandos“. Zivil-militärische Aktionen sind eine „kosteneffektive und wichtige Komponente jedweder Korrektur- oder Abschreckungsmaßnahme, wie die jüngsten Erfolge bei der Aufstandsbekämpfung in Guatemala beweisen“.

Wenn die salvadorianische Armee in ein Dorf einfällt, ist damit meist eine Art

Show verbunden.

Flugzeuge werfen Propagandaflugblätter über dem Gebiet ab, und der Kommandant hält eine Rede über die Übel des Kommunismus und die Tugenden des gegenwärtigen Regimes. Nahrungsmittel, Spielsachen, Medikamente und Kleidung werden an die auf dem Dorfplatz versammelten Bewohner verteilt. Einige Bataillone haben ihre eigenen Soldaten-Clowns, die für Unterhaltung sorgen. Oft wird der ganze Auftritt zu einer Multimediashow, wenn das Team für psychologische Operationen („Psyop“) der Armee einen antikommunistischen Film aus den USA vorführt, Armeefriseure Haare schneiden, Ärzte Impfungen durchführen und Zahnärzte Zähne ziehen.

Offizier Ed Morrell von der US-Mil-Group (US-Sondereinheit für zivil-militärische Aktionen in El Salvador; d. Red.) verließ seiner Begeisterung über den Fortschritt von zivil-militärischen Aktionen Ausdruck. Im zweiten Halbjahr 1985 „gab es 60 zivil-militärische Aktionen, bei denen im Durchschnitt jedesmal 3.500 Personen erreicht wurden“.

Morrell erklärte, daß die US-Mil-Group bei der Planung der Programme mithilft, für Material sorgt und die salvadorianische Armee für solche Operationen ausbildet. „Wir hoffen, von nun an drei zivil-militärische Aktionen in der Woche durchzuführen“, fügte er hinzu.

Der größte Teil der Kleidung und der Spielsachen, die die Armee verteilt, stammt von privaten Gruppen in den USA. Zu diesen privaten Gruppen, die der salvadorianischen Armee Mittel zur Verfügung stellen, gehören die Knights of Malta und International Aid.

Aber der Hauptlieferant der Fußbälle, Medikamente, Spielsachen und Kleidung, die die salvadorianische Armee in ihren zivil-militärischen Aktionen ausgibt, ist die rechte Family Foundation of America. Kenneth Wells, Gründer und Präsident der Gruppe, behauptet, „Gott habe ihn veranlaßt“, Güter nach El Salvador und in andere mittelamerikanische Länder zu schicken.

Zivil-militärische Aktionen werden in Honduras sowohl im Zusammenhang mit Militärmanövern als auch als Teil der Operationen des Palmerola-Luftwaffenstützpunktes, der größten US-Einrichtung in Honduras, durchgeführt. Captain Brian Mahoney, verantwortlich für zivil-militärische Aktionen auf dem Stützpunkt bei Comayagua, führt aus: „Unsere Programme sind darauf gerichtet, die Sicherheit der USA zu fördern. Es gibt keine humanitäre Stoßrichtung. Wir wollen nur, daß die Leute eine bessere Meinung von uns haben.“ (...)

(Quelle: „The National Reporter“, Washington, Nr. 2, Herbst/Winter 1986)

Walden Bello / Peter Hayes / Lyuba Zarsky Die expandierende Front der USA Erstschlagsregion Nordwestpazifik

Die USA betrachten den Pazifik traditionsgemäß als „amerikanische See“. Angesichts der umsichgreifenden Forderung pazifischer Nationen nach einer atomwaffenfreien Zone und nach einer Entmilitarisierung des Gesamtgebietes (siehe AIB 11/1986) haben Washingtoner Strategen eine gegenläufige Herangehensweise entwickelt. Die US-Experten Walden Bello, Peter Hayes und Lyuba Zarskiy legen die „maritime Strategie“ der USA bloß.

Die Bemühungen, die Pazifikregion in eine Friedenszone zu verwandeln, haben eine Anzahl von Inselstaaten in einen scharfen Gegensatz zur führenden Macht der Region, den USA, getrieben.

Der Oberste Gerichtshof der Republik Belau hat das Urteil gefällt, daß der Vertrag über die Freie Assoziierung mit den USA verfassungswidrig ist, weil er mit einer grundlegenden Bestimmung der belauanischen Verfassung im Widerspruch stünde, die die Einfuhr und die Anwesenheit von Atomwaffen und -material verbietet.

Der Vertrag würde den winzigen Inselstaat von 15.000 Einwohnern nominell in politischen Angelegenheiten unabhängig machen, während er die gesamte Oberhoheit über die Verteidigung, einschließlich des Transportes und der Lagerung von Atomwaffen, den USA zusprechen würde. In einer am 21. Februar 1986 durchgeführten Volksabstimmung verfehlte der Vertrag die 75% der Stimmen, die notwendig gewesen wären, um die Anti-Atomwaffenklausel zu überstimmen.

Die Labour-Regierung von Neuseeland hat einen Gesetzeserlaß verfügt, mit dem das Einlaufen von atomar bewaffneten Schiffen wirkungsvoll verboten wird. Als Vergeltung hat US-Außenminister George Shultz verkündet, daß die USA ihren Verteidigungsschirm von Neuseeland zurückziehen.

Im August 1986 bestätigte das aus 13 Ländern bestehende Pazifische Forum einen Vertrag zur Schaffung einer Atomwaffenfreien Zone im Südpazifik. Der historische Vertrag verbietet die Erprobung, Stationierung, Lagerung, den Erwerb und die Aufstellung von Atomwaffen — obwohl er Besuche von atomar bewaffneten Schiffen nicht einschränkt —, und trat am 1. Dezember 1986 in Kraft.

Eine starke antimilitaristische und antinukleare Stimmung erfaßt die Region zu einer Zeit, in der militärische Kreise der USA erneut den „strategischen“ Charakter des Gebietes betonen. Die US-



Angriffs-U-Boot der US-Marine

Marine, die traditionell die 176 Mio qkm Gewässer als ihr privates Gehege betrachtet, steht im Mittelpunkt einer Remilitarisierung des Gebietes, nachdem für kurze Zeit die amerikanische Macht im Gefolge der US-Niederlage in Vietnam abgenommen hatte.

Die neue Brut von Marinemilitaristen hat kein Blatt vor den Mund genommen. „Die Vorbereitung des globalen Krieges“, behauptet der Operationschef der

Marine, Admiral James Watkins, „ist das entscheidende Element in der Aufrechterhaltung der Abschreckung.“ Das „Operationstempo“ der Marine, so sagt Watkins, ist jetzt ungefähr „20% höher als während des Vietnamkrieges“.

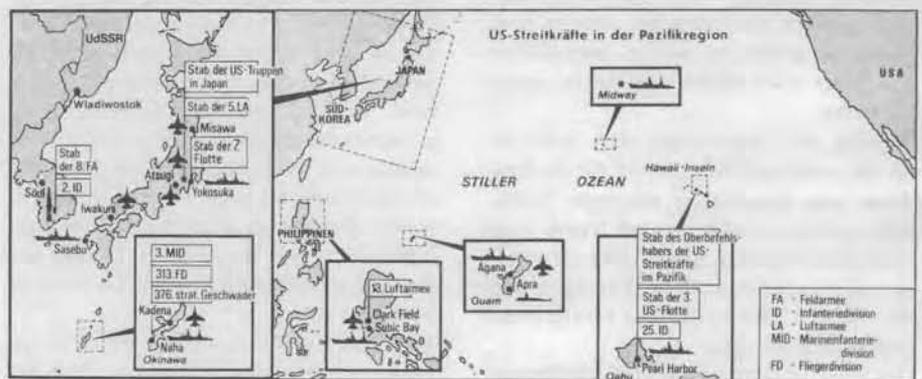
Mit starker Unterstützung von der Reagan-Administration verdoppelte die Marine fast die Anzahl ihrer vorgeschobenen Überwasserkampfschiffe der 7. Flotte im Zeitraum 1980-83 von 21 auf 40.

Einschließlich der Angriffs-U-Boote stieg die Kriegsschiffstärke der USA im westlichen Pazifik von 37 auf 52 in nur drei Jahren.

Auf der koreanischen Halbinsel wurde die seit 39 Jahren bestehende US-Militär-garnison mit mehr Personal und dem Allerneuesten auf dem Gebiet der Luftwaffe und der Artillerie verstärkt.

Die USA haben die Spezialeinheiten auf Okinawa wiederbelebt, die Marineinfanterie in der gesamten Region verstärkt und Stützpunkte und Vorratslager von solchen Waffen erweitert, die notwendig sind, um Vergeltungsschläge zu führen. Sie haben auch einen eiligen Ausbau des Inselstützpunktes auf Diego Garcia vorgenommen, um der Schnellen Eingreiftruppe zu ermöglichen, die Feuerkraft auf die kritische Region des Indischen Ozeans zu konzentrieren.

Die Erweiterung ihres Atomarsenals steht im Zentrum des militärischen Aufbaus der USA. Der größte Zuwachs der amerikanischen atomaren Feuerkraft wird durch die Trident-Raketen an Bord von fünf Unterseebooten der Ohio-Klasse erzielt, die ständig in dem Gebiet stationiert sind. Jedes Unterseeboot kann 24 Raketen über 7.700 km Entfernung abfeuern, um 240 Sprengköpfe innerhalb von 500 m Umkreis von Zielen in



der Sowjetunion herabregnen zu lassen. Die noch tödlichere Trident II wird 1989 kommen und sowjetische landgestützte Raketen bedrohen, und den Zustand noch verschlechtern, den Theodore Postol, ein früherer Berater der Abteilung für Atomkriegsführung der US-Marine, eine „pathologische Instabilität“ genannt hat.

Die Stationierung der Tomahawk-Cruise-Missiles ist ebenfalls Teil der atomaren Eskalation im Pazifik.

Während sie auf sowjetischen Radars nicht größer als eine Seemöve erscheint, kann die Tomahawk 2.500 km über See zurücklegen, bevor sie eine Atombombe über sowjetischen Flugplätzen oder Häfen zur Explosion bringt — Ziele, die vorher für amerikanische Flugzeugträger und Kriegsschiffe unerreichbar waren. Durch die Entwaffnung der sowjetischen Küstenverteidigung würde es die Tomahawk den großen US-Trägern erlauben, in die Gewässer einzufahren, die an den sowjetischen Fernen Osten grenzen, um Nachfolgeangriffe auf sowjetische Landstreitkräfte oder auf mit Atomraketen bestückte sowjetische Unterseeboote auf See durchzuführen.

Die Verbündeten einspannen

Ihre Verbündeten stellen die entscheidenden Sprungbretter für die Wiedererhebung der Pazifikmacht der USA. Die großen Flottenstützpunkte in Japan und auf den Philippinen ermöglichen es der Marine, eine stählerne Kette um die halbe Erdkugel zu spannen, von Hawaii bis zum Indischen Ozean.

Die Stützpunkte in Korea, auf Okinawa und dem japanischen Festland setzen ein eisernes Dreieck militärischer Macht der USA an die sowjetische Türschwelle zum Nordpazifik. Australien und Frankreich, Amerikas Juniorpartner im Pazifik, befreien die USA von Sicherheitslasten südlich des Äquators.

Und praktisch jeder US-Verbündete beherbergt ein unsichtbares Arsenal von Nachrichten- und Überwachungssystemen zur Unterstützung des atomaren Arsenals.

Die alliierte Maschinerie ist verstärkt seit 1979 durch militärische Hilfe und Ausbildung, Besuche von Kriegsschiffen und gemeinsame Manöver geschmiert worden. Allein im Jahre 1984 besuchten die Flotte und Marinekorps 108 Länder und führten gemeinsame Übungen mit 55 Staaten durch.

Die Bedeutung dieser Maßnahmen wurde kürzlich von Admiral Watkins unterstrichen: „Obwohl sie oft als selbstverständlich angesehen werden, haben Hafenbesuche und gemeinsame Ausbildung und Übungen eine wesentliche Auswirkung rund um die Welt bei der

Stabilisierung des Friedens, indem sie Freund und Feind gleichermaßen daran erinnern, daß wir in der Lage und willens sind, uns und unsere Vertragsverbündeten zu verteidigen.“

Die Verbündeten sind jetzt für die „neuen Militaristen“ wichtiger denn je. Da ihre Verpflichtungen und Vorrechte rund um den Globus anwachsen, drängen die USA ihre Verbündeten, „die Last zu teilen“. Besonders Japan ist das Ziel starken amerikanischen Drucks sich zu „remilitarisieren“.

Die militärische Hilfe für die „Frontstaaten“ ist angewachsen. Und die USA drängen hart darauf, die Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN, Mitgliedsländer: Philippinen, Indonesien, Malaysia, Singapur, Thailand, Brunei; d. Red.) aus einer einfachen wirtschaftlichen Gruppierung in eine formellere politisch-militärische Allianz zu verwandeln. Im Falle der Philippinen haben die USA direkter eingegriffen, um eine militärische Lösung dafür zu schmieden, was sie als eine ernsthafte Bedrohung für den Flottenstützpunkt Subic und den Luftwaffenstützpunkt Clark durch den Vormarsch der linken Nationalen Demokratischen Front und der Neuen Volksarmee betrachten.

Dem Flottenaufbau liegt die „maritime Strategie“ zugrunde — eine geopolitische Doktrin, die mit dem jungen, frechen (Ex-)Marineminister John Lehman in enge Verbindung gebracht wird, der zu einem der mächtigsten Männer im Pentagon aufgestiegen war.

Die Hauptthese der „maritimen Strategie“, wie sie von Lehman und anderen Marinefachleuten vorgebracht wird, ist die, daß zu einer Zeit, in der ein atomares und strategisches Gleichgewicht zwischen den Supermächten besteht, und die Sowjetunion zu Lande vorherrschend ist, eine Flottenüberlegenheit die USA in die Lage versetzt, das übergreifende Gleichgewicht der Kräfte wiederherzustellen.

Diese „maritime Strategie“ hat drei tragende Säulen. Die erste ist die Erlangung von, wie es Lehman nennt, „völliger Überlegenheit zur See über jedwede Macht oder Mächte, die versuchen könnten(n), unsere Nutzung der Meere und die Wahrung unserer vitalen Interessen weltweit zu verhindern.“ Kurz, „wenn wir herausgefordert werden, werden wir in der Lage sein, jeden Gegner auf Grund zu schicken“. Die Mindestbedingung zur Erlangung unbestrittener Überlegenheit über die Sowjetunion ist eine „600-Schiff“-Marine. Diese gruppiert sich um 15 Flugzeugträger, die weiterhin das Hauptinstrument der Flottenüberlegenheit sind.

Die zweite Säule ist eine aggressive, offensive Haltung, die die Sowjetunion in eine defensive, reagierende Stellung

2,50 DM

AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITUNG
Sonderheft 1/87



Die Kunst des Überlebens

NICARAGUA

Themen:

- Die Facetten der US-Aggression
- Contra-Krieg und Volksverteidigung
- Die Menschenrechtskampagne
- Soziale Bilanz der Revolution
- Der Weg zur Überlebenswirtschaft
- Die Amtskirche stößt auf Widerstand
- Die neue Verfassung
- Städtepartnerschaften
- Interview mit Sergio Ramirez
- Die Bonner Contra-Hilfe

36 Seiten (DIN A 4), 2,50 DM



KAFFEE

AUS NICARAGUA

3 Pfund im Monats-Abo

40,— DM

(incl. Versand)

Unsere Idee: Nicaragua-Kaffee im Soli-Abonnement. Regelmäßig und pünktlich — direkt ins Haus. Kein Vergessen, kein Suchen — und immer röstfrisch. Wir liefern zuverlässig.

Für Wiederverkäufer, Kneipen, Solidaritäts-Gruppen und Initiativen:
Ab 30 Pfd. Mindestabnahme (inkl. Porto, Verpackung u. MWSt.)

500 g gem. od. Bohnen	11,70 DM
250 g gem. od. Bohnen	6,10 DM

Solidaritätsshop Dritte Welt
Hamburger Allee 52
6000 Frankfurt/Main 90
Telefon 069/778863



zwingen würde. Dadurch würde es den USA ermöglicht, geographische Nachteile der Sowjetunion auszunutzen und sie zu zwingen, ihre Seestreitkräfte näher am eigenen Territorium zusammenzuziehen.

Sollte der gespannte Frieden dem Krieg weichen, erklärt Admiral Watkins, wird die Marine „die Initiative soweit vorne wie möglich ergreifen. Seestreitkräfte werden sowjetische Kräfte im Mittelmeer, im Indischen Ozean und in anderen vorgelagerten Gebieten zerstören, nötigenfalls sowjetische Verbündete neutralisieren und unseren Weg zu den sowjetischen Heimatgewässern erkämpfen“.

Schriften über Seekriegsführung erwähnen oft die sowjetischen Marineeinrichtungen auf der Kola-Halbinsel und im sowjetischen Fernen Osten als erste Kandidaten für von Flugzeugträgern aus ge-

führte Luftangriffe. Das Marineoberkommando konzentriert sich besonders auf Wladiwostok – Heimatstützpunkt der zweitmächtigsten sowjetischen Flotte, der Pazifikflotte.

Die dritte Säule der „maritimen Strategie“ besteht darin, auf die Führung eines begrenzten regionalen Krieges vorbereitet zu sein. Im Jahre 1984 machte der Generalleutnant der Marine, Bernard Trainor, einer der damaligen stellvertretenden Stabschefs im Pentagon, den Fehler, öffentlich vorherzusagen, daß ein Krieg mit der Sowjetunion innerhalb dieser Generation eine „fast unvermeidbare Möglichkeit“ ist, weil die Sowjetmarine „in unserem Revier wildert“.

Die Marinefachleute folgern, daß wenn ein begrenzter Krieg unvermeidbar ist, man Strategien anwenden muß, die der eigenen Seite einen klaren Vorteil einräumen. Eine solche Strategie ist eine

„Erstschlagsoption“, auf die John Lehman in rätselhafter Weise in einer Vorlesung an der Kriegsakademie der Marine im Juni 1984 anspielte: „Wer gewinnt, das hängt mehr davon ab, wer zuerst zum Schuß kommt, als von jedem (anderen) Faktor.“

Begrenzter Krieg zwischen den Supermächten ist natürlich eine gefährliche Illusion. Und die Sowjetunion hat die USA ständig davor gewarnt, daß ein strategischer weltweiter Atomkrieg die unvermeidliche Folge eines begrenzten atomaren Konflikts ist.

Es gibt zwei mögliche gefährliche Brennpunkte in der Region: die koreanische Halbinsel und den Nordwestpazifik. Hier könnten Zusammenstöße auf dem östlichen Kriegsschauplatz leicht unkontrollierbar eskalieren.

US-Atombomben hoher Zerstörungskraft, Atomminen und -Artillerie sind in

Cruise Missiles – „Todesvögel“ mit Tarnkappe



Start eines ALCM von einem B-52-Bomber

Insgesamt 9.374 der „Todesvögel“, wie die Cruise Missiles bzw. Marschflugkörper von Kritikern genannt werden, sind derzeit zur weltweiten Indienstnahme durch die Streitkräfte der USA vorgesehen.

Die 560 landgestützten Ausfertigungen (GLCM) werden allesamt für Europa produziert, wovon laut NATO-„Nachrüstungs“-beschluß vom Dezember 1979 auf europäischem Boden 446 aufgestellt (96 in der Bundesrepublik!) und 96 als Reservegut gehalten werden sollen. Weit mehr Cruise Missiles aber werden zur See und in der Luft in Bewegung gehalten: 4.820 luftgestützte (ALCM) und 3.994 seegestützte Cruise Missiles (SLCM). Sie sollen zum Gutteil im pazifischen Raum, und damit an der Ostflanke und in Reichweite des erklärten Ziellandes Nr. 1, Sowjetunion, postiert werden.

Die „Vorzüge“ dieser geflügelten Raketen: Sie haben eine Reichweite von 2.500 km (mehr als die gleichfalls in der BRD stationierten Erstschlagsraketen Pershing II). Sie können als tak-

tische wie strategische Waffen eingesetzt werden. Und sie vermögen in beinahe Bodennähe die Radarsysteme zu unterfliegen, operieren also mit Tarnkappe.

Bis zum Herbst 1986 verfügte das Bomberkommando der US-Luftwaffe bereits über 1.739 einsatzbereite ALCM, die von umgerüsteten B-52-Bombern getragen und mit je einem Atomsprengkopf ausgerüstet sind. Bis Mitte der 90er Jahre sollen atomar bestückte SLCM auf 101 U-Booten und auf 82 Überwasserschiffen der US-Kriegsmarine (Navy) stationiert sein.

CM-Premiere gegen Gadhafi?

„Die Navy“, so wußte Wilhelm Bittorf im Spiegel vom 20.10.1986 zu berichten, „begnügt sich auch nicht mit nur einer Version des Tomahawk-Projektils. Sie will damit nicht nur Landziele vernichten, sondern auch feindliche Schiffe. Und sie will See-, aber auch Landziele

zudem mit konventionell geladenen Flugbomben bekämpfen können, nicht nur nuklear. Sogar die große Mehrzahl der für Landziele vorgesehenen Missiles (2.600 Stück) soll mit herkömmlichem Sprengstoff (möglicherweise auch mit Giftgas) gefüllt werden. Denn die Navy darf nicht nur an einen Atomkrieg mit den Sowjets, sie darf überhaupt nicht bloß an die Russen denken. Als Instrument globaler Machtprojektion muß Amerikas Marine ihre Waffen auch unter dem Gesichtspunkt ihrer Tauglichkeit gegen Ruhestörer in der Dritten Welt betrachten.

„Wie könnten die Vereinigten Staaten Cruise Missiles in einem Konflikt mit einer lokalen Macht benutzen? Welche Konstruktionsveränderungen sind nötig (und tunlich), um Cruise Missiles mehr Brauchbarkeit in konventionellen Rollen und lokalen Konflikten zu verleihen?“ Schon 1981 hat der hochrangige Stratege Richard Burt, heute US-Botschafter in Bonn, diese Fragen gestellt.

Heute stehen nichtnukleare Flugbomben mit je einer Tonne Sprengstoff bereit.“

Premiere feierte die Androhung eines Cruise-Missile-Schlages gegen ein Land der Dritten Welt im Zuge der Libyenkrise. Knapp drei Wochen nach den US-Luftangriffen auf Tripoli und Bengasi vom 14. April 1986 ordnete die Reagan-Administration an, das Kontingent an Cruise Missiles tragenden Kriegsschiffen im Mittelmeer zu erweitern.

Die Generalität der US-Streitkräfte dachte laut über den Einsatz von SLCM und ALCM bei neuerlichen Angriffen auf Gadhafis Ölland nach. US-Außenminister Shultz drohte den CM-Schlag unverblümt an.

Der Schwarm der Marschflugkörper ist insofern schon heute zu einem Damoklesschwert nicht nur für die Sowjetunion bzw. das sozialistische Lager, sondern auch für antiimperialistische Hoffnungsträger der Dritten Welt, gerade in den Krisenregionen, geworden.

Dies gilt in besonderem Maße für Ostasien/Nordwestpazifik. Dort grenzen beide Hauptzielscheiben, sozialistische Staaten und Befreiungskräfte, direkt aneinander. Und dort veranstaltet Washington den neben Westeuropa und Südwestasien (siehe AIB 3/1985) dramatischsten militärischen Aufmarsch.

Korea stationiert, um einen atomaren Stolperdraht entlang der entmilitarisierten Zone (DMZ) zu spannen, und dazu etwa 40.000 Mann amerikanischer Truppen. In einem Krieg, in den die USA, Südkorea und Nordkorea verwickelt sind, wird es wenig Reaktionszeit geben, da auf beiden Seiten der DMZ Streitkräfte in hoher Alarmbereitschaft stationiert sind.

Der US-Präsident müßte entweder die Entscheidungsgewalt vorher dem US-Kommandeur in Korea übertragen oder darauf vorbereitet sein, eine schnelle Entscheidung über den Einsatz der Waffen zu treffen. Es ist überflüssig zu sagen, daß die Versuchung, die Waffen einzusetzen, überwältigend werden könnte, wenn US- und südkoreanische Truppen in einer konventionellen Auseinandersetzung ausmanövriert oder belagert würden. Und wenn atomare Waffen ge-

gen nordkoreanische Truppen eingesetzt würden, ist es unwahrscheinlich, daß die Sowjetunion tatenlos zusehen würde.

Zusammen mit einem solchen Szenario eines koreanischen Krieges gibt es ein weiteres, das die Aufmerksamkeit der Kriegsplaner im Pentagon und im Pazifikkommando beansprucht: der „Wladiwostok-Schlag“.

Wie es die vereinten US-Stabschefs ausdrücken, ist im Falle eines Krieges ein US-„Hauptvorteil die Fähigkeit der amerikanischen Streitkräfte – einschließlich derjenigen in Japan und Korea –, die sowjetische Pazifikflotte in Wladiwostok einzuschließen“. Um von Wladiwostok in den offenen Pazifik zu gelangen, müssen die Sowjets eine von drei Meerengen passieren, deren ausge dehnteste 160 km breit ist.

In der US-Marinedoktrin würde dieser amerikanische Vorteil eher in konzen-

trierte Angriffe durch die US-Flotte umgesetzt, „die versuchen würde, den Gegner auszumanövriert und ihn lieber an einem Ort zu überwältigen, als quer über alle riesigen Weiten des Pazifischen Ozeans zu kämpfen“.

Angesichts der großen Nachteile, durch die Geographie, die US-Luftmacht, Tomahawk-Raketen und Angriffsunterseeboote der USA würde die Sowjetunion keine andere Wahl haben, als ihre sehr ungünstige Lage auf der örtlichen, taktischen Ebene durch die Eskalation zu einem umfassenden Atomkrieg auszugleichen.

Um die Masse der sowjetischen Pazifikflotte nahe bei Wladiwostok zu halten, und so den US-Vorteil in der Eröffnungsrunde eines Konfliktes zu erhalten, hat die US-Marine „Flottenmanöver“ im japanischen Meer und im Nordwestpazifik vor der sowjetischen Küste verstärkt.

Speziell im Nordwestpazifik (siehe Beitrag von Walden Bello u.a.) ist die seegestützte Cruise Missile (SLCM) des Typs „Tomahawk“ mittlerweile zum wichtigsten Erstschlagssystem der US-Seestreitkräfte, des Pazifikkommandos, aufgestiegen. Nach Aussage eines Hauptquartier-Sprechers wird die SLCM-Ausfertigung, die auf Festlandeinsätze ausgerichtet ist, „das atomare Arsenal für den Operationsbereich der Pazifikflotte erheblich vergrößern und die Möglichkeit bieten, Ziele auf dem Festland von überlebendigen seegestützten Abschubrampen aus zu treffen“. Jene mit Atomsprenkköpfen ausgestattete SBCM ist die vielseitigste Waffe im atomaren Arsenal der USA. Sie kann sowohl als strategische und taktische Waffe als auch auf dem Kriegsschauplatz selbst eingesetzt werden.

U-Boot-Admiral Kelso zufolge soll die hervorstechendste nichtstrategische Rolle der SBCM darin bestehen, „der Sowjetunion klarzumachen, daß ihr Territorium kein geheiligtes Refugium ist“. Im Klartext: Sie hat ausgewählt

te Küsten- und Hinterlandziele im sowjetischen Fernen Osten anzugreifen.

In ihrem Buch „Nuclear Battlefields – Global Links in the Arms Race“ gingen W.M. Arkin/R.W. Fieldhouse so ins Detail:

„Bis zum Beginn der 90er Jahre werden mehr als 140 Kriegsschiffe und U-Boote, bestückt mit insgesamt mehr als 2.500 Abschubrampen, Tomahawk an Bord haben. Von den 3.994 geplanten Raketen sind 758 für atomare Festlandsangriffe und 593 für konventionelle Angriffe gegen Schiffe vorgesehen; 2.739 sollen auf Überwasserschiffen und 1.255 auf U-Booten disloziert werden. Vier Schlachtschiffe, faktisch sämtliche Kreuzer, alle Zerstörer des Typs Truance sowie alle Angriffs-U-Boote der Typen SSN 67 und Los Angeles sollen mit SLCM bestückt werden.“

Die 'Geschützdämme' können die SLCM sowohl von den üblichen 21 Zoll Torpedo-Ausstoßrohren als auch von auf Deck installierten 'gepanzerten Kasten-Rampen' und von neuen vertikalen Rampen aus starten. Die neuen U-Boote des Typs Los Angeles ... sind mit je 12 vertikalen Start-Ausstoßrohren im vorderen Teil des Bugs ausgerüstet. ...

SLCM werden die mit Atomwaffen bestückten, auf Flugzeugträgern stationierten Flugzeuge ergänzen, nicht ersetzen. Die den SLCM vorbehaltenen Ziele, die sich nicht mit jenen der auf Flugzeugträgern stationierten Flugzeuge decken, sind u.a. Ziele tief im Innern des gegnerischen Territoriums, die gegenwärtig außerhalb des Kampfradius der taktischen Luftwaffe liegen, besonders stark befestigte Zielpunkte, bei denen bisher keine hohe Wahrscheinlichkeit der Treffsicherheit bestand, sowie Ziele im vorderen Bereich der Kampfzone, die so stark geschützt sind, daß bisher mit einem sehr hohen Verlust an Angriffsflugzeugen gerechnet werden mußte.

„Der ausgedehnte Operationsradius, ermöglicht durch SLCM, die von einer großen Anzahl von durch Flugzeugträger geschützten Überwasser-Rampen sowie von unabhängigen, verborgenen, in der Nähe der gegnerischen Küsten eingesetzten U-Booten gestartet werden können, stellt eine beachtliche Bedrohung für die Sowjets dar“, erklärte im März 1985 der Leiter des nuklearen Planungsstabes vor dem Kongreß.“

Die wildwüchsige Kombination von Cruise Missiles mit konventionellen, chemischen und atomaren Sprengköpfen birgt ein zusätzliches

außerordentliches Gefahrenmoment in sich: „Aber“, so fragt W. Bittorf, „wenn nukleare und herkömmliche Flugbomben sich äußerlich gleichen, wie soll man sie denn voneinander unterscheiden? Wie kann die andere Seite sie zum Zwecke der Rüstungskontrolle erkennen und zählen? Wie verifizieren, wenn dasselbe Kriegsschiff beide Sorten mit sich führt?“

„Ein Gegner kann niemals wissen, welchem Potential er sich gegenüber sieht“, schreibt die Falkenpostille 'Interavia', als sei das ein besonders erbauerlicher Aspekt der 'CM-Vielseitigkeit': ein kniffliges Ratespiel für den Gegner, wenn so ein undefinierbares Ding angefliegen kommt, und eine praktische neue Methode, den Atomkrieg aus Versehen auszulösen.

Atomkrieg „aus Versehen“?

Dieses Durcheinander 'kompliziert die sowjetische Planung', heißt es frohlockend im Pentagon. Und Reagans Abrüstungsdirektor Kenneth Adelman, der von dem sinnwidrigen Eifer durchdrungen ist, der Rüstungskontrolle vollends den Garau zu machen, sieht sich besonders mit der Cruise Missiles auf den Schiffen der U.S. Navy schon am Ziel seiner Wünsche: „Wir haben das Problem fünf Jahre lang studiert und haben keine Methode gefunden, Cruise Missiles zu verifizieren“, erklärte er Mitte Juni (1986; d. Red.) im Kontext der Verhandlungsangebote aus Moskau, die auch die seegestützten Flugbomben der Rüstungskontrolle unterwerfen wollen. „Solange wir keine solche Methode finden, werden wir (diese Waffen) nicht in die Rüstungskontrolle einbeziehen.“ (Der Spiegel, 27.10.1986)

Unterdessen hat der Vorschlag Michail Gorbatschows vom 28. Februar d.J., die in Europa stationierten landgestützten Mittelstreckenraketen (Cruise Missiles, Pershing II und SS-20) über ein gesondertes Abkommen beiseitezuräumen, eine reale Chance für einen Abrüstungsprozeß inklusive restliche Marschflugkörper eröffnet. Die Reagan-Administration steht unter eminentem Zugzwang.

Die vielseitige Einsetzbarkeit der Cruise Missiles aber verweist eindringlich auf das gemeinsame Interesse der Friedens- und Antiinterventionskräfte Europas wie der Dritten Welt daran, die Schwärme der „Todesvögel“ weltweit abzuräumen, auf ihre schnellstmögliche Verschrottung zu drängen. **Wolfram Brönnner**

SLCM wird von einem U-Boot abgeschossen



In einer Übung im Jahr 1983 – dem größten Flottenmanöver in dem Gebiet seit dem 2. Weltkrieg – probten US- und japanische Kriegsschiffe das Blockieren der Meerengen von Tsugaru und Tsushima, von zwei der Meerengen, die sowjetische Kriegsschiffe durchfahren müssen, um den Pazifik zu erreichen.

In einer anderen Übung kreuzten US-Kriegsschiffe provokativ ein paar hundert Kilometer vor dem sowjetischen Fernen Osten – oder weniger als 20 Minuten Flugzeit für Träger-Kampfflugzeuge.

Angeichts der Annahme einer dreisten und aggressiven strategischen Haltung ist es nicht überraschend, daß die USA die Schritte, das Gebiet atomwaffenfrei zu machen und es zu entmilitarisieren, als ernste Bedrohung betrachten.

Angst vor der „Kiwi-Krankheit“

Obwohl die Errungenschaften der Bewegung bisher bescheiden sind und die strategische Stellung der USA kaum berührt haben – der Ausschluß aus den neuseeländischen Häfen würde z.B. US-Marineoperationen kaum beeinträchtigen – fürchten US-Strategen den „Demonstrationseffekt“ dieser Politik.

Indem sie die Bewegung zum Verbot der Kriegsschiffbesuche im Keim zu ersticken versuchen, hoffen sie, die enormen Probleme zu vermeiden, denen sie gegenüberstehen würden, wenn ein wichtiges strategisches Land wie Japan durch die „Kiwi-Krankheit“ angesteckt würde.

Es ist jedoch unwahrscheinlich, daß Druck der USA und alles Gerede, die Bewegung für einen atomwaffenfreien Pazifik sei ein unfreiwilliger Komplize sowjetischer Ziele, die Bewegung an ihrer Ausbreitung hindern wird. Denn mehr und mehr Nationen und Völker im Pazifik betrachten den Abzug von Atomwaffen von ihren Staatsgebieten als überlebensnotwendig in einer Zeit des ungebremsten Militarismus.

Die Entschlossenheit dieser Bewegung wurde vielleicht am besten von dem früheren Senator Lorenzo Tanada, – einer führenden Figur in der Bewegung zum Abzug der US-Militärstützpunkte auf den Philippinen –, zum Ausdruck gebracht, als er sagte: „Kein Recht ist grundlegender als das Recht jeder Nation, zu leben. Es ist angeboren und unveräußerlich. Keine Nation kann es einer anderen rauben. Keine Regierung kann es preisgeben oder verschachern. Gegenüber dem Recht einer jeden Nation auf Leben kann kein Vertrag, kein Übereinkunft, keine Erwägung Vorrang haben. Überleben geht vor.“

(Quelle: Inside Asia, London, November-Dezember 1986, S. 20-21)

Philippinen

Rainer Werning Schwere Zeiten für die Linke?



Der Waffenstillstand ist beendet. NPA-Guerilleros in Mindanao

Knapp ein Jahr, nachdem der Diktator Marcos durch die Kombination von „People Power“ und einer US-unterstützten Militärrevolte (siehe AIB 1-2/1987, S. 13ff.) vom Sockel gestoßen wurde, fand auf dem Archipel am 2. Februar d.J. ein Verfassungsreferendum statt. Mit ihm erteilte die Bevölkerung, indem sie mehrheitlich für ein Ja stimmte, Frau Corazon („Cory“) Aquino das Mandat für eine sechsjährige Amtszeit.

1986 – ein Lehrjahr

Hat nun der durch die „Wunderrevolution“ vom Februar 1986 begonnene demokratische Neubeginn endgültig seinen Modellcharakter bewiesen? Ist jetzt die friedliche Entwicklung des Landes vorgezeichnet, die Guerilla zum Schattendasein verdammt, die Linke ausmanövriert und ein Übergehen zur Tagesordnung angesagt?

Den Sturz der „faschistischen US-Marcos-Diktatur“ hatte sich der Großteil der Linken als ein Überlappen des „antifaschistischen, antifeudalen und anti-imperialistischen Sieges“ vorgestellt.¹ Da dies zumindest innerhalb des Exekutivkomitees der Kommunistischen Partei

(CPP), einer der wichtigsten der mittlerweile ein Dutzend Mitgliedsorganisationen der Nationalen Demokratischen Front (NDF)², kurzfristig als unwahrscheinlich eingestuft wurde, galt Marcos während der letztjährigen vorgezogenen Präsidentschaftswahl nach wie vor als Garant der Interessen Washingtons.³ Dieser Interpretation schloß sich auch der größte Teil der legalen Linken – darunter die Neue Nationale Allianz (BAYAN) und die Nationale Allianz für Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie (NAJFD) – an. Da sie allesamt für den Boykott dieser Wahl plädierten, schienen sich nicht nur die zwischen ihnen bestehenden Unterschiede zu verwischen. Unfreiwillig werteten sie mit dieser Haltung jene Kräfte auf, die die Wahlteilnahme unter dem Banner des antidiktatorischen Kampfes führten und hernach maßgeblich dessen Inhalte bestimmten.

Welche politische Schubkraft gerade dieser Aspekt des Kampfes entwickelte, hatte nicht zuletzt die mit dem Aquinomord im Sommer 1983 einhergehende gesellschaftliche Polarisierung und Isolierung des Regimes demonstriert.

Seit der Zeit war selbst das Bürgertum Manilas in starkem Maße für Menschen-

rechtsfragen sensibilisiert worden und bereit, für einen politischen Wechsel im Malacañang-Palast sein Gewicht in die Waagschale zu werfen.

Da die Linke in einer solchen Situation – entsprach's dem Festhalten an der „reinen Lehre“? – zunehmend eine Übereinstimmung mit antiimperialistischen und antifeudalen Positionen (z.B. die US-Basen-Problematik und Land-/Agrarfrage) zum Kriterium der Bündnisfähigkeit mit dem (fortschrittlichen Spektrum des) Bürgertum(s) erhob, engte sie ihren Aktionsradius in den entscheidenden Tagen des Machtwechsels erheblich ein.

Von der Selbstkritik...

Die vereinfachende Gleichung – Marcos war, sei und bleibe der Mann Washingtons – war die zweite bittere Fehleinschätzung. In Washington hatte sich längst die Meinung durchgesetzt, daß ein ungebremster Marcos der NDF innerhalb von drei Jahren tatsächlich jenen Erfolg garantiere, auf den sie sich tatkräftig hinbewege – die Herstellung eines „strategischen Patts“ zwischen der Guerilla der Neuen Volksarmee (NPA) und den Streitkräften der Philippinen (AFP).

Vorgezogene Präsidentschaftswahlen mit moderaten Oppositionellen als Alternative waren demnach ein gezielter taktischer Schritt, dies zu verhindern. Der Facettenreichtum amerikanischer Krisenbewältigungs-Strategie wurde von der Linken mithin unterschätzt, die Rolle und Funktion des Diktators überschätzt.

Unmittelbar nach dem Amtsantritt Aquinos setzte innerhalb der gesamten Linken ein Prozeß selbstkritischen Umdenkens ein, in dessen Verlauf eine Strategiedebatte von bis dahin ungekannter Intensität entfacht wurde.

Davon blieb die CPP nicht verschont: Im März und April 1986 fanden mehrere Sitzungen des Politbüros statt, auf denen der Wahlboykott nach ebenso hitzigen wie ausführlichen Diskussionen als falsch eingestuft wurde. Dadurch, so hieß es u.a. in der Mai-Ausgabe des zentralen Parteiorgans „Ang Bayan“, sei eine historische Chance, dem Volksaufstand in den bewegten Februartagen Richtung und Führung zu geben, vertan worden. Implizit auch gerieten der innerparteiliche Diskussionsstil und demokratische Zentralismus unter Beschuß; die Boykottentscheidung ist weder im Zentralkomitee noch im Politbüro, sondern im Exekutivkomitee festgelegt worden. Rodolfo Salas und Rafael Baylosis wurden einstweilen ihrer Funktionen als Vorsitzender bzw. Generalsekretär der Partei enthoben. Ähnliche Auswertungen der Februarereignisse wurden in al-

len anderen NDF-Mitgliedsorganisationen vorgenommen.

In der Metropole Manila waren indes seit dem Amtsantritt Cory Aquinos für die gewerkschaftliche Organisierung, politische Mobilisierung und Diskussion unter der Linken und mit „People Power“ spürbare Erleichterungen eingetreten. Neue Zeitungen schossen wie Pilze aus dem Boden und widerspiegelten in relativer Offenheit die lebhaften Debatten über die Grundzüge der Nach-Marcos-Politik.

Mit ihrer Ausarbeitung und Formulierung war seit Frühsommer die Verfassunggebende Versammlung (ConCom) betraut, deren knapp 50 Mitglieder von der Präsidentin handverlesen worden waren. Mehrheitlich saßen in der ConCom Vertreter der Elite des Landes, die sich aufgrund ihrer Klassenherkunft unwesentlich von den Trägern des Marcos-Regimes unterschieden, zu diesem allenfalls aufgrund einer politischen Ausgrenzung auf Distanz gegangen waren. Die ethnischen Minderheiten, Arbeiter und Bauern waren in der ConCom gar nicht bzw. hoffnungslos unterrepräsentiert.

...zur politischen Offensive

Durch Memoranden, Manifeste und Fachstudien versuchte die Linke, auf Debatten in der ConCom einzuwirken, zumindest so sensible Fragen wie die Zukunft der US-Basen, den wirtschaftspolitischen Kurs und die Landfrage ins Blickfeld einer breiten Öffentlichkeit zu rücken. Gleichzeitig erhielten die als liberale Demokraten bezeichneten Kräfte innerhalb des Kabinetts – so (Ex-)Arbeitsminister Augusto Sanchez und die aus prominenten Bürgerrechtlern zu-

sammengesetzte präsidentiale Menschenrechtskommission – ungeteilte publizistische und propagandistische Unterstützung.

Das auch stärkte innerhalb der Linken jenen Kräften den Rücken, die durch Verhandlungen mit der Regierung und im parlamentarischen Kampf – vorrangig in den Städten, erst recht in Manila – eine notwendige Ergänzung des auf rein außerparlamentarische Protestformen beschränkten Widerstandes erblickten.⁴ Vor diesem Hintergrund kam es zu ersten Verhandlungen zwischen der NDF und der Regierung, denen Ende August die Gründung der Volkspartei (PnB), eines breiten Mitte-Links-Bündnisses, folgte.

Damit hatte die Linke ihre „Februarscharte“ weitgehend wettmachen und auf politisch-diplomatischem Parkett einen entscheidenden Terraingewinn verbuchen können. Immerhin vertrat die Präsidentin noch bis zum Sommer 1986 die Auffassung, der Guerillakrieg wurzele in sozialer Ungerechtigkeit und wirtschaftlicher Ausbeutung, eine Sicht, die die NDF-Verhandlungsführer Satur Ocampo, Antonio Zumel und Carolina Malay teilten.

Ab Sommer 1986 zeigte sich das Militär nach zeitweiliger Zurückhaltung wieder von seiner martialischen Seite. Die Präsidentin, so der damalige Verteidigungsminister Enrile, müsse endlich härter gegen die „Kommunisten“ vorgehen.

In eben diese Zeit fiel der erste „Militär-coup“, den, so das einhellige Urteil in der in- wie ausländischen Presse, der „loyale (Generalstabschef) Ramos“ vereitelt habe. Im November, wenige Tage nach der Ermordung des prominenten Arbeiterführers und Führungsmitglieds der KMU-Gewerkschaft und der PnB, Rolando Olalia, verdichteten sich die Anzei-

Armeehubschrauber machen Jagd auf Aufständische



chen für „Coup“ Nr. 2. Seit der Zeit drängte Frau Aquino⁵ die NDF wiederholt zur baldigen Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens mit der Regierung. Andernfalls, so drohte sie, sei „ein chirurgischer Eingriff gegen das Krebsgeschwür der Subversion“ vonnöten.

Damit übernahm die Präsidentin nicht nur die Terminologie des Militärs. Auf das bereits am 1. November 1986 seitens der NDF unterbreitete 100tägige Waffenstillstands-Angebot (ohne Vorbedingungen!) ging sie inhaltlich nicht ein.

Unmittelbar nach dem Massaker an friedlich demonstrierenden Mitgliedern der landesweit größten Bauernbewegung KMP, bei dem am 22. Januar d.J. über 20 Menschen von Eliteeinheiten der Armee (Marines) erschossen wurden, folgte der dritte, vorläufig letzte „Coup“ – offenbar, um das Augenmerk auf das „viel wichtigere“ Verfassungsreferendum vom 2. Februar zu lenken.

Sämtliche „Coups“ zeichneten sich durch vorprogrammierte Erfolglosigkeit aus. Deren Drahtzieher blieben ebenso unbehelligt – allenfalls zu Liegestützen „verdornert“ – wie von amerikanischer Rückdeckung abgeschnitten.

Wichtiger als das: Weshalb sollte das Militär putschen, wo ihm doch faktisch eine Schlüsselrolle im Staatsapparat zukommt, es politisierter denn je und die Situation im Lande militarisiert wie eh ist?



„Mit rebellierenden Militärs verhandeln sie. Auf die arbeitenden Menschen schießen sie.“

Fazit: Anstatt notfalls „People Power“ gegen das Militär und für die Einleitung sozialökonomischer Veränderungen zu mobilisieren, fügte sich Cory auffallend dem Diktat des Militärs und folgte dem von ihm verordneten „Rechtskurs“.

Zweierlei zeigte das eindeutige Ja-Votum (77%) für die neue Verfassung: Weniger als die inhaltliche Diskussion um den Verfassungstext selbst, dessen konkrete Auslegung in Form von Gesetzen erst vom im Mai d.J. zu wählenden

Senat und Abgeordnetenhaus festzulegen ist, beherrschte die Personaldebatte – die „saubere Cory“ gegen den „Finsterting Enrile“ – die Referendums-kampagne.

Stimmen für Cory waren gleichzeitig Stimmen gegen ein mögliches Comeback (markanter Vertreter) der Marcos-Diktatur. Das Militär unter Ramos und dem Counterinsurgency-Spezialisten, Verteidigungsminister Rafael Iletto⁶, wird dieses Votum auch und gerade zur Legitimierung des „harten Zuschlagens“ gegen die Guerilla heranziehen. Unterstützt Aquino diesen Kurs in Verbindung mit der Übernahme der Marcosschen Wirtschaftspolitik, wofür vieles spricht, so ist vorerst das Pendel gegen die Linke, selbst gegen „People Power“ ausgeschlagen.

Zuckerbrot und Peitsche

Für die Linke war und bleibt die Verwirklichung folgender Forderungen ein konstitutives Element ihrer Politik:

Landreform; Beseitigung der US-Basen und Aufkündigung aller mit dem Ausland bestehenden ungleichen Verträge; effektives Einbeziehen sämtlicher sozialer Sektoren und patriotisch gesinnter Kräfte in eine vom Volk getragene Regierung (popular government); Umwandlung der AFP dergestalt, daß sie sich der zivilen Oberhoheit beugen und im Dienste nationaler Belange und des Volkes handeln; die Beseitigung der noch aus der Marcos-Ära stammenden repressiven Dekrete sowie die Freilassung sämtlicher politischer Gefangener.⁷

Da eine mit der Legalisierung verknüpfte Lösung dieser Probleme nicht Bestandteil der Verfassung war, empfahlen NDF-Organisationen beim Referendum ein „kritisches Nein“ und die meisten „cause-oriented groups“ ein „kritisches Ja“.

Diese auf den ersten Blick widersprüchliche Position eint die gemeinsame Perspektive, eine Politik durchzusetzen, die praktisch den Interessen des Volkes entspricht und nicht nur ständig dessen Stärke und „goodwill“ herbeibetet.

Trotz fortgesetzter und ungesühnter Morde an Linken durch Regierungstruppen, trotz der Kaltstellung bzw. des Rücktritts liberaler Demokraten im Kabinett und trotz des von der staatlichen Wahlkommission (Comelec) gegen die PnB ausgesprochenen Verbots, sich wegen angeblicher „Kommunisten-nähe“ an den nächsten Wahlen zu beteiligen, haben die Linke im allgemeinen und die NDF im besonderen ein hohes Maß an Flexibilität bewiesen, um mit der Regierung zumindest den antidiktatorischen Kampf zu Ende zu führen.

Das Auswerfen finanzieller Köder, ver-

stärkter selektiver (Bomben)Terror und die der NPA nach dem Auslaufen eines 60tägigen Waffenstillstands (8.2.1987) offerierte Generalamnestie⁸ werden sicherlich einige bewegen, den harschen Bedingungen des Guerillakampfes zu entsagen.

Eine Amnestie setzt kriminelle Handlungen und kriminelle Täter voraus. Reduziert sich darauf Manilas sozialpolitische Vision der „Wunderrevolution“, so wird man sich nicht wundern dürfen, wenn schon bald das abschätzige Etikett „Aquino-Regime“ die Runde macht. Im Hinterland hat dieser Ausdruck schon längst den Wortschatz bereichert.⁹

Anmerkungen:

- 1) Zur Entwicklung und den Zielen der Linken siehe: Philippinen. Wende unter Aquino? in: AIB 5/1986, S. 17ff.
- 2) Ihr schlossen sich in den vergangenen Monaten Gruppen der ethnischen Minderheiten in der nördlichen Cordillera-Region, Künstler und Gewerkschafter an.
- 3) Vgl. die Ausgaben des Parteiorgans „Ang Bayan“ von Herbst 1985 bis Januar 1986
- 4) Innerhalb der CPP wurde diese Position am vehementesten von Repräsentanten des Manila-Rizal-Partei-Komitees vertreten. Eigene Informationen.
- 5) Vor allem nach ihrer Staatsvisite in die USA (September 1986).
- 6) Da Iletto selektiven (Bomben)Terror und notfalls institutionelle Veränderungen in Staat, Regierung und Gesellschaft zur „Befriedung“ der Guerilla befürwortet, empfiehlt er sich in besonderem Maße als Garant des auf den Inseln praktizierten US-inspirierten „low-intensity conflict“-Konzepts! Darin unterscheidet er sich von dem starren „Hardliner und Kommunistenfresser“ Enrile.
- 7) Vgl. u.a.: Our Agenda for a Just and Enduring Peace – Proposal of the NDF for a Negotiated Political Settlement, Manila, 23.12.1986 (inklusive des am selben Tage unterbreiteten Regierungsangebots); Our hopes for a just peace died at Mendiola: On the NDF's withdrawal from the peace talks, Liberation Special Issue Nr. 1, o.O., 30.1.1987; The Aquino Government is not serious about negotiating a just and durable peace, Liberation Special Release Nr. 3, o.O., 10.2.1987 und die Erklärung des NDF-Vertreters Byron Bocar während einer Pressekonferenz am 24.2.1987 in Bonn.
- 8) Darüber wurden am 12. und 13.11.1986 zwischen General Ramos und Admiral Ronald J. Hays, Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte im Pazifik (USCINCPAC) sowie US-Botschafter Bosworth Gespräche geführt. Iletto unterhält überdies nach wie vor enge Kontakte zu Counterinsurgency-Experten im thailändischen Generalstab. Eigene Informationen.
- 9) Das letzte größere Massaker von Regierungstruppen ereignete sich am 10.2.1987 in Lupao, in der nördlichen Provinz Nueva Ecija. Dabei wurden 17 Menschen, darunter Kinder und Greise, erschossen. Vgl. The Manila Chronicle, Manila, 11.2.1987 und Newsweek, New York, 2.3.1987. Die Schaffung von Blockwartsystemen und die Rekrutierung von Söldnern zum Einsatz in den Philippinen ist in vollem Gange. Vgl. u.a. die Ausgaben der International Herald Tribune, Paris/Zürich, 11.2.1987, 21.-22.2.1987 und 24.2.1987 sowie Time, New York, 23.2.1987

Leila Burhani

Schafft Syrien den inneren Frieden?



Syrische Soldaten bringen in Beirut Plakate mit dem Bild ihres Präsidenten Assad an (l.); zerstörtes Palästinenserlager Shatila

Am 20. Februar d.J. begann Syrien ungefähr 7.000 Soldaten nach Westbeirut zu entsenden, um wieder Ruhe in der Stadt herzustellen. Die Büros der politischen Organisationen wurden geschlossen. Bewaffnete Kräfte dürfen sich nicht mehr auf der Straße sehen lassen.

Dem vorausgegangen waren drei Tage lang andauernde Straßenkämpfe zwischen Milizen der Kommunistischen Partei (PCL) und Junblats Sozialistischer Fortschrittspartei (PSP) einerseits und der schiitischen Amal-Bewegung andererseits. In diesen drei Tagen konnten Sozialisten und Kommunisten erhebliches Terrain gewinnen und die Positionen der Amal im Westteil der libanesischen Hauptstadt erheblich schwächen. Sie konnten damit die Ambitionen von Amal-Führer Nabih Berri, Westbeirut unter seine alleinige Kontrolle zu bringen, zunichte machen.

Die Provokation der Amal gegen die Linke – Auslöser der Kämpfe war der Versuch der Schiitenorganisation, den Sitz des Zentralkomitees und der PCL-Zeitung An-Nida zu besetzen – war eine unmittelbare Antwort auf den vorausgegangenen PCL-Parteikongreß. Dessen Zurückweisung konfessioneller Ansprüche war sowohl Affront gegen die Hegemonialansprüche der maronitischen Kataeb (Phalange) wie auch gegen die Ambitionen der Amal, die Privilegien der Religionsgemeinschaften unter stärkerer Berücksichtigung der Schiiten lediglich neu zu verteilen.

Gleichzeitig hatte PCL-Generalsekretär Georges Hawi davor gewarnt, das Recht der Palästinenser auf eine bewaffnete Existenz im Libanon infrage zu stellen.

Auch dies war ein Seitenhieb in Richtung Amal, die am 1. Oktober 1986 unter dem Vorwand des Kampfes gegen eine Verschwörung des Vorsitzenden der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Yassir Arafat, den im Libanon lebenden Palästinensern den Krieg erklärt hatte.

An diesem Tag brachen Mörserfeuer und Raketen auf das kleine im Südlibanon gelegene Palästinenserlager Raschidiye nieder. Die Amal forderte von den Palästinensern, alle Waffen zu übergeben. Die Zurückweisung dieser Forderung beantwortete die Amal damit, daß sie einen Belagerungsring um das Lager errichtete. Gleichzeitig verhafteten sie mehr als 2.000 Palästinenser. Viele von ihnen sind verschwunden. Viele wurden irgendwo als Leiche wieder gefunden.

Palästinenserhutz der Amal

Palästinenser, die außerhalb der Camps leben, wurden vertrieben, ihre Häuser zerstört. Zwei kleinere Lager in der Nähe von Saida, Gim-Gim und Abu Al-Aswad, wurden völlig dem Erdboden gleichgemacht, nachdem die Bevölkerung gezwungen worden war, die Lager zu verlassen.

Ende Oktober weitet sich der Lagerkrieg auf Beirut aus. Am 29. Oktober griffen Amal-Milizen, unterstützt von der libanesischen Armee, das Palästinenserlager Borj-Al-Brajneh an. Sie errichteten eine Totalblockade, um das Lager auszuhungern.

Nachdem die Amal immer wieder Waffenstillstandsabkommen mit der Palästi-

nensischen Nationalen Errettungsfront und lokalen Lagerkomitees gebrochen hatte, besetzten palästinensische Einheiten ihrerseits den an der Küstenstraße neben Saida gelegenen Ort Maghdousche. Von hier aus läßt sich der gesamte Nachschub in den Südlibanon kontrollieren, um den Belagerungsring um die Camps zu lockern.

Ein durch iranisch-libysche Vermittlung zustande gekommener Waffenstillstandsplan wurde von der Amal abgelehnt. Dieser Plan sah den Rückzug der Palästinenser aus Maghdousche vor. Die palästinensischen Stellungen sollten von patriotischen libanesischen sowie islamischen Kräften – mit letzterem sind die mit Iran verbündeten Hezböllah gemeint – ersetzt werden, während die Amal gleichzeitig den Belagerungsring um die Camps aufzuheben gehabt hätte.

Nabih Berri nahm vor allem an der Beteiligung der Milizen der Nasseristischen Organisation Saida Mustapha Saids Anstoß. Noch während eine Delegation der palästinensischen Linken, aus Demokratischer- und Volksfront versuchte, die Arafatanhänger von einem Rückzug aus Maghdousche zu überzeugen, erklärte Berri, es könne nicht die Rede davon sein, daß andere Kräfte in die geräumten Positionen einzögen. Amal lasse sich von niemandem vertreiben.

Wer die Ereignisse der letzten Monate im Libanon verfolgt, dem drängen sich Fragen über Fragen auf:

Wer ist in diesem Kräftespiel eigentlich noch antiimperialistisch und antizionistisch und wer spielt das Spiel des Imperialismus? Wer gehört ins demokratische und wer ins reaktionäre Lager?

Wie kommt es zu den ständigen Neuformierungen von Allianzen zwischen Kräften, die gestern noch bis aufs Messer gegeneinander gekämpft haben und wie ist es möglich, daß ehemalige Bündnispartner jetzt scheinbar zu Todfeinden geworden sind?

Wessen Spiel spielt beispielsweise Syrien? Es ist einerseits in den letzten Monaten zunehmend ins Kreuzfeuer imperialistischer Attacken und Angriffe geraten. Andererseits hat es die Amal in ihrem Kampf zur Liquidierung der bewaffneten palästinensischen Präsenz und in den Kämpfen mit der libanesischen Linken offen unterstützt.

Dies sind Fragen, auf die selbst viele Libanesen und Palästinenser, die die ganze Geschichte des libanesischen Bürgerkrieges aus nächster Nähe miterlebt haben, keine Antwort wissen.

Was sich zur Zeit im Libanon abspielt, ist ein Aufbrechen aller möglichen Widersprüche und Interessengegensätze im Nahen Osten: des israelisch-palästinensischen Konflikts, religiöser und sozialer Widersprüche im Libanon selber, Versuche des Imperialismus, verlorenes Terrain zurückzugewinnen, innerarabischer Querelen.

Wirrwarr der Allianzen

In diesem Wirrwarr versucht jede an dem Spiel beteiligte Kraft möglichst viele Punkte für sich zu sammeln.

Dabei geht jeder Allianzen nach kurzfristigen Opportunitätsüberlegungen ein, was nicht ausschließt, daß er sich mit seinem Alliierten gleichzeitig Straßengefächte liefert, um dann innerhalb des Bündnisses die dominierende Rolle beanspruchen zu können.

Oder man flirtet mit seinem Gegner, um zu testen, wieviel Zugeständnisse man ihm abringen kann – zuweilen auch auf Kosten der Verbündeten in diesem Spiel. Dies geschieht im Libanon zur Zeit vor allem im Hinblick auf zwei anstehende Ereignisse: auf das angekündigte Gipfeltreffen zwischen Syriens Präsident Assad und Libanons Präsident Gemayel und auf die Aussicht auf eine internationale Nahostkonferenz noch in diesem Jahr. So versucht einerseits im Libanon selber jede Kraft ihren Einfluß – komme was wolle – auszudehnen, um beim Spiel um die Neuverteilung der Macht ein möglichst großes Stück des Kuchens abzubekommen.

Andererseits versuchen die regionalen Mächte in Hinblick auf anstehende Nahostverhandlungen möglichst viele Karten für sich zu sammeln bzw. den anderen die Karten aus der Hand zu schlagen, um selbst relativ gestärkt dazustehen.

Das sind die Spielregeln des libanesischen Pokers und wer einfache Erklärun-



Kämpfer der Hezbollah vor einer Abbildung des Felsendoms in Jerusalem

gen sucht nach dem Motto: Der ist Freund und der ist Feind, muß enttäuscht werden.

Nun im einzelnen zu den am Spiel Beteiligten.

Da ist zunächst einmal die Amal. Sie ist keine Partei, sondern eine Bewegung innerhalb der libanesischen Schiiten. Die Schiiten sind heute die größte Bevölkerungsgruppe im Libanon, zugleich diejenige mit den geringsten Privilegien.

In dem 1943 geschlossenen Nationalpakt, der die politische Macht unter den herrschenden Eliten der jeweiligen Religionsgemeinschaften aufteilte – z.B. muß der Staatspräsident Maronit, der Ministerpräsident Sunnit sein – gingen die Schiiten leer aus und mußten sich mit dem bedeutungslosen Amt eines Parlamentssprechers begnügen.

Die Schiiten leben vor allem in den unterentwickelten Regionen Südlibanons und in den slumartigen Vororten von Südbeirut. Dorthin hat es viele verarmte, landlose Bauern in ihrem Traum, der ländlichen Misere zu entkommen, verschlagen. Diese politische Unterrepräsentation der Schiiten hatte ein Gruppenzusammengehörigkeitsgefühl zur Folge.

Es wurde noch durch die Tatsache begünstigt, daß die maronitische und die sunnitische Bourgeoisie ihren Herrschaftsanspruch durch das jeweilige Gewicht ihrer jeweiligen Religionsgruppe legitimierten, so daß sich die schiitischen Massen nicht durch diese oder jene Bourgeoisiefraktion bedroht sahen, sondern diese Klassenunterdrückung konkret in der Form der Unterdrückung durch die „Maroniten“ oder die „Sunniten“ empfanden.

Auf diesem sozialen Boden konnte die Amal entstehen und Einfluß gewinnen. Der Vorläufer der Amal, die „Bewegung der Entrechteten“, wurde Anfang der 70er Jahre von dem iranischen Geistlichen Musa Sadr gegründet.

Ihm wurden übrigens enge Verbindungen zum damaligen iranischen Geheimdienst nachgesagt, der seinerseits wiederum sehr enge Kontakte zum israelischen Geheimdienst unterhielt. Die Gründung einer Bewegung der verarmten Schiiten auf religiöser und nicht auf klassenmäßiger Basis, kam dabei durchaus den israelischen Plänen entgegen, die ganzen umliegenden arabischen Staaten in konfessionelle Kantone zu zerstückeln.

Die Gründung der Bewegung der Entrechteten und die Formierung von schiitischen Milizen unter dem Namen Afwaj Al Muqawamz Al-Lubnanih (Amal) kam auch den Interessen der noch relativ jungen schiitischen Bourgeoisie entgegen. Diese Bourgeoisie entstand vor allem außerhalb des Libanon.

Seit den Zeiten des französischen Mandats wanderten viele Schiiten in die französischen Kolonien Westafrikas aus und später in die reichen Ölländer, um dort ihr Glück zu versuchen. Die Heimkehrer legten ihr Geld in modernen Farmen und anderen Geschäften an. Sie bildeten den Kern einer schiitischen Bourgeoisie, die sich nicht länger mit der politischen Stiefmutterrolle zufriedengeben wollte, sondern ihrerseits einen gebührenden Anteil an der politischen Macht beanspruchte.

Dazu kam ihr die Bewegung Musa Sadr gerade gelegen, da sie ihren Forderungen die nötige Massenbasis und über die Milizen auch die nötige militärische Macht lieferten, um fortan im libanesischen Machtgerangel mitmischen zu können. Die Zusammensetzung der Amal ist sehr heterogen, sowohl politisch als auch unter Gesichtspunkten der Klassenzusammensetzung.

Die zentrale Führung setzt sich vor allem aus Vertretern der schiitischen Bourgeoisie und Intelligenz zusammen, während auf regionaler Ebene lokale traditionelle Führer eine wichtige Rolle spielen, die oft ihre eigenen Ziele verfol-

gen und Allianzen an der zentralen Führung vorbei eingehen. So ist beispielsweise bekannt, daß Teile der Führung im Südlibanon enge Kontakte zum libanesischen und zum israelischen Geheimdienst haben.

Symbol für diese Zusammenarbeit ist Daoud Daoud – Führer der Amal-Milizen in der Gegend von Tyrus. Dieser Daoud Daoud hatte vor dem Überfall von Amal-Milizen auf Rashidiyeh in der Schweiz, wo er sich angeblich zur medizinischen Behandlung aufhielt, sich mit einem hohen Offizier des israelischen Geheimdienstes getroffen.

Aufgrund seines konfessionellen Charakters will die Amal über eine konfessionelle Lösung des Libanonkonfliktes nicht hinaus.

Zwar hat die Amal nach der israelischen Invasion 1982, wenn auch nur nach einigem Zögern, das Bündnis mit den nationaldemokratischen Kräften des Libanon gesucht (siehe AIB 1-2/1986). Dies tat sie aber weniger deshalb, weil sie eine wirklich demokratische Lösung des Libanonkonfliktes gesucht hätte, sondern weil sie wußte, daß sie allein gegen die Übermacht der Kataeb im Libanon wenig ausrichten konnte.

Die Befreiung Westbeiruts (1984; d. Red.), der israelische Rückzug aus dem Südlibanon, die Schwächung des faschistisch-maronitischen Lagers, nicht zuletzt aufgrund eigener innerer Zerrissenheit, eröffnen jedoch andere Perspektiven. Jetzt ist die Zeit gekommen, um mit der Kataeb ins Gespräch zu kommen.

Um jedoch den eigenen Machtanspruch untermauern zu können – immerhin haben die Kataeb schon seit 1976 ihren eigenen Kanton und Ostbeirut, während die Drusen die Schufberge kontrollieren – will die Amal einen schiitischen Kanton im Südlibanon und die Kontrolle über den Westteil der Hauptstadt.

Diesem Kalkül stehen jedoch drei Faktoren entgegen:

Erstens die demokratisch-patriotischen Kräfte, insbesondere die Kommunistische Partei, die in den 70er Jahren einen großen Einfluß unter den Schiiten des Südlibanon hatte, womit sie den Monopolanspruch der Amal auf die Vertretung der libanesischen Schiiten infrage stellt. Zudem widerspricht das demokratisch-patriotische Programm der Linken den Ambitionen der Amal, bei einer Neuverteilung der Macht innerhalb des konfessionellen Systems ein größeres Stück vom Kuchen abzukriegen.

Zweitens die Hezbollah. Die Partei Gottes ist eine unter dem Einfluß der iranischen Revolution entstandene straff organisierte, islamisch fundamentalistische Partei. Hezbollah stellt den westlichen Modernismus der Amal und die damit zusammenhängende Bereitschaft zu Zu-

geständnissen an die maronitische Bourgeoisie infrage.

Die Hezbollah ist extrem antizionistisch, wirft der Amal ihre schleichende Kollaboration mit Israel vor und ist heute die wichtigste Kraft des nationalen Widerstandes gegen die fortgesetzte Besetzung des Grenzstreifens zu Israel. Die Amal kann es sich aufgrund des schiitischen Charakters von Hezbollah nicht erlauben, die Anhänger Khomeinis wie die anderen libanesischen Parteien am Widerstand zu hindern.

Drittens die palästinensische Präsenz im Libanon. Sie stellt einen wichtigen Faktor im Kampf gegen Israel dar und hat traditionell das Gewicht der demokratisch-nationalen Kräfte im Libanon verstärkt.

Dabei trifft sich das Interesse der Amal mit dem israelischen auf doppelte Weise: Israel verfolgt seit den 50er Jahren einen strategischen Plan, die arabischen Staaten in Kantone auf religiöser oder ethnischer Grundlage aufzuteilen, um die antizionistische Front zu schwächen. Weiter will Israel eine von Palästinensern freie „Sicherheitszone“ im Südlibanon. Seine Marionette Lahad in dem von Israel kontrollierten Grenzstreifen hat sich als unfähig erwiesen, die israelisch-libanesischen Grenze gegen Übergriffe des libanesischen Widerstandes oder palästinensischer Kommandos zu schützen. Deshalb setzt Israel jetzt auf die Amal. Der Deal besteht darin: Israel erkennt den Kanton der Amal im Süden an, wofür die Amal die „Sicherheit“ der Grenze

garantiert und den Süden von Palästinensern „reinigt“.

Im Frühjahr 1985 – also kurz vor Beginn des ersten Lagerkrieges – kam es in Paris unter Vermittlung der französischen Regierung zu einem Treffen von Vertretern der Amal und der israelischen Regierung, auf dem mögliche Sicherheitsvorkehrungen für den Südlibanon diskutiert wurden. Und sicherlich nicht zufällig griff Israel in den jetzigen Lagerkrieg wiederholt ein.

Israelische Flugzeuge bombardierten immer wieder palästinensische Stellungen. Israelische Kriegsschiffe unterbrachen wiederholt die Fährverbindung zwischen dem Libanon und Zypern, um die Schiffe auf Waffen und mögliche PLO-Kämpfer zu durchsuchen.

Die Amal hat nicht nur politische Rückendeckung durch Syrien erhalten. Damaskus hat die Amal auch mit militärischem Nachschub versorgt. Und schließlich ist die Entsendung syrischer Truppen nach Beirut nichts anderes als eine Rettungsaktion für die Amal.

Aber wie ist es möglich, daß Syrien als eines der wenigen Länder in der Region, das sich nach wie vor den imperialistischen Hegemonialplänen entgegenstellt, das erst im letzten November Zielscheibe einer politischen Kampagne der USA, Israels und Großbritanniens war, die wiederum in Syrien das Haupthindernis für die Fortsetzung des Camp-David-Prozesses (Separatfrieden Israel-Ägypten 1978/79) sehen, sich im Libanon auf die Seite von solch obskuranten Kräften wie



WECHSELWIRKUNG

Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT

WECHSELWIRKUNG berichtet über politische Aktivitäten im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, Gewerkschaftsarbeit und soziale Konflikte.

WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.

WECHSELWIRKUNG ist ein Diskussionsforum für Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker.

WECHSELWIRKUNG erscheint vierteljährlich.



Nr. 32, Februar 1987

Schwerpunkt:

Abfedern – Vier Jahre Bonner Technikpolitik: Kontinuität oder Wende? – Konzepte bundesdeutscher Forschungspolitik * Zur Arbeit der Enquete-Kommissionen „Gen-Technik“ und „Technikfolgenabschätzung“ * Einsichten – Zwei Jahre Vorsitz im Bundestagsausschuß für Forschung und Technologie *

Weitere Themen:

Volkszählung '87: Interview mit dem Berliner Leiter der Volkszählung * Zählen, Erfassen, Planen – Wem nützt die Volkszählung? * Elektroenergie und Rohstoffe * Ist die Kernenergie am Ende? * Strahlenbelastung ein dreiviertel Jahr nach Tschernobyl *

Bitte Probeheft für DM 2,- in Briefmarken anfordern!

Bestellungen an WECHSELWIRKUNG
Gneisenastr. 2, 1000 Berlin 61
DM 6,- Einzelheft (+ Versandkosten)
DM 24,- Abonnement für 4 Hefte (incl. Versandkosten) erscheint vierteljährlich

Amal schlagen?

Der Hauptgrund liegt in dem komplizierten Verhältnis zwischen objektiven nationalen Interessen und regionalen Hegemonialbestrebungen, sowie in dem widersprüchlichen Charakter des syrischen Regimes selbst.

Syrien will einerseits das „libanesisches Dossier“ schließen, da jede Fortsetzung der Spannungen ausländischen Kräften Vorwände für die Einmischung in libanesisches Angelegenheiten bieten würde, wodurch Syrien berechneterweise auch seine eigenen Interessen bedroht sieht. Daher auch die entschiedene Unterstützung der patriotischen libanesischen Kräfte beim Kampf um die Befreiung des Libanon von israelischer Besatzung, für die Kündigung des Abkommens vom 17. Mai 1983 zwischen der Regierung Gemayel und Israel sowie gegen die NATO-Truppen in Beirut.

Andererseits träumt das syrische Regime seinen eigenen Traum einer regionalen Hegemonie und der Errichtung eines „Großsyriens“ unter dem Slogan der „Arabischen Einheit“.

Der Gedanke der „Arabischen Einheit“, Schritte zur Vereinigung arabischer Staaten, haben im Kern durchaus patriotisch-progressiven Charakter, bezwecken sie doch die Stärkung der arabischen Nation gegenüber imperialistischen Hegemonialbestrebungen. Die syrische herrschende Baath-Partei steht in der Tradition dieser progressiven antiimperialistischen Traditionen, wie auch die Losung des „Kampfes um die Befreiung Palästinas“ von zionistischer Besatzung im Mittelpunkt ihrer Programmatik stand.

Jedoch begann sich im Schatten der von der kleinbürgerlich-nationaldemokratischen Baath-Partei geführten Regierung in Staatsapparat und Armee eine parasitäre Bourgeoisie herauszubilden, die im Bündnis mit der traditionellen Handelsbourgeoisie zunehmend auf Wirtschaft und Regierungspolitik Einfluß gewonnen hat. Diese Bourgeoisie hat aufgrund ihres Klassencharakters keinerlei patriotische Interessen.

Für sie verkehrt sich die Parole von der „Arabischen Einheit“ zum Deckmantel für eigene Expansionsgelüste. Die Widersprüche dieser Bourgeoisie zum Imperialismus sind taktischer Natur. Sie hat aus den Erfahrungen Ägyptens mit Camp David gelernt und weiß, daß man durch einseitige Zugeständnisse an die USA und Israel nichts gewinnt.

Im Hinblick auf die mögliche Perspektive einer internationalen Nahostkonferenz versucht Syrien Punkte zu sammeln, weil es weiß, daß es nur aus einer Position der Stärke den USA und Israel etwas abringen kann.

Die wichtigsten Karten in diesem Spiel sind für das Regime in Damaskus die libanesischen und die palästinensischen.



Amal-Chief Berri (in der Mitte mit erhobener Hand) mit Anhängern

Daher rührt ihr Interesse, die verschiedenen libanesischen Kräfte gegeneinander auszuspielen, um sodann das Steuer selber in die Hand zu nehmen. Daher auch das Interesse, die PLO zu schwächen, um selber in die Rolle des Vertreters palästinensischer Interessen schlüpfen zu können.

Bei den Besuchen des US-Sonderbeauftragten Murphy und eines hohen CIA-Funktionärs in Damaskus in der zweiten Jahreshälfte 1986 soll auch das Thema Libanon zur Sprache gekommen sein. Washington hat dabei zugesagt, daß man gegen eine syrische Kontrolle über den Libanon nichts einzuwenden hätte – unter der Voraussetzung, daß Syrien der militärischen Präsenz der PLO im Libanon ein Ende setze und mit der Hezbollah ein für allemal aufräume.

Außerdem soll nach dem Willen der USA eine demokratisch-patriotische Lösung verhindert und die palästinensische von der libanesischen Frage getrennt werden. Denn jede demokratisch-patriotische Lösung würde den Libanon zu einer Bastion des Kampfes gegen den Zionismus machen. Sie würde soziale Umwälzungen bedingen, um die klassenmäßigen Ursachen des Bürgerkrieges zu beseitigen und sich damit genau gegen diejenigen Kräfte richten, die dem internationalen Kapital als Brückenkopf dienen.

Eine fortgesetzte politische und militärische Präsenz der Palästinenser wäre eine Stärkung der progressiven Kräfte im Libanon selber und würde es zudem unmöglich machen, das libanesisches Problem vom Nahostkonflikt zu trennen. Nicht von ungefähr hat Walid Junblatt auf dem Kongreß der Libanesischen Kommunisten auf historische Parallelen hingewiesen: „Viele Fragen drängen sich auf... Die erste dieser Fragen lautet: Sind wir an dem Punkt angelangt, wo eine neue Politik liquidiert wird, ähnlich der Liquidation im Jahre 1976: Der Tag an dem die libanesisches Nationalbewegung, die Bewegung Kamal Junblats ihres Sieges beraubt wurde, der Tag an dem die Schaffung eines demokratischen, patrio-

tischen Libanon verhindert wurde, der Tag an dem die Isolation der Kataeb und alles, was mit dieser Partei an zweifelhaften israelisch-amerikanischen Verbindungen zusammenhängt, durchbrochen wurde, der Tag an dem der Plan zur Teilung des Libanon geboren wurde? "1 1976, während des libanesischen Bürgerkrieges, rief der damalige ultrarechte Innenminister Chamoun (Nationalliberale Partei) zur „Endlösung“ des Palästinenserproblems im Libanon auf. Aber die Allianz aus palästinensischem Widerstand und libanesischen progressiven Kräften erwies sich als überlegen.

Erst der Einmarsch syrischer „Abschreckungstruppen“ verhalf der libanesischen Rechten dazu, wieder in die Offensive zu kommen.

Sie rächte sich bitter. Beim Sturm auf das Palästinenserlager Tel-Al-Zaatar massakrierten sie über 3.000 Zivilisten. Tel-Aviv und Washington hatten den Syrern damals grünes Licht für die Intervention gegeben, versprachen sie sich doch durch eine Zerreißprobe zwischen ihren beiden Hauptkontrahenten PLO und Syrien eine Atomisierung der arabischen Front, während Syrien sich durch die Errichtung der Kontrolle über den Libanon und die PLO eine Stärkung seines politischen Gewichts bei möglichen Nahostverhandlungen versprach.²

Die USA wissen um diese Ambitionen der syrischen Bourgeoisie. Sie wissen aber auch, daß es im syrischen Staatsapparat noch starke Elemente gibt, die sich einem Deal mit dem Imperialismus widersetzen. Aus diesem Grunde versuchen sie einerseits, mit Drohgebärden wie dem Flottenaufmarsch vor der libanesischen Küste das Regime in Damaskus einzuschüchtern, und andererseits die antiimperialistischen Kräfte innerhalb des Regimes zu schwächen und gleichzeitig die Vertreter der Repräsentanten der Bourgeoisie mit Bonbons zur Kooperation mit der Reagan-Administration zu locken.

Als Vorwand seitens der Amal für den

Überfall auf die Palästinenserlager diene eine vorgebliche Rückkehr Arafats in den Libanon. Arafat wolle angeblich eine Minienklave im Südlibanon errichten, welche die möglichen israelischen Gegenschläge provozieren würde. Diese Argumentation fand in der syrischen Regierungspresse ein nur zu bereitwilliges Echo.

Wieweit der Faktor Arafat tatsächlich eine Rolle gespielt hat, darüber gehen die Meinungen zwischen der palästinensischen und libanesischen Linken auseinander. Organisationen wie die Demokratische Front und die Volksfront unterstreichen, daß dieser Vorwurf lediglich die Kollaboration zwischen der Amal und Israel bei der Liquidation der Palästinenserlager verschleiern soll. Zudem müsse man die Fatah differenziert betrachten. Gerade die Fatah-Organisationen im Libanon hatten sich wiederholt von der Linie der PLO-Führung, einen Kompromiß unter Federführung proimperialistischer Regimes wie Jordanien und Ägypten zu suchen,³ distanziert.

Vertreter der PCL betonten ihrerseits, daß die zunehmende Einschleusung von Fatah-Kämpfern der Amal erst den Vorwand für den Überfall auf die Palästinenserlager lieferte. Zudem beklagen sie die engen Kontakte zwischen Fatah und anderen reaktionären libanesischen Kräften, die sich jedem Bündnis der patriotischen libanesischen Kräfte in den Weg stellen.

Die libanesische Linke, hier sind vor allem Kommunisten und Sozialisten gemeint, hat die Präsenz des palästinensischen Widerstands im Libanon immer unterstützt. Sie tat dies allerdings unter der Voraussetzung, daß sich „eine solche Präsenz in den Rahmen der patriotischen und demokratischen Aufgaben des Libanon einordnet und sich ihnen nicht entgegenstellt. Politische und militärische Aktivitäten sollen unter der Führung der libanesischen patriotisch-demokratischen erfolgen.“⁴

Tatsächlich sind nach verschiedenen

Schätzungen 5.000-9.000 Kämpfer der Fatah in den Libanon geschleust worden – über den von den Phalangisten kontrollierten Hafen Jounieh.

Am 13. November 1986 betonte Yassir Arafat ausgerechnet im phalangistischen Fernsehen, daß Palästinenser und Libanesen gleichermaßen Opfer einer Verschwörung seien, die „nicht nur amerikanisch-israelisch, sondern ebenso syrisch sei“.

Die Kataeb ließen es sogar zu, daß Fatah-Kämpfer Stellungen der Amal von Ostbeirut aus bombardierten, bis sie wiederum von den Israelis verwarnt wurden. Eine neue Allianz zwischen Fatah und dem Erzfeind Kataeb? Was Arafat bezweckt, ist vor allem eines: Sein nach der Unterzeichnung des Amman-Abkommens (Februar 1985) innerhalb der palästinensischen Massen lädiertes Image wieder aufzupolieren und sich für anstehende Nahostverhandlungen zu empfehlen. Genau dabei hat ihm die Amal geholfen.

Auch hat die Amal dazu beigetragen, die zerstrittenen palästinensischen Kräfte einander wieder näher zu bringen. Zur Zeit verhandeln Delegationen der Demokratischen Front (DFLP), der Palästinensischen Kommunistischen Partei (PCP) und der Fatah über einen möglichen palästinensischen Nationalrat. Vorausgegangen waren Gespräche zwischen DFLP, PCP und Fatah in Prag und ein Treffen zwischen George Habbasch (Volksfront – PFLP) und dem Arafat-Vertrauten Abu Jihad in Prag und Moskau.

Gemayel seinerseits ließ die Palästinenser, deren Vertreibung aus dem Libanon sonst die Hauptlösung der Phalangisten war, gewähren. Er versprach sich von einer fortgesetzten Konfrontation zwischen den Palästinensern und der Amal eine Schwächung des innenpolitischen schiitischen Widersachers, der ihm seine eigene Vormachtstellung im Libanon streitig macht.

Inwieweit ist die Rechnung der Amal und ihrer syrischen Unterstützer aufgegangen? Was sind die Ergebnisse des Blutvergießens der letzten Monate, soweit man es bislang absehen kann?

Nach der Entsendung von Truppen nach Beirut hält Damaskus nun die Zeit für gekommen, das „libanesisches Dossier“ in Form eines Kompromisses zwischen der moslemischen und der maronitischen Führungselite zu schließen. Eine demokratische Lösung scheint so weit weg wie noch nie.

Zu diesem Zweck versammelt sich am 28. Februar die gesamte traditionelle moslemische Führung im Büro des syrischen Vizepräsidenten Khaddam, um in Vorbereitung des Gipfeltreffens zwischen den Präsidenten Assad und Gemayel einen gemeinsamen Vorschlag für

Palästinenserinnen, die gehindert wurden, Lebensmittel in die Lager zu bringen





für Freunde im Ausland

Des öfteren erreichen uns Anfragen von ausländischen Freunden, die in ihre Heimat zurückkehren, ihnen kostenlos ein AIB-Abonnement einzurichten, weil sie aufgrund ihrer materiellen Lage und des hohen Preises für ein Luftpostabo nicht selbst bezahlen können. Ein Beispiel hierfür ist der folgende Brief von Juan aus Chile:

Nachdem ich lange Zeit (fast 10 Jahre) in der Bundesrepublik gelebt habe (exiliert), bin ich 1985 in meine Heimat zurückgekehrt, um meinen kleinen Beitrag in diesem schweren Kampf gegen die faschistische Diktatur zu geben. Nun arbeite ich hier in der Studentenbewegung, die eine sehr wichtige Rolle spielt in der Rückeroberung der Demokratie.

Leider gibt es hier keine Möglichkeit, objektive Informationen des internationalen Geschehens zu bekommen. Alles wird entstellt, und das hat einige schlimme Auswirkungen auf die ideologische Stärke vieler Studenten, Arbeiter, Intellektueller, „pobladores“ etc.

Das ist der Grund, warum ich diesen kurzen Brief schreibe, denn als ich in der BRD war, habe ich regelmäßig das AIB bezogen. Das ist jetzt unmöglich. Man sagte mir, daß es nicht schwer sein würde, einen Genossen oder einen Freund zu finden, der bereit wäre, das Abonnement zu bezahlen.

Da das AIB selbst nicht in der Lage ist Gratisabos einzurichten, rufen wir unsere Leser auf, Soliabos zu übernehmen (Luftpostabo zum Preis von 54 DM).

Füllen Sie zu diesem Zweck die Geschenkabo-Bestellkarte in der Heftmitte aus, mit dem Vermerk „Soliabo à 54 DM“ anstelle der Adresse des Empfängers. Wir werden dann bei Anfragen aus dem Ausland Abos einrichten und ihnen die Rechnung zuschicken. Dem Empfänger teilen wir mit, wer sein Abo finanziert.

Ihre AIB-Redaktion

politische Reformen im Libanon zu erarbeiten. Man sei ein großes Stück weitergekommen, betonte nach der Sitzung der libanesische Parlamentspräsident Husseini. Man hatte sich nämlich darauf geeinigt, daß der Präsident in Zukunft bei Ministerratssitzungen kein Stimmrecht mehr haben und nicht mehr den Ministerpräsidenten ernennen solle, der nun vom Parlament gewählt wurde, dessen Amtsperiode auf vier Jahre herabgesetzt werden würde.⁵

Allerdings steht es in den Sternen, ob eine Lösung überhaupt möglich ist und ob Syrien dem Libanon eine solche aufzwingen kann. Es wird den patriotischen Kräften des Libanon kaum möglich sein, ihre Massenbasis davon zu überzeugen, daß nach 12 Jahren Bürgerkrieg, angesichts über 100.000 Toten und nach der faktischen Zerstörung des Landes eine Lösungsformel sich in einer bloßen Geschäftsordnungsänderung bei Regierungsgeschäften erschöpft.

Die syrische Demonstration der Stärke im Libanon überdeckt lediglich die Tatsache, daß Damaskus in Wirklichkeit geschwächt aus den Kämpfen der letzten Monate hervorgegangen ist. Die Instrumentalisierung der Amal hat den inneren Auflösungsprozeß der Schiitenorganisation beschleunigt. Die militärischen Verluste und das allzu offene Zusammenspiel einiger Amal-Führer mit dem zionistischen Feind hat zu einer internen Opposition geführt, die schließlich in der Region von Saida zu einem Aufstand gegen die Beirut Führung mündete. Diese interne Opposition bekräftigt die Rechte des palästinensischen Widerstands im Libanon und kritisiert die Behinderung der libanesischen Widerstandsfront durch Amal-Führer im Süden.

Auch seinen regionalen Verbündeten im Umfeld hat sich Syrien durch sein Vorgehen im Libanon zunehmend entfremdet. Algerien hat die Entsendung syrischer Truppen nach Beirut offen kritisiert. Gadhafi hat schon während des Lagerkrieges einen offenen Affront gegen die Amal und damit auch gegen seine Unterstützer aus Damaskus gewagt. Er lud den Arafat-Vertrauten Abu Jihad nach Tripoli, während sich die Beziehungen zwischen Libyen und den von Syrien unterstützten Arafat-Kontrahenten um Abu Mussa und Ahmed Jibril (Führungsmitglieder der Nationalen Errettungsfront) sichtbar abkühlten.

Der iranische Parlamentspräsident Rafsandjani hat, nachdem infolge eines Zusammenstoßes zwischen Hezbollah und syrischen Truppen die Syrer 23 Mitglieder von Hezbollah hinrichten ließen, iranische Ansprüche im Libanon geltend gemacht. Der Sprecher des auswärtigen Ausschusses des iranischen Parlaments, Azizi, forderte die Syrer dringend auf,

die Interessen derjenigen islamischen Kräfte im Libanon zu respektieren, die gegen Unterdrückung, Imperialismus und Zionismus kämpften.

Teheran hat versucht über die Vermittlung sich im Konflikt zwischen der Amal und den Palästinensern als Interessenvertreter der palästinensischen Revolution zu profilieren. Dabei spielte sicherlich auch der Versuch eine Rolle, das wegen des Waffengeschäfts mit den USA und Israel angeschlagene Image wieder aufzubessern.

Zum zweiten sind für Teheran die Schiiten des Libanon eine wichtige Basis zur Verbreitung des Gedankens der islamischen Revolution à la Khomeini. Und nicht zuletzt versuchen sie mittels ihrer eigenen Karten im Libanon Druck auf Syrien auszuüben, um zu verhindern, daß Damaskus im Krieg Iran-Irak die Fronten wechselt und sich, angelockt von Petrodollars aus den Ölscheichtümern, auf die irakische Seite schlägt.

Für die palästinensische Seite war die iranische Rolle und die Tatsache, daß sich die Hezbollah aus dem Konflikt herausgehalten hat, ein wichtiger Trumpf. Er half den Eindruck zu vermeiden, als ginge es hier um einen Bürgerkrieg zwischen Palästinensern und libanesischen Schiiten. Im Gegenteil betonte die Hezbollah in einem Kommuniqué, daß „das palästinensische Gewehr im Libanon in eine Strategie der Konfrontation mit Israel integriert werden müsse.“⁶

Wie es im Libanon weitergehen soll, wagt niemand zu prophezeien. Das Nichtvorhandensein eines wirklichen Bündnisses aller demokratischen Kräfte im Libanon, seien es Palästinenser oder Libanesen, leistet religiösem Sektierertum und Gruppenegoismus Vorschub. Es bedürfte eines Bündnisses des gegenseitigen Respekts auf der Basis einer einheitlichen Programmatik, die die Richtung weist für eine demokratische Umgestaltung des Libanon, und die klar definiert, welche Rolle der Libanon im antiimperialistischen und antizionistischen Kampf spielen muß und kann.

In dieser Situation versucht jede an dem Spiel beteiligte Partei, um ihre kurzfristiges Überleben zu garantieren, möglichst viel für sich herauszuschlagen. Wer davon profitiert, sind der US-Imperialismus und Israel, die selbst nichts unversucht lassen, um den Konflikt weiter anzuhetzen.

Anmerkungen:

- 1) An-Nida, Beirut, 3.2.1987
- 2) Vgl. W. Brönnner, Der Nahost-Konflikt und die Palästinafrage, Frankfurt/M. 1979, S. 195ff.
- 3) Siehe AIB 1/1984 und 7/1985
- 4) Bericht des ZK der PCL über die Diskussion zum Entwurf des politischen Berichts zum 5. Parteitag, S.54
- 5) An-Nahar, 1.3.1987
- 6) AfriqueAsie, Paris, Nr. 392/26.1.1987

- Ich abonniere das AIB ab Nr. _____ / ab sofort
- Ich bestelle _____ Ex. AIB-Nr. _____
- Ich bestelle _____ Ex. AIB-Sonderheft Nr. _____

Jahresabo: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabo (50 DM oder mehr); _____ DM; Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

Einzelheft 3 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 DM (zzgl. 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorausbezahlung (z. B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

Gewünschte Zahlweise (bitte ankreuzen):

- Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr. BLZ

- Rechnung

Name, Vorname

Straße

Beruf

Postleitzahl, Ort Nr des Zustellpostamtes

Unterschrift

Datum

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift

Datum

Zum Verbleib bei dem/der Besteller/in

Vertrauensgarantie: Ich habe am _____ das AIB-Die Dritte-Welt-Zeitschrift zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM bestellt.

Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Unsere Buchgeschenke

Wer uns einen neuen Abonnenten nennt oder das AIB verschenkt, erhält eins der unten aufgeführten Bücher nach Wahl. Das Buch wird bei Erteilung einer Abbuchungsvollmacht sofort ausgeliefert oder nach Bezahlung des Aboppreises von 33 DM.

- Bahrmann/Jacobs/Links, Killerkommando. Schwarzbuch: CIA und Contra, WKV, 216 S., 16,80 DM
- Fidel Castro, ...wenn wir überleben wollen, WKV, 296 S., 16,80 DM
- Ege/Ostrowsky, Ronald Reagan. Biographie, PRV, 336 S., 16,80 DM
- R. Falk, Nelson Mandela. Biographisches Portrait mit Selbstzeugnissen, PRV, 288 S., 12,80 DM
- R. Falk, Die heimliche Kolonialmacht. Bundesrepublik und Dritte Welt, PRV, 224 S., 14,80 DM
- R. Falk, Südafrika. Widerstand und Befreiungskampf, PRV, 220 S., 14,80 DM
- B. Gaul, Das Land denen, die es bebauen. Agrarreform in Nicaragua, WKV, 224 S., 14,80 DM
- H.E. Gross, Guatemala, WKV, 248 S., 14,80 DM
- Ernesto Che Guevara, Der neue Mensch, WKV, 192 S., 12,80 DM
- Ernesto Che Guevara, Guerillakampf und Befreiungsbewegung, WKV, 216 S., 14,80 DM
- Nelson Mandela, Der Kampf ist mein Leben, WKV, 416 S., 18 DM
- J. Matthews, Die Träume des David Patterson. Roman, WKV, 362 S., 16,80 DM
- L. Otero, Stadt im Feuer, Roman, WKV, 384 S., 16,80 DM
- E. Reimann, Ich war ein Contra, PRV, 120 S., 9,80 DM
- Vukani - Makhosikazi, Frauen in Südafrika, PRV, 288 S., 16,80 DM
- Ziegler/Popow, Ändere die Welt, sie braucht es. Ein Dialog zwischen Ost und West, PRV, 232 S., 14,80 DM

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

AIB Die Dritte-Welt-Zeitschrift

Leserservice

Postfach 510868

5000 Köln 51

387

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde von mir geworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Ich möchte folgendes **Buchgeschenk** aus dem AIB-Angebot:

Bankenaktionstag 21. Mai 1987:

KEIN GELD FÜR APARTHEID



- Kaufen Sie keine Krügergoldstücke
- Fragen Sie Ihre Bank oder Sparkasse, ob sie Südafrika-Geschäfte macht
- Wenn ja: Machen Sie Ihrer Bank klar: Nicht mit meinem Geld!
- Wechseln Sie zu einer „sauberen“ Bank oder Sparkasse

Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid“, Siegesstr. 9, 8 München 40

Ja, ich möchte das AIB zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM ab verschenken.
 befristet für ein Jahr
 unbefristet

7. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 12 Monate, wenn dem Verlag nicht bis zum 15. November des Jahres oder sechs Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes eine schriftliche Kündigung mitgeteilt wird.

Meine Adresse:
Name, Vorname: _____
Straße, Nr.: _____
PLZ, Ort: _____

Gewünschte Zahlweise (bitte ankreuzen):
 Barkeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Konto-Nr. _____

Bankleitzahl _____

Bank/Geldinstitut _____

Ort _____

Rechnung

Datum _____

Unterschrift _____

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen bei AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum _____

Unterschrift _____

Ich möchte folgendes **Buchgeschenk** aus dem AIB-Angebot:

Schicken Sie das **Geschenkabo** bitte an folgende Adresse:

Name, Vorname: _____

Straße, Nr.: _____

PLZ, Ort _____

Mit freundlichem Gruß

Die Dresdner, die Deutsche und die Commerzbank haben den Kreditverlängerungen im Februar 1986 zugestimmt. Ich fordere Sie auf, weiteren Umschuldungen mit Südafrika solange nicht zuzustimmen, bis die Apartheid restlos abgeschafft ist.

Mit freundlichem Gruß

Seither hat sich die Lage in Namibia und Südafrika dramatisch verschlimmert. Schuld daran sind auch die bundesdeutschen Banken, die weiterhin mit dem Apartheid-Regime Geschäfte machen und Kredite geben oder verlängern.

Rechtzeitig vor den Umschuldungsverhandlungen im Februar 1986 hat Präsident Botha "Reformen" in Südafrika angekündigt. Erwartungsgemäß wurden diese Versprechungen kaum eingehalten, die Abschaffung der Apartheid war ohnehin nicht geplant.

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Dresdner Bank AG, die Deutsche Bank AG und die Commerzbank AG sind Mitglieder im "Technischen Ausschuß" für die Umschuldung der von Südafrika nicht zurückgezahlten Kredite.

Betr.: Kreditverlängerungen für Südafrika

Datum des Poststempels

Absender:

-.60 DM

POSTKARTE

An die Dresdner Bank AG, die
Deutsche Bank AG, die Commerz-
bank AG

zHd des Vorstandes der
Dresdner Bank AG
Jürgen-Ponto-Platz 1

6000 Frankfurt/Main 1



Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

AIB Die Dritte-Welt-Zeitschrift

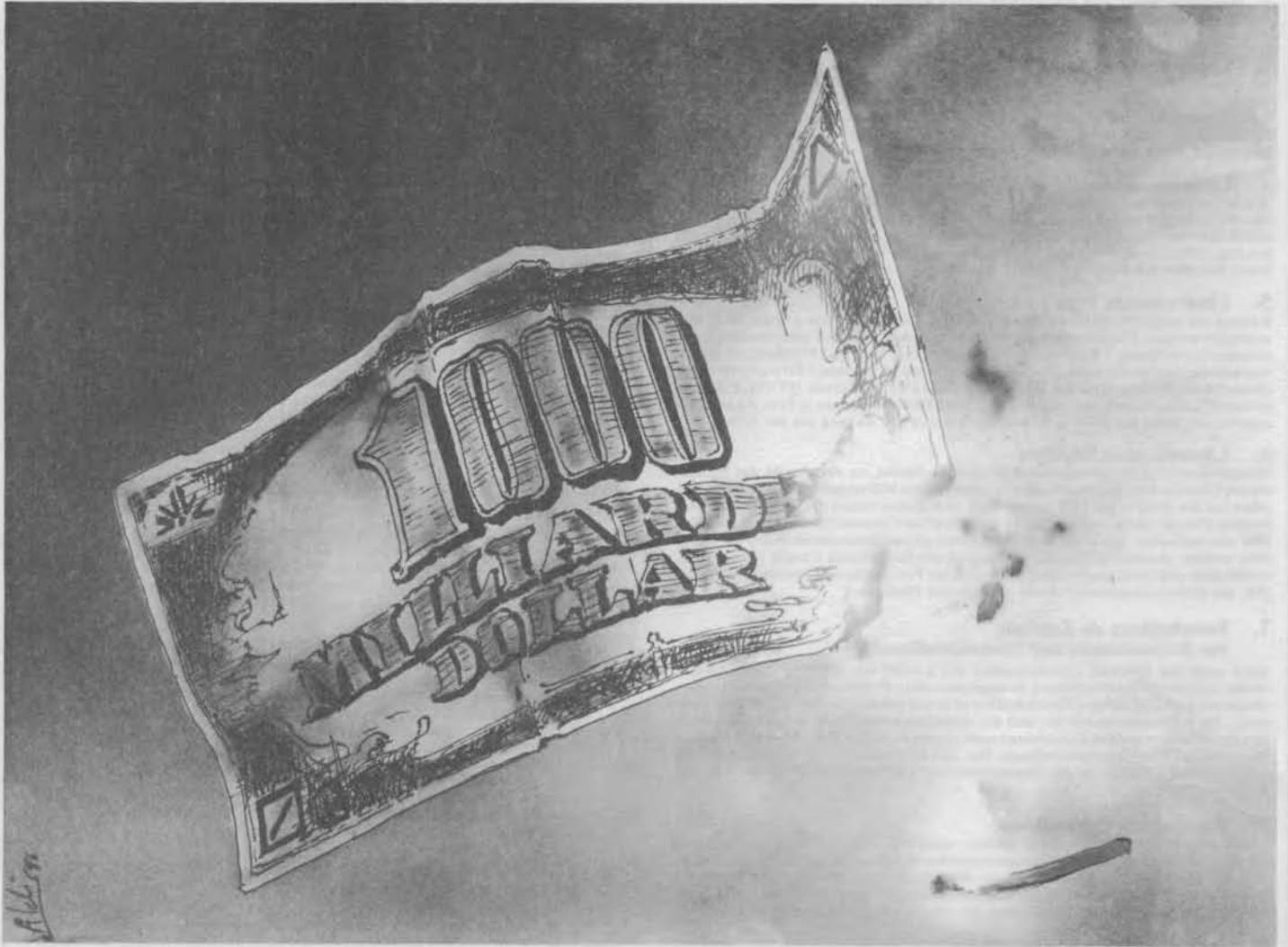
Leserservice

Postfach 510868

5000 Köln 51

11. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

28.5. - 31.5.1987 in Fulda



Elende Schuld – unverschuldetes Elend

Große Umbrüche finden gegenwärtig in der Weltwirtschaft und in den globalen Kapitalstrategien statt. So wird versucht, die nun bereits langdauernde weltweite Wachstums- und Wirtschaftskrise aufzufangen und nach Möglichkeit umzulenken. Wohlstand und Privilegien der Metropolen werden ausgebaut und verteidigt – mit der Konsequenz eines sich ständig ausbreitenden Massenelends in der »Dritten Welt« und auf Kosten von Arbeitslosigkeit und »Neuer Armut« in den Metropolen selbst. Eine entscheidende Rolle im Konzert der Großen spielt die Bundesrepublik Deutschland: ihre Regierung, die Banken und Konzerne.

Die Solidaritätsbewegung erkennt die Brisanz von »Verschuldung und Verelendung«. Sie sieht die Notwendigkeit einer umfassenden Analyse und der Entwicklung einer Gegenstrategie – insbesondere ange-

sichts der Tatsache, daß im September 1988 in West-Berlin die Jahrestagung von Internationalem Währungsfond (IWF) und Weltbank in einem spektakulären Rahmen abgehalten wird. Diese beiden Organisationen dienen den Reichen und Mächtigen dieser Erde zur Disziplinierung der Ausgebeuteten und Aufbegehrenden: die Verschuldung der »Dritten Welt« verstärkt den direkten Eingriff der Metropolen in diese Länder und ihre »Anpassung«.

Der 11. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen soll zum Kampf gegen die Strukturen und Mechanismen der internationalen Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen beitragen und die Solidarität mit den vom »unverschuldeten Elend« Betroffenen gegen die Verursacher der »elenden Schuld« stärken.

Arbeitsgruppen

1. Länderanalyse Philippinen

Unter dem Marcos-Regime gelang es dem IWF-Weltbank-Konglomerat, sich auf den Inseln einzunisten und auf die internen wirtschaftspolitischen Entscheidungen wesentlich einzuwirken. Welche Fakten dafür verantwortlich waren, steht im Vordergrund der Analyse. Danach wird der Frage nachgegangen, ob und inwieweit sich die Stellung des IWF und der Weltbank seit dem Amtsantritt von Präsidentin Aquino wandelte bzw. welches wirtschaftspolitische Konzept Manila seitdem verfolgt. Abschließend geht es um die Einschätzung des Einflusses bundesdeutscher Banken und Konzerne in den Philippinen.

2. Länderanalyse Südkorea

Südkorea wird immer wieder als ein gelungenes Modell für eine erfolgreiche »Modernisierung« herangezogen. Die Machthaber in Seoul haben dieses Argument stets zur Legitimierung ihrer Herrschaft aufgegriffen und gedenken dies im Vorfeld der Olympischen Spiele 1988 in verstärktem Maße zu tun. Fragenkomplexe für die Arbeitsgruppe:

- Determinanten des südkoreanischen Wirtschaftsmodells nach Ende des Korea-Kriegs (1950-53).
- Strukturmerkmale und Perspektiven dieses Modells
- sozialpolitische Auswirkungen des Modells und der Verschuldungsproblematik gerade in Hinblick auf die Olympischen Spiele.

3. Länderanalyse Mosambik

Die afrikanischen Länder gehören absolut gesehen zwar nicht zu den am höchsten verschuldeten Ländern, trotzdem trifft die Verschuldungskrise diese Länder besonders hart. Am Beispiel von Mosambik soll die Wirkungsweise der Verschuldung sowie der Handlungsspielraum einer Gesellschaft, in der die Befreiungsbewegung an die Macht gekommen ist, untersucht werden.

4. Länderanalyse Südafrika, Namibia

Warum benötigt das »reiche« Südafrika ausländisches Kapital? Finanzierung der Apartheid durch bundesdeutsche Banken; die Rolle der US-amerikanischen und britischen Banken; Verschuldung Südafrikas und Namibias; Zahlungsunfähigkeit Südafrikas Sept. 1985; Umschuldungen – anders als »üblich«; Schulden als Hypothek für ein freies Namibia und Südafrika; Bankenboykott im In- und Ausland.

5. Länderanalyse Peru

Entlang der Ausstellung »Schuldensklaverei der Moderne – Peru und der IWF« soll erarbeitet werden: Die Militärregierung Velasco und der Versuch einer staatskapitalistischen Entwicklung; / Kreditboykott durch die USA, IWF und Weltbank auf Grund mangelnder Kooperationsbereitschaft ausländischer Investoren; / Peru und der Euro-Dollar-Markt; / Schuldenkrise, IWF-Eingriff und IWF-Aufstände 1977/78; / soziale, wirtschaftliche und politische Auswirkungen der IWF-Programme in Peru; / Rüstungsexporte: die Rolle der BRD in Peru; / der Garcia-Plan: Ausweg aus der Krise?

6. Länderanalyse Brasilien

Hunger (fome), Elend (miseria) und Inflation (inflacao), so umschreibt das brasilianische Volk die Abkürzungen für den internationalen Währungsfond. Seit 1982 ist Brasilien auf die Kredite des IWF angewiesen. In Brasilien lösten die Eingriffe des IWF massive Protest- und Streikwellen aus, die zum »Plan Cruzado« führten. Sein Ziel: den IWF auszusulten. Die Chancen und Probleme dieses Planes sollen in der AG diskutiert werden. Außerdem sollen exemplarisch am Großprojekt Carajas die sozialen, rechtlichen und ökologischen Auswirkungen der Verschuldung konkretisiert werden. D.h. das Entwicklungsmodell Brasilien steht zur Diskussion.

7. Verschuldung als Ergebnis von Kolonialismus und Neokolonialismus

Auch nach der formalen Unabhängigkeit der Länder der drei Kontinente (Asien, Afrika, Lateinamerika) bestimmen die kapitalistischen Profitinteressen an Rohstoffen, Absatzmärkten und billigen Arbeitskräften nach wie vor das Geschehen auf dem Weltmarkt. Im Neokolonialismus hat sich die imperialistische Politik lediglich verfeinert und modernisiert, aber an Konsequenz nicht verloren. Die BRD ist eine der führenden Mächte jener Weltwirtschaftsordnung. Das Ziel dieser AG ist die Untersuchung der Geschichte und Strukturen des Neokolonialismus mit Schwerpunkt auf der Rolle der BRD.

8. Rüstung und Verschuldung

Einige Länder der »Dritten Welt« haben – auch mit Hilfe der BRD – eine eigene Rüstungsindustrie aufgebaut und exportieren ihrerseits Waffen. Diese Länder wie Brasilien, Argentinien oder Indonesien sind meist hochverschuldet. An den Beispielen Brasilien und Indonesien sollen die Zusammenhänge zwischen Rüstung, Militarisierung und Verschuldung in den Ländern der »Dritten Welt« analysiert werden.

9. Auf dem Rücken der Bauern? – Landwirtschaft im Zeichen der Verschuldungskrise

Ein besonders delikates Wechselverhältnis entfaltet sich zwischen Landwirtschaft und Verschuldungsproblematik: einerseits hat der stetige Preisverfall für Agrarprodukte im internationalen Handel maßgeblich zur Verschuldung zahlreicher Länder der »Dritten Welt« beigetragen, andererseits soll die landwirtschaftliche Exportproduktion einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Verschuldungsprobleme liefern. In der Arbeitsgruppe werden im ersten Teil diese Zusammenhänge an Hand der Beispiele Brasilien und der Philippinen aufgearbeitet. Besondere Beachtung verdient hier auch die Rolle der Weltbank, des IWF und des internationalen Agrobusiness. Im zweiten Teil sollen die aktuellen Vorschläge zur Lösung der Verschuldungsproblematik auf ihre Auswirkungen auf die Landwirtschaft hin abgeklappt und mögliche Alternativen diskutiert werden.

10. Zwischen Bank und Besen – Frauenarbeit, Weltwirtschaft und die Verschuldungskrise

Erste Diskussionsansätze zum Zusammenhang von Weltwirtschaftskrise und den sozialen Lebensbedingungen von Frauen, frauenspezifische Auswirkungen der Verschuldungskrise an Beispielen aus Ländern der »Dritten Welt« und Industrieländern, sowie von den Frauen in den jeweiligen Ländern entwickelte Gegenstrategien. Gemeinsames Erarbeiten von Forderungen für eine frauengerechte Entwicklung im Rahmen der allgemeinen Entschuldungsdiskussion und IWF-Kampagne. Veranstaltung ausschließlich für Frauen.

11. Verelendung in den Metropolen im Zusammenhang mit der internationalen Verschuldung

Die Verarmung großer Teile der Bevölkerung in den Ländern der »Dritten Welt« und die schrittweise Einführung der Zweidrittel-Gesellschaft in den Metropolen sind nur zwei Seiten einer Medaille. Die krisenhafte Umstrukturierung der Weltwirtschaft setzt in den Industrieländern massenhaft Arbeitskräfte frei. Insbesondere Frauen, Jugend-

liche, Ausländer und die Arbeiter aus den »alten« Industriezweigen werden zunehmend aus dem Produktionsprozess gedrängt oder »flexibel« und ohne dauerhafte Absicherung teilzeit beschäftigt. In der AG sollen die Ursachen der Krise des Fordismus sowie die Bedeutung dieser Entwicklung für die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung diskutiert werden.

12. Verschuldung und Verelendung als Ursache weltweiter Wanderungs- und Flüchtlingsströme

In dieser AG soll der von Konservativen erhobenen Behauptung entgegengetreten werden, die weltweiten Flüchtlingsströme seien auf lokale oder regionale Anlässe zurückzuführen. Vielmehr sind diese struktureller Natur wie z.B. der Verschuldung. Zum einen sollen die Zusammenhänge am Beispiel Türkei/Kurdistan analysiert werden. Zum zweiten werden die hieraus erwachsenen Flüchtlings- und Asylprobleme der BRD thematisiert.

13. Zur Rolle der internationalen Finanzorganisationen: Neues Gewicht der Weltbank

Schwerpunkte der Arbeitsgruppe: Struktur und Funktion der Weltbank / Entwicklungsmodelle und -vorstellungen in der Weltbank / Nationalstaatlicher Einfluß, vor allem der USA auf die Politik der WB / Kritik an Projektpolitik / Einfluß der WB auf die Entwicklungsvorstellungen und -projekte in den Peripheriestaaten / Strukturangepasungsmaßnahmen als neue WB-Politik / Zusammenarbeit mit IWF zur mittelfristigen Konsolidierung der Schuldnerländer / Auswirkungen der Struktur Anpassungsprogramme auf die Bevölkerung bzw. spezielle Schichten in den Peripheriestaaten / Einschwenken des BMZ auf die neuen Strategien der Weltbank.

14. Schuld und Verweigerung – das internationale Bankensystem im Prozeß der Verschuldung

Schwerpunkte der AG: Rolle der Banken nach der Auflösung des Systems von Bretton Woods / Freie Bankzonen und zunehmende Verschuldung der 3. Welt / Zur Rolle der bundesdeutschen Großbanken: Fallbeispiel Deutsche Bank AG / Banken und Gläubigerkartell: zwischen Bankenkraich und »Fresh Money« / die neuen Banken-Strategien.

15. Die Hegemoniestellung der USA und die Krise der Weltwirtschaft

Die USA sind weltweit zum größten Schuldnerland geworden. Trotzdem ist ihre Stellung als Hegemoniemacht des Westens unangefochten. Welche Gefahren ergeben sich aus den gewaltigen Defiziten und der Krisenanfälligkeit dieses Riesens? Der Dollar regiert zwar (noch) die Welt, doch die Position auf dem Weltmarkt ist mehr als angeschlagen. Ein wesentlicher Schlüssel zum Verständnis der Problemlage auch der »Dritten Welt« liegt in Ökonomie und Politik der Vereinigten Staaten: Stehen ein Bankenkraich, eine US-Rezession, militärische Abenteuer oder US-Protektionismus bevor?

16. Deutsche Banken und Konzerne mit neuen Strategien in der Weltwirtschaft (Verschuldungs-)Krise zur Erhöhung der Profite

Schwerpunkte der AG: Die Position der BRD – ihrer Wirtschaft und Banken – in der Weltwirtschaft / Zur Funktion des Dritte-Welt-Geschäfts / Konkretion anhand von Konzernprofilen (Daimler-Siemens-Bayer-Deutsche Bank) / Führen die aktuellen Strategien aus der Krise heraus oder zur Verschärfung der Krise?

17. Die Rolle der BRD in der Verschuldungskrise

In unserer AG wollen wir auf der Basis der bestehenden ökonomischen und politischen Interessen des BRD-Kapitals in der »Dritten Welt« die Rolle der BRD als Gläubiger in der Verschuldungskrise untersuchen. Dabei soll es darum gehen zu klären:

- inwieweit die Entwicklungspolitik der BRD und die in diesem Zusammenhang vergebenen Kredite mit verantwortlich sind für einen verschuldungssträchtigen Entwicklungsweg der Dritten Welt.
- inwieweit die praktizierte Entwicklungspolitik (Kredite) die außenwirtschaftlichen Interessen des BRD-Kapitals durchsetzen hilft.
- ob es Interessensdivergenzen innerhalb des BRD-Kapitals bei der zukünftigen Behandlung der Verschuldungskrise gibt und, wenn ja, welche Rolle die Bundesregierung in dieser Auseinandersetzung einnimmt.

18. »Zerschlagt den gordischen Knoten!« Perspektiven der Entschuldung

In der AG sollen die zahllosen Vorschläge zur Lösung der Verschuldungskrise vom BMZ, UNCTAD 7, Garcia bis Castro vorgestellt und miteinander konfrontiert werden. Gemeinsam wollen wir den gordischen Knoten unter die Lupe nehmen. Vielleicht ist die Lösung ja ganz einfach. Es sollen aber nicht nur Sofortmaßnahmen, sondern auch langfristige Perspektiven diskutiert werden. Falls wir dabei konkrete Forderungen und Aktionsvorschläge für die BUKO-Kampagne zur Verschuldung gemeinsam erarbeiten, ist uns sicher niemand böse.

19. Alternative Ansätze in der Entwicklungsfinanzierung

Die Themenstellung setzt voraus, daß es innerhalb des bestehenden ungerechten Weltwirtschaftssystems weiterhin die Notwendigkeit für Transferzahlungen an die Länder der »Dritten Welt« gibt, um von außen Spielräume für eine freie binnenmarkt- und grundbedürfnisorientierte Entwicklung zu schaffen. Zwei Ansätze stehen zur Diskussion:

- a) kollektive Selbsthilfe der »Dritten Welt« (es existieren schon konkrete Institutionen bzw. Überlegungen über einen Süd-Süd-Finanzausgleich: z.B. Südbank, afrikanischer Währungsfond, Bank der südostafrikanischen Präferenzhandelszone).
- b) Zahlungen der hochindustrialisierten Staaten an die »Dritte Welt« (z.B. neuartige staatliche Mechanismen, wie z.B. Rohstoffsteuer, und zeichenhafte private Ansätze wie EDCS, die ökumenische Entwicklungsgenossenschaft).

20. Verschuldung und Weltwirtschaftssystem – Notwendigkeit langfristiger Umstrukturierung

Vor dem Hintergrund der Einsicht, daß Hunger, Unterdrückung, Ausbeutung und Abhängigkeit der »Dritten Welt«, aktuell verschärft durch eine unerträgliche Schuldenlast, Ausdruck eines Weltwirtschaftssystems sind, das grundlegend vom Profitinteresse der multinationalen Konzerne, von den Bewegungsgesetzen der kapitalistischen Wirtschaftsweise bestimmt wird, erscheinen die gegenwärtig behandelten Lösungsvorschläge von Castro bis zu den Grünen als unzureichende und kurzfristige Maßnahmen. In der AG sollen die »reformistischen« Lösungsstrategien die grundsätzliche Veränderung des Systems gegenübergestellt und als Bezugspunkt für die Solidaritätsbewegung diskutiert werden.

Was gibt es außer den Arbeitsgruppen noch? workshops, Kampagnen, Projekte ...

Der Kongreß dient auch immer dazu, daß Gruppen ihre Projekte vorstellen können, Treffen durchführen usw. Einiges ist im folgenden aufgeführt, andere sind herzlich eingeladen, diese Möglichkeit zu nutzen.

Medienbörse

Wie in jedem Jahr wird auch in Fulda eine Medienbörse eingerichtet werden. Interessierte Gruppen und Einzelpersonen können Bücher und Arbeitsmaterialien ausstellen. Die Organisation übernimmt der CON-Vertrieb in Bremen:

CON-Vertrieb, Westerdeich 38, Postf. 10 65 45
2800 Bremen, Tel. 0421/54 00 12/13.

Kampagnen

Auch auf diesem Kongreß soll den Kampagnen und Länderzusammenschlüssen die Möglichkeit gegeben werden, sich zu treffen.

Markt der Möglichkeiten

Es ist geplant, den 11. Bundeskongreß über den Tagungsbereich hinaus auch in die Stadt Fulda hineinwirken zu lassen, um der Bevölkerung die Möglichkeit zu bieten, sich über die Aktivitäten der Dritte-Welt-Gruppen in der Bundesrepublik zu informieren. Gleichzeitig ist natürlich auch den Gruppen damit die Chance geboten, ihre Arbeit breiteren Kreisen vorzustellen. Zu diesem Zweck soll ein Markt der Möglichkeiten abgehalten werden, auf dem die Gruppen in der Stadt ihre Materialien, Ausstellungen, Theaterstücke etc. der Fuldaer Bevölkerung präsentieren können. Wer hieran Interesse hat, möge frühzeitig seine Absicht der Geschäftsstelle in Hamburg mitteilen, damit die notwendigen Planungen angestellt werden können.

Alternative Grenzlandfahrt

Wenn das Wetter es erlaubt und genügend Teilnehmer/innen zusammenkommen, ist geplant, per Bus die Militärregion Osthessen zu erkunden.

Befreiungsbewegungen

Es werden Vertreter von Befreiungsbewegungen zum Kongreß eingeladen. Die Teilnehmer/innen haben Gelegenheit, mit den Vertretern dieser Bewegungen zu sprechen.

Ausstellung

Im Namen des Dollar ins Elend – Schuldenklaverei am Beispiel Peru.

Workshop: »Komplex, konfus, verstanden«

Medien und Arbeitsmaterialien zum Thema Weltwirtschaft und Verschuldung sollen hier vorgestellt und ausprobiert werden.

Workshop: »Kein Geld für Apartheid!«

Hier sollen Aktivitäten zu Aktionärsversammlungen, Bankenboykott, Bankenaktionstag, zum evangelischen Kirchentag diskutiert und vorbereitet werden.

Workshop: Deutsche Bank

Für 1987/88 sollen verschiedene Aktionen (z.B. Aktionärsversammlung etc.) geplant und vorbereitet werden.

Workshop: Kampagne IWF-Tagung 1988

In diesem WS sollen sich alle diejenigen einfinden, die sich an der Vorbereitung und Durchführung von Aktionen, Demonstrationen, Veranstaltungen zur IWF-Tagung 1988 in West-Berlin beteiligen wollen.

Workshop: »Kunst gegen Schulden«

Mit Musik, Theater und Farben gegen Verschuldung und Unterdrückung.

Workshop: Gesundheit und Verschuldung

Marcel Bühler referiert über die Auswirkungen der Verschuldungskrise auf die Gesundheitsversorgung in der »Dritten Welt«. Der Bus der BUKO-Pharma-Kampagne lädt zum Theater auf den Markt der Möglichkeiten ein.

Was man weiß, was man wissen sollte!

Koordinierungsausschuß

Alle BUKO-Mitgliedsgruppen sollten sich dringendst überlegen, ob sie für den neuen Koordinierungsausschuß kandidieren können.

Interessierte bitte melden bei:

BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/39 31 56.

Resolutionen

Resolutionen werden nur auf dem BUKO abgestimmt, wenn sie bis zum 20.3.87 an die Geschäftsstelle des BUKO geschickt worden sind, damit sie von den Gruppen noch diskutiert werden können, die sie zusammen mit den Vorbereitungs-materialien zugesandt bekommen.

Vorbereitungsmaterialien

Als Vorbereitungsmaterialien werden ein reader zum Thema und ein Vorbereitungs-FORUM an die Teilnehmer/innen mit der Anmeldebestätigung geschickt.

Motto

Außerdem muß auch ein Motto für den 12. Bundeskongreß gefunden werden. Vorschläge sind schon jetzt willkommen.

Bitte meldet Euch so schnell wie möglich an! Das hilft uns sehr für unsere Vorbereitungen (wenn's geht bis zum 20. April 1987)

Anmeldung für den 11. Bundeskongreß in Fulda, 28.5.-31.5.1987

(an den Bundeskongreß developmentpolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50)

1) Name der Gruppe/Institution:

2) Anschrift:

- 3) Status
- örtliche Basisgruppe
 - Institution / Bundesverband
 - sonstige/r Teilnehmer/in

- 4) Mitglied: ja nein
- Interesse an der Mitgliedschaft
 - Interesse an der Mitarbeit im Koordinierungsausschuß

Teilnahme

Teilnehmen am 11. Bundeskongreß kann jede oder jeder, die/der die Teilnehmergebühr bezahlt. Stimmberechtigt sind allerdings nur Delegierte von Mitgliedsgruppen, die für das Jahr 1986 ihren Teilnehmerbeitrag bezahlt haben. Der BUKO-Jahresbeitrag beträgt pro Gruppe 156,- DM (inkl. FORUM-Abo). Institutionen, Bundesverbände und Koordinationen können am Kongreß nur als Beobachter ohne Stimmrecht teilnehmen. Die beobachtende Mitgliedschaft kann bei der Geschäftsstelle formlos beantragt werden (Jahresbeitrag 286,- DM, inkl. FORUM-Abo).

Anmeldung

Zur Anmeldung muß der untenstehende Abschnitt vollständig ausgefüllt und der Teilnehmerbeitrag (70,- DM für Teilnehmer/innen aus BUKO-Mitgliedsgruppen; 90,- DM für Teilnehmer/innen aus Nicht-BUKO-Mitgliedsgruppen) im voraus auf das Konto des Bundeskongresses überwiesen werden:
 Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Hamburg, Postgiroamt Hamburg, Kto.-Nr. 79112-201.
 Bitte gebt auf der Überweisung den Namen der Gruppen deutlich an. Anmeldeschluß ist der 20. April 1987.

Termin und Ort

Der 11. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen findet vom Donnerstag, 28.5. bis Sonntag, 31.5.1987 in der Fachhochschule Fulda statt.

Fahrtkosten

Fahrtkosten werden wahrscheinlich weitestgehend erstattet.

Essen

Um uns eine Flut von Plastikgeschirr zu ersparen, werden die Teilnehmer/innen gebeten, ihr eigenes Geschirr (Becher, Teller) und Besteck mitzubringen.

Kinder

Für Kinderbetreuung während des Kongresses wird gesorgt.

Donnerstag, 28.5.87

12.00 bis 14.00 Anmeldung in der Fachhochschule Fulda
 14.00 Begrüßung, anschließend Rechenschaftsbericht des Koordinierungsausschusses, der Kampagnen, des Forum; Abstimmung von Resolutionen;
 17.00 Einführungsreferat:
Verschuldung und Verelendung und die Krise des Kapitalismus
 Ernest Mandel, Brüssel
 anschließend Abendessen
 ab 21.00 Gemütliches Beisammensein, sich Kennenlernen, Kleinkunst

Freitag, 29.5.87

9.00 Arbeitsgruppen
 zwischendurch Mittagessen
 18.00 Referat eine/s/r Vertreter/in aus der »Dritten Welt«
 19.30 Abendessen
 21.00 Theater

Samstag, 30.5.87

9.00 workshops und Markt der Möglichkeiten
 13.00 Mittagessen
 14.00 weitere Planung des BUKO:
 Seminare, Kampagnen, BUKO 12 etc.;
 Wahlen zum Koordinierungsausschuß;
 Abstimmung von Resolutionen.
 danach Abendessen
 abends Fete

Sonntag, 31.5.87

9.00 Referat:
Dimensionen unserer Verantwortung – Aufgaben für die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung,
 Alexander Schubert, Berlin;
 Berichte aus den Arbeitsgruppen;
 Verabschiedung einer Erklärung von Fulda,
 anschließend Mittagessen
 14.00 Mittagessen
 anschließend Abreise

5) Zum BUKO melden wir an (Name, Anschrift, Tel.):

Schlafplätze nötig für:*

1. Do Fr Sa So
 Interesse an AG:

2. Do Fr Sa So
 Interesse an AG:

3. Do Fr Sa So
 Interesse an AG: * Zutreffendes ankreuzen

6) Mitfahrgelegenheit (bildet Fahrgemeinschaften):

ich biete ich suche Mitfahrgelegenheit für Personen.

7) wir bringen Kinder mit (Betreuung gewährleistet am Do 12-18 h / Fr 9-19 h / Sa 9-19 h / So 9-13 h)

wieviele? Alter? Jahre an folgenden Tagen:

8) Wir möchten am Markt der Möglichkeiten mit (Stand, Theater, sonst.) teilnehmen.

9) Wir möchten zusätzliche reader (Preis ca. 10,-/15,- DM) bestellen: (Anzahl)

Teilnehmerbeitrag von 70,- DM / 90,- DM pro Person am überwiesen.

Datum Unterschrift:



Christoph Sodemann

Patt unter dem Ausnahmezustand

Optimismus war angesagt beim Jubiläum des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC). „Unser Sieg ist in Sicht“, verkündete Präsident Oliver Tambo bei der Festveranstaltung zum 75. Jahrestag des ANC (siehe AIB 3/1987). Zweieinhalb Jahre nach dem Beginn des Aufstands in den schwarzen Ghettos kann der Befreiungskampf in der Tat Erfolge verzeichnen. Die Regierung Botha findet keinen Weg mehr aus der Krise des Apartheidsystems. Doch seinen historisch unausweichlichen Abgang hat das Rassistensystem noch einmal verschieben können – mit der Gewalt von Gefängnissen und Gewehren. Der Widerstand hat Rückschläge erlitten. Auf Südafrika lastet der Ausnahmezustand. Eine Bilanz.

„Südafrika ist ein großes politisches Gefängnis“, schreibt das Komitee der Eltern von Inhaftierten (DPSC) in seinem Jahresbericht 1986.

Nach der eher konservativen Schätzung des DPSC sind seit Beginn des Ausnahmezustandes am 12. Juni 1986 mindestens 25.000 Menschen ohne Anklage in Isolationshaft genommen worden. Etwa 10.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren mußten ins Gefängnis.¹

Viele Aktivisten müssen sich verstecken. Truppen halten die Townships (Vorstädte) besetzt. Das Land wird von Militär- und Sicherheitskräften verwaltet. Unter der Obhut der Militärs terrorisieren schwarze und weiße Killerbanden Widerstandskämpfer. Die politischen Organisationen der Opposition sind praktisch verboten, alle öffentliche Veranstaltungen untersagt. Die Presse ist geknebelt.

Nur dieses Maß an Repression garantiert noch die weiße Minderheitsherrschaft. Das „revolutionäre Klima“ mache den Ausnahmezustand „absolut notwendig“, mußte Präsident P.W. Botha in seiner Rede vor dem Parlament am 30.1.1987 eingestehen. In absehbarer Zeit könne die Regierung die Ausnahmebestimmungen nicht aufheben.

Das große Zittern um ihre Macht begann bei den Rassen vor einem Jahr. Der im

Dezember 1985 gegründete Dachverband Kongreß Südafrikanischer Gewerkschaften (COSATU) und eine bildungspolitische Koalition von Schülern, Eltern und Lehrern, die sich im April 1986 zum Nationalen Komitee zur Erziehungskrise (NECC) zusammenschloß, brachten dem Befreiungskampf neue Dynamik.

Nach dem erfolgreichen Generalstreik am 1. Mai 1986 zeichnete sich erstmals die Möglichkeit ab, daß die für den 16. Juni 1986, dem 10. Jahrestag des Soweto-Schüleraufstands, geplanten landesweiten Streik- und Boykottaktionen eine Kette von Stayaways (Fernbleiben vom Arbeitsplatz, Schule usw.) und damit eine wirtschaftliche und politische Krise auslösen könnten, die das Regime zu Verhandlungen über die Machtübergabe zwingen würde.

Einer derartigen Entwicklung ist die Regierung Botha mit einem Gegenschlag zuvorgekommen, als sie am 12. Juni 1986 den Ausnahmezustand verhängte. Die Führung und die aktiven Organisatoren des Widerstands sollten ausgeschaltet werden.

Die Kommunikationsstrukturen, die neugewachsene Vernetzung der Opposition, sollte zerstört werden. Vor allem die Vereinigte Demokratische Front (UDF) und ihre Mitgliedsorganisationen gerieten ins Visier. 75% aller Inhaftier-

ten, so schätzt das DPSC, sind UDF-Mitglieder.²

Mehrfach sind die Ausnahmebestimmungen verschärft worden, ein Zeichen, daß das Regime seine eigenen Absichten nicht verwirklicht sieht.

Besonders verunsichert reagierte die Regierung auf die von UDF, COSATU, NECC und dem Südafrikanischen Kirchenrat (SACC) gemeinsam geführte Kampagne „Weihnachten gegen den Ausnahmezustand“, die als stummer und friedlicher Protest geplant war.

Es gab eine neue Verhaftungswelle und die Presse wird seither noch strenger kontrolliert. „Es geht uns nicht um wahre oder aufrichtige Berichterstattung, sondern wir wollen verhindern, daß die Öffentlichkeit von Unruhen erfährt“, erläuterte kürzlich Präsidentenberater Jan Combrink den Regierungsstandpunkt.³ Aus der Sicht des Regimes hat der Ausnahmezustand die unmittelbare Gefahr einer revolutionären Krise gebannt. Zu einer Befriedung des Landes hat dieser jedoch nicht geführt.

Der Ausnahme-Terror ist für die Opposition nicht zu einem Debakel geworden, vergleichbar etwa der Niederlage von 1960, als nach dem Verbot von ANC und Panafrikanischem Kongreß (PAC) der Befreiungskampf über Jahre hinweg im Untergrund und Exil beinahe bei Null reorganisiert werden mußte.

Heute ist der Widerstand wesentlich besser auf die Illegalität eingestellt, wie die Straßen- und Gebietskomitees oder die Untergrundstrukturen des ANC etwa zeigen (siehe Piliso-Interview). Dennoch ist der Widerstand in eine schwierige Phase geraten.

Rückschlag für die Opposition

Boykotte und Demonstrationen sind seltener geworden. Die Zeit der großen Generalstreiks ist vorerst vorbei. „Sicher hatten wir einen Rückschlag“, bestätigt auch Thabo Mbeki, Informationsdirektor des ANC.⁴

Wo stehen fast ein Jahr nach Beginn des Ausnahmezustandes drei der Eckpfeiler des Volkswiderstands, die Gewerkschaften, der bewaffnete Widerstand und die Auseinandersetzungen an den Schulen?

Mitte Februar d.J. ging der Streik bei O.K. Bazaars, einer Warenhauskette mit 23.500 Beschäftigten und über 200 Supermärkten, in die 9. Woche.

Rund 10.000 Angestellte streiken für Mindestlöhne von 450 Rand monatlich. Bisher zahlt das Unternehmen vielfach Monatslöhne von nur 232 Rand, kaum mehr als das amtlich geschätzte Existenzminimum.

Der Streik wird von der COSATU-Gewerkschaft CCAWUSA organisiert,

Streikleiter ist COSATU-Generalsekretär Jay Naidoo. Die Arbeitsniederlegungen sind legal und deshalb darf in der Presse über den Streik berichtet werden. Aber Streikposten und Sit-Ins in den Supermärkten sind verboten. Vor allem Aufrufe zu einem Käuferboykott, durch den die Streikfront unterstützt werden könnte, sind untersagt. 1.000 Streikende sind vorübergehend festgenommen, 511 Arbeiter entlassen worden.

Das repressive Klima des Ausnahmezustands hat die O.K.-Unternehmensleitung in einer kompromißlosen Verhandlungsposition bestärkt. Doch die Streikfront hielt stand, und Ende Februar sah es so aus, als ob die Streikenden ihre Lohnforderungen und die Wiedereinstellung der Entlassenen durchsetzen könnten.

Streikfähigkeit erhalten

Die Gewerkschaften haben sich ihre Streikfähigkeit erhalten – auch im Ausnahmezustand. Mit 600 Arbeitsniederlegungen gab es 1986 sogar eine Rekordzahl von Streiks (1979:100).⁵ In den meisten Fällen konnten allerdings die Streikziele (Lohnerhöhungen, Wiedereinstellung von Entlassenen, Freilassung inhaftierter Gewerkschafter) nicht erreicht werden.⁶ Umso wichtiger ist ein Erfolg im O.K.-Streik – als Auftakt für die diesjährige COSATU-Kampagne für „living wages“, d.h. für Löhne, von denen man leben kann.

Die Gründung von COSATU hat die Gewerkschaftsbewegung politisiert, COSATU, inzwischen auf 700.000 Mitglieder angewachsen, versteht Gewerkschaftspolitik als Teil des Befreiungskampfes. 25 politisch motivierte Stayaways gab es 1986, deren Höhepunkte die Generalstreiks am 1. Mai und am 16. Juni waren. 3,5 Mio Arbeitstage gingen der Industrie dadurch verloren.⁷

Gewerkschaften radikalisiert,...

Doch als es auf die Gewerkschaften ankam, stellte sich heraus, daß ihre politische Mobilisierung noch unzureichend ist, wie die Führung von COSATU jetzt selbstkritisch in einer „Botschaft an alle Mitglieder“ feststellte.⁸ Der Stayaway am 14. Juli 1986 war ursprünglich geplant worden in der Hoffnung, den Ausnahmezustand zu durchbrechen. Das aber schlug fehl; und ebenso der für den 1. Dezember 1986 vorbereitete Generalstreik aus Protest gegen die Ermordung von Sarmcol-Arbeitern in KwaMathu.

Als Ursache für die politische Schwäche der Gewerkschaften macht COSATU konzertierte Angriffe von Staat und Unternehmern sowie interne Auseinandersetzungen verantwortlich.

Tausende Gewerkschafter sind nach dem 12. Juni 1986 eingesperrt worden.

Von 614 inhaftierten Gewerkschaftsfunktionären sind Ende 1986 noch 256 im Gefängnis gewesen, berichtete die

Labour Monitoring Group.⁹ Gewerkschafter sind in den letzten Monaten zu Dutzenden Opfer von Mordanschlägen geworden.

Mit inszenierten „Stammeskämpfen“ in den Minen sollen die Bergarbeiter eingeschüchert, soll die Basis der inzwischen 360.000 Mitglieder starken Bergarbeitergewerkschaft NUM verunsichert werden.¹⁰ Dennoch bot der NUM-Kongreß Anfang März d.J. ein äußerst kämpferisches Bild. Er distanzierte sich deutlich von der Black-Consciousness-Bewegung (BCM) und signalisierte eine erhöhte Bereitschaft zum politischen Handeln.¹¹ Die internen Konflikte der Gewerkschaftsbewegung dauerten unter dem Ausnahmezustand an. Nach wie vor gibt es die Spaltung in politische Blöcke.

Neben COSATU hat sich ein großer, an der BCM orientierter Dachverband etabliert, der im Oktober 1986 durch den Zusammenschluß des Rates der Gewerkschaften Südafrikas (CUSA) und der Azanischen Gewerkschaftskonföderation (AZACTU) entstand. Er hat nach eigenen Angaben 500.000 Mitglieder; eine Studie des Sozialwissenschaftlers A.



Levy schätzt sie hingegen auf höchstens die Hälfte.¹²

In der gewerkschaftlichen Interessenvertretung präsentiert sich CUSA/AZACTU weniger kämpferisch als COSATU und ist für nur wenige Streiks verantwortlich.¹³ Im Dezember 1986 rief CUSA/AZACTU-Präsident James Mndaweni bei dem Parteikongreß der Azanischen Volksorganisation (AZAPO) zu gemeinsamen Aktionen mit COSATU auf.

Doch die konkrete Kooperation scheint schwierig. Die Animositäten gegen COSATU und UDF – dies wurde auf dem Kongreß auch deutlich – sind offensichtlich größer, als es in solchen versöhnlichen Erklärungen zum Ausdruck kommt.¹⁴

Die organisatorische Konsolidierung von COSATU hat sich durch Konkurrenz und Reibereien unter den 33 Mitgliedsgewerkschaften verzögert. Der ursprüngliche Plan, in sechs Monaten die verschie-

Minenarbeiter betrauern 177 Tote nach dem Brand in der Kinross-Mine im September 1986



denen Gewerkschaften in jeder Branche zu einer einzigen Industriegewerkschaft zusammenzuführen, konnte nicht eingehalten werden.

Anfang Februar 1987 konstituierte sich mit der Bauarbeitergewerkschaft CAWU die dritte neue Industriegewerkschaft.¹⁵ Auch der Aufbau regionaler Organisationsstrukturen kommt zwar stetig, aber nur langsam voran.

In seiner jüngsten Erklärung hat das COSATU-Exekutivkomitee diese Probleme selbstkritisch dargelegt, aber hinzugefügt, daß von einer Zerstrittenheit oder gar Spaltung des Dachverbandes keine Rede sein könne.¹⁶

Umkhonto an neuen Fronten

„Wir haben 1986 Großes erreicht. Wir waren in der Lage im ganzen Land Militäroperationen durchzuführen. Es gibt keine einzige größere Stadt, in der M.K. nicht Anschläge ausgeführt hätte.“ So resümierte Chris Hani, politischer Kommissar in der Dreierführung von M.K. — Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation), das 25. Jahr in der Geschichte des bewaffneten Flügels des ANC.

228 Guerilla-Attacken in den ersten 11 Monaten 1986 (zum Vergleich 1985: 136, 1984: 44) verzeichnete das Institut für strategische Studien an der Universität von Pretoria.¹⁷ Die direkte Verbindung des militärischen mit dem politischen Kampf ist enger geworden.

Streiks, Boykottaktionen gegen Fahrpreiserhöhungen oder ungerechter Mieten und Proteste gegen besonders grausame Polizeieinsätze werden inzwischen häufig von Angriffen gegen Firmen- und Verwaltungsgebäude, infrastrukturelle Einrichtungen oder kleine Polizeieinheiten begleitet.

In den Grenzgebieten sind Armee und weiße Farmer, die einen Teil der militärischen Grenzsicherung übernehmen, in einen richtigen Kleinkrieg verwickelt worden. Die Prozesse gegen die weiße Journalistin Marion Sparg — die im Polizeihauptquartier von Johannesburg eine Bombe zur Explosion gebracht hatte — und gegen zwei schwarze Polizisten — wegen ANC-Mitgliedschaft — haben gezeigt, daß der Umkhonto eine weite neue Front aufbaut: in den Reihen des Gegners.

Doch noch hat der militärische Kampf nicht die Intensität, um das weiße Establishment zu destabilisieren. Die militärische Konfrontation erfaßt die ländlichen Gebiete und vor allem die weißen Geschäfts- und Wohnviertel in den Städten äußerst selten.

Die Verunsicherung der Weißen hält sich in Grenzen, zwingt die Regierung (noch) nicht zu neuem politischen Handeln. In seiner Rede vom 8.1.1987 gab ANC-

Präsident Oliver Tambo unumwunden zu, gerade beim Ausbau und der Stärkung der Volksarmee habe die Befreiungsbewegung noch nicht die Fortschritte gemacht, die möglich und notwendig seien.¹⁸

Über die tatsächliche Schlagkraft, personelle Stärke und Logistik des Umkhonto we Sizwe gibt es natürlich nur Vermutungen: Große Schwierigkeiten bereiten lange Nachschubwege. Im Land selbst existieren offensichtlich zu wenige Stützpunkte, von denen aus Militäroperationen geplant und gelenkt werden können.

Über etwa 10.000 ausgebildete Kämpfer, von denen viele in den letzten drei Jahren neu hinzugekommen sind, soll der „Speer“ jetzt verfügen. Zum ersten Mal soll die Befreiungsarmee damit in der Lage sein, mehrere tausend Guerilleros nach Südafrika zu schicken, ohne die außerhalb liegenden Basen für Nachschub und für die Ausbildung neuer Einheiten zu gefährden.

Tatsächlich sollen bisher nur 500 Guerilleros in Südafrika operieren, hauptsächlich als militärische Ausbilder.¹⁹ Der südafrikanische Sozialwissenschaftler Tom Lodge nimmt an, daß zur Zeit monatlich 50 Kämpfer nach Südafrika zurückkehren.²⁰

Schulboykott aufgehoben

Wenn diese Angaben stimmen, dann ist allerdings damit zu rechnen, daß der ANC schon bald seinem Ziel näherkommen wird, die Townships nicht nur unregierbar zu machen, sondern dort eine bewaffnete Volksmacht zu schaffen.

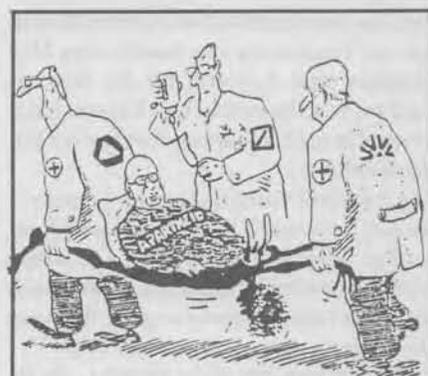
Die Situation an den etwa 7.000 schwarzen Schulen ist chaotisch und politisch verfahren.

Das schwarze Schulsystem ist weitgehend zusammengebrochen. Die Klassen sind überfüllt, die meisten Schüler der Sekundarstufe legen keine Prüfungen mehr ab.

72 Schulen hatte das Erziehungsministerium wegen des Aufstandes geschlossen. 53 Schulen wurden Anfang 1987 wiedereröffnet. Viele Schüler und Lehrer sind im Gefängnis.

Aus den Schulhöfen sind Kasernenhöfe geworden. Die meisten Schulen wurden von Soldaten besetzt, die manchmal sogar im Unterricht anwesend sind. Die Schüler müssen sich registrieren lassen und haben besondere Ausweise erhalten, um „Agitatoren“ von den Schulen fernzuhalten.

Die schwarzen Schulen sind Zentren des Widerstands: Rund 300.000 Schüler boykottieren schon seit zweieinhalb Jahren den Unterricht. Auch nach der Ausrafung des Ausnahmezustands setzten



Bankenaktionstag 21. Mai 1987

Die Geschäfte bundesdeutscher Banken mit dem Apartheidstaat werden dieses Jahr gleich mehrfach in das Licht der Öffentlichkeit gerückt: Auf der Jahreshauptversammlung der Deutschen Bank am 14. Mai, auf dem Bankenaktionstag am 21. Mai, auf dem 11. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen mit dem Schwerpunkt Verschuldung vom 28.-31. Mai in Fulda und durch die Diskussion um die Konten des Deutschen Evangelischen Kirchentages bei der im Südafrikageschäft stark engagierten Deutschen Bank.

Am 21. Mai findet anläßlich der Jahreshauptversammlung der Dresdner Bank wie in den vergangenen Jahren ein bundesweiter Bankenaktionstag statt. Mit ihm soll der Forderung nach einer vollständigen Beendigung der Bankengeschäfte mit Südafrika und Namibia Nachdruck verliehen werden. „Kritische Aktionäre“ werden die Südafrika- und Namibia-Geschäfte der Dresdner Bank auf der Aktionärsversammlung kritisch beleuchten. (Sollten AIB-Leser Aktien der Dresdner Bank besitzen, so sollten sie sich mit dem AK „Kein Geld für Apartheid“ zwecks Stimmrechtsübertragung in Verbindung setzen.) Gleichzeitig sollen in vielen Städten phantasievolle Aktionen stattfinden.

Schwerpunkt des diesjährigen Bankenaktionstages werden die Umschuldungsverhandlungen mit Südafrika sein. Als Mitglieder eines weltweit nur 12 Banken umfassenden „technischen Komitees“ sind die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Commerzbank an den Umschuldungsverhandlungen mit dem Apartheidstaat maßgeblich beteiligt. Dieses Frühjahr wird erneut über die Umschuldung von Südafrikas Auslandskrediten verhandelt. Im letzten Jahr gönnten die Banken dem Apartheidstaat eine großzügige Atempause. Erhöhter, anhaltender Druck, auch über Kontenkündigungen bei den im Südafrika- und Namibiasgeschäft engagierten Bank tut Not.

Für die Bankenkampagne sind zahlreiche neue Informationsmaterialien erstellt worden. Die von der Anti-Apartheid-Bewegung herausgegebene Broschüre „Banken und Apartheid — Unser Geld in Südafrika“ liegt nun in völlig überarbeiteter und stark aktualisierter Form vor. Auch ein „alternativer Geschäftsbericht“ der Dresdner Bank ist erarbeitet. Diese und weitere Informationsmaterialien, Flugblätter, Plakate usw. können beim AK „Kein Geld für Apartheid“ bestellt werden.

Kontaktadresse: AK „Kein Geld für Apartheid“, Siegesstr. 9, 8000 München 40; Tel.: 089 - 396208

sich die Schulstreiks fort. Gestreikt wird für die Freilassung von inhaftierten Mitschülern und Lehrern, für die Kostenfreiheit von Unterricht und Lehrmaterial sowie für die Einführung alternativer Bildungsinhalte.

Die Apartheid funktioniert nicht mehr – an den schwarzen Schulen ist es unübersehbar. Aber so widerstandsfördernd das hier entstandene Chaos ist, so hat doch auch die Oppositionsbewegung Schaden davon getragen.

„Der Boykott hat nicht erreicht, die interne Struktur der Schulen zu ändern, z.B. durch die Einführung von Eltern-Lehrer-Vereinigungen oder Schüler-räten. Das Verbot des Kongresses südafrikanischer Schüler (COSAS, UDF-Mitgliedsorganisation) vom August 1985 ist nicht aufgehoben, die inhaftierten Schüler sind nicht freigelassen worden. Kurz, keine unserer Forderungen ist erfüllt worden“, hieß das kritische Fazit von Reverend Molefe Tsele, Generalsekretär des NECC, im November 1986. Nachdem ihre politischen Führer durch die Repression ausgeschaltet worden seien, so Tsele weiter, beteiligten sich viele Schüler unreflektiert an Aktionen, die nicht genügend mit der gesamten Opposition koordiniert seien.

Notwendig sei eine neue politische Führung und ein neues System der Leitung, das nicht durch Verhaftungen zerstört werden könne.²¹ „Die Rückkehr an die Schulen ist ein revolutionärer Akt“, propagierte denn auch seit Ende 1986 das NECC und die UDF. Die meisten schwarzen Eltern fürchten, daß eine Generation von Jugendlichen heranwächst, die noch nicht einmal ein Minimum an Ausbildung erhalten hat. Direkt an den Schulen soll um alternative Lehrinhalte gekämpft werden, lautet jetzt die Strategie des NECC. Und rechtzeitig zum Beginn des neuen Schuljahres legte das NECC ein eigenes Schulbuch für den Geschichts- und Sozialkundeunterricht vor.

Die Mehrheit der 1,8 Mio schwarzen Schüler ist am 7.1.1987 in die Schulen zurückgekehrt. In Soweto und anderen Townships des „V-al-Dreiecks“, dem Industriegürtel am Witwatersrand, blieben allerdings viele Schulklassen leer. Den Verbleib an den Schulen macht die Opposition davon abhängig, wie die Regierung auf ihre Forderungen eingeht.

Bothas „Reform“ politik ist passé

Doch diese macht weiter wie bisher. Die Führungsspitze des NECC, der Vorsitzende Vusi Khanyile, Generalsekretär Tsele und der Journalist Zwelakhe Sisulu sind im vergangenen Dezember inhaftiert worden.

Interview mit Mzwai Piliso Die Townships verteidigen sich

Die eigenen Standortbestimmungen der südafrikanischen Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongreß (ANC) sind seit Bothas Verhängung des Ausnahmezustands im Juni 1986 schwieriger und rarer geworden. Jürgen Ostrowsky sprach für das AIB mit einem Führungsmitglied des ANC, mit Mzwai Piliso.

AIB: Der ANC beging soeben den 75. Jahrestag seiner Gründung vom 8. Januar 1912. Wie weit ist er der Verwirklichung seiner Ziele, wie sie in der „Freiheitscharta“ (Grundsatzprogramm von 1955, Wortlaut in AIB-Sonderheft 1/1986, S. XVI; d. Red.) formuliert sind, nähergekommen?

M. PILISO: Der ANC wurde auf der Basis einer politischen Plattform gegründet, die eine Antwort bot auf die unglückliche Niederlage, die uns unsere Gegner zugefügt hatten – die gegenüber unseren Speeren, den „Assegais“, die größere Feuerkraft hatten. Die Gründung bedeutete, daß wir den Kampf auf eine neue Art fortsetzten, als politischen Kampf. Sie sollte damals das afrikanische Volk zusammenschmieden, es in den Kampf einbeziehen. Demgegenüber sind wir heute wesentlich weiter insofern, als es heute darum geht, das gesamte Volk zu mobilisieren – die Weißen, die Schwarzen, die Farbigen, die Indier.

Nachdem wir lange Zeit versucht haben, zuerst mit den Briten zu reden – die uns verkauft haben –, und dann mit südafrikanischen Regierungen, und dabei gescheitert sind, sie politisch zu überzeugen, trafen wir 1960 eine Entscheidung: uns zu bewaffnen. Keiner von uns wußte, wie man eine Waffe benutzt – wir waren schließlich gänzlich entwaffnet gewesen. Aber wir trafen diese Entscheidung damals, weil uns der politische Kampf allein nichts eingebracht hatte.

Chancenlos ohne eigene Waffen!

Es war nicht einfach. Nur ein paar weiße Genossen wußten, wie man mit einer Schußwaffe umgeht, unser Land hat bekanntlich keine Dschungel, so daß wir praktisch keine Plätze hatten zu üben, ohne daß einen jemand hörte. Deshalb beschlossen wir, daß wir das im Ausland machen mußten; wir fanden Möglichkeiten in Marokko, Ägypten, Kuba, der Sowjetunion.

Auch das bildete ein Problem – wir waren draußen, wie wieder hineinkommen? Es war ein Problem von dem Ausmaß wie das durch den Vertrag von Nkomati (zwischen Südafrika und Mosambik im Jahre 1984, der dazu führte, daß der ANC in Mosambik nicht mehr arbeiten konnte) oder andere derartige Verträge noch vor Nkomati 1984 – mit Swaziland etwa.

Seit damals haben wir einen weiten Weg zurückgelegt. Nicht nur Südafrika selber gibt heute zu, daß wir weit vorangekommen sind. Im letzten Jahr gab es beispielsweise die bisher höchste Zahl von Guerillaoperationen im Lande.

Aber auch Südafrikas Freunde – Großbritannien und die Vereinigten Staaten – haben sich nun entgegen ihrer ursprünglichen Haltung, sie würden nie mit „Terroristen“ sprechen, anders besonnen und sagen: Laßt uns miteinander reden. Und das ist nicht neben-

sächlich.

Ich glaube, es ist das Ergebnis des großen Drucks, den vor allem die Jugend in unserem Land ausübt. Bei ihnen setzt sich allmählich die Vorstellung durch, daß eines Tages der ANC das Land übernehmen könnte. Und das entspricht der Realität.

Und wir, der Afrikanische Nationalkongreß, sehen zum ersten Mal in unserer Geschichte einen Lichtschimmer am Horizont. Die Befreiung ist heute im Bereich des Realen.

Straßenkomitees, das ist Volksmacht

AIB: In Südafrika, in den Siedlungen (Townships) der Schwarzen wird heute über den Begriff Volksmacht gesprochen. Was bedeutet das?

M. PILISO: Die Frage der Volksmacht ist in der Ansprache unseres Präsidenten Oliver Tambo für 1986 mit der Aufforderung angesprochen worden, die Apartheid funktionsunfähig und das Land unregierbar zu machen.

Diese Losung ist aufgegriffen worden. Heute zahlen eine ganze Anzahl von Townships zum Beispiel keine Mieten mehr an die Re-



„People's Marshalls“ (Volkspolizisten) vertreten die in Township hier im Ghetto Alexandra (Johannesburg)

gierung. Die wichtigste Entwicklung aber ist die Bildung von Straßen-, Orts- und Stadtkomitees.

Die Straßenkomitees kümmern sich nicht nur um das tägliche Wohl der Menschen, sondern sind – obwohl unbewaffnet – bereit, sich selber zu verteidigen, ihre Siedlung zu verteidigen. Das geschieht heute. Straßen- oder Gebietskomitees in den Siedlungen sind heute nicht mehr allein eine politische Notwendigkeit, sondern auch eine militärische. Am unglücklichsten dabei ist der Umstand, daß wir nicht in der Lage sind, ihnen die Waffen zu geben, die sie zur Selbstverteidigung benötigen. Und sie verlangen von uns: Gebt uns Waffen! Laßt uns kämpfen!

So befinden wir uns gegenwärtig in einer Situation, in der das Apartheidregime nicht in der Lage ist, den Menschen sein Diktat aufzuzwingen. Vielmehr nimmt die Kraft der Menschen zu, ihr Schicksal selber zu bestimmen.

Brennende Autoreifen verurteilen?

Die Entwicklung der Volksmacht ist, wie wir meinen, der Anfang vom Ende für die Apartheid. Das wird nicht gleich morgen so weit sein oder übermorgen, aber wir glauben, daß das Ende in Sicht ist.

AIB: Welche Rolle spielen die „Comrades“ („Genossen“) genannten Jugendlichen in den Townships in dieser Entwicklung?

M. PILISO: Der Afrikanische Nationalkongreß unterstützt diese „Genossen“. Sie versuchen, die Menschen zu mobilisieren, sie zu einen für den gemeinsamen Kampf.

Ihre Methoden mögen nicht immer klug gewählt sein, aber es ist das beste, was sie tun können. Z.B. die Ermordung von Kollaborateuren durch brennende Autoreifen, das „necklacing“. Man sagt, wie barbarisch das

sei. Vielleicht ist das so, sind wir auch dieser Meinung. Aber was sonst können sie tun?

Der Feind ist der Feind – ob er weiß oder schwarz ist. Und wenn man es ernst meint damit, den Feind anzugreifen, dann muß man Wege und Mittel finden. In einer Situation wie in Südafrika nun, wo man nicht an Waffen kommt, greift man zu dem, was zur Verfügung steht.

Es sind außerdem junge Leute, die nie im Ausland waren, die meistens noch nicht einmal in ständigem engen Kontakt zum ANC stehen. Aber es sind Patrioten, die erklären: Wir wollen frei sein! Und dafür benutzen wir alle Mittel.

Repression – Schläge im Todeskampf

Das ist notwendig. Und als ANC sagen wir: Laßt sie fortfahren! Wir treffen uns auf dem Kampffeld, wir werden unsere gegenseitigen Fehler korrigieren. Was jedoch zählt, ist, daß wir alle uns für unsere Befreiung einsetzen – welche Methoden wir auch benutzen.

Wessen wir gewiß sind, ist, daß diese Befreiung eine für alle ist – nicht bloß für die Schwarzen. Die Weißen in Südafrika glauben, sie seien frei. Aber sie sind es nicht.

Wir sagen, daß wir alle befreien wollen. Wir, die Schwarzen, sind am stärksten unterdrückt, aber die gesamte Nation ist ebenfalls unterdrückt.

AIB: Vor kurzem erst, im Dezember letzten Jahres, hat die südafrikanische Regierung die Unterdrückungspolitik nochmals verstärkt – etwa durch die Pressekegelung und die erneute Verhaftung hunderter führender Mitglieder der legalen Widerstandsgruppierungen. Ist dies für die revolutionäre Befreiungsbewegung ein Rückschlag gewesen?

M. PILISO: Das sind die Schläge des Feindes im Todeskampf. Er ist erfolglos, er muß die Fortschritte des Kampfes ansehen und alles, was er derzeit unternehmen kann, läuft auf die Frage hinaus: Können wir es noch ein wenig hinausschieben?

Das ist nicht Botha allein. Es sind Botha und seine Freunde: Botha und Reagan, Botha und Thatcher, Botha und Kohl. Sie alle haben handfeste Interessen in Südafrika. Und sie alle sagen: Die Schwarzen müssen zwar frei sein, aber können wir eine Alternative zum ANC finden?

Das ist es, was sie aufbauen wollen. Und so versuchen sie, die Gewerkschaftsbewegung zu spalten, die politische Bewegung, ihre Organisationen zu zersplittern und auf allerlei Weise den ANC zu infiltrieren, ihn gegen die Freiheitscharta zu beeinflussen.

Alle sagen sie: Wir haben nichts gegen die Freiheitscharta. Nur zwei Abschnitte, Klauseln darin – wenn wir die fallenlassen, werden die USA uns voll akzeptieren.

Die eine: Die Frage der monopolistischen Unternehmen, die wir, wie es in der Charta heißt, vergesellschaften wollen. Und daran halten wir fest, denn wenn wir die Verhältnisse in unserem Land korrigieren wollen, dann ist das kostspielig. Und dieses Geld kann nur von den monopolistischen Unternehmen kommen.

Die andere: Die Landfrage. Wofür kämpfen wir? Wofür kämpft das Volk? Wofür die Opfer? Sie nehmen Opfer auf sich des Landes wegen, das nur einer kleinen Zahl von Menschen gehört. Wir sagen, es gehört allen.

Und so sagt man uns: Laßt diese beiden Programmpunkte fallen. Aber das ist ganz ausgeschlossen – hier geht es um die Lebensbedingungen des Volkes.

Am 29.12.1986 veröffentlichte das Erziehungsministerium einen Erlaß, der die Verwendung alternativer Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien verbietet. Das politische Verhalten von Schülern und Lehrern soll scharf kontrolliert werden. T-Shirts mit politischen Parolen oder Emblemen dürfen nicht getragen, Flugblätter nicht mehr verteilt werden. Die Hoffnung auf ein alternatives Bildungskonzept muß wohl erst einmal aufgegeben werden. Ähnlich wie im letzten Jahr könnte dann der Aufruf zur Rückkehr an die Schulen durch die Realitäten bald in einen neuen Boykott-Appell verwandelt werden.

Der Ausnahmezustand hat im südafrikanischen Machtkampf vorübergehend ein Patt hergestellt. Keine Seite hat verloren, aber niemand kann gewinnen. Das, was in Pretoria an Politik entwickelt wird, hat sich auf die gewaltsame Verteidigung der Macht reduziert.

Der Handlungsspielraum für „Reformpolitik“²² ist nicht mehr vorhanden. Der Versuch, die Apartheid zu modernisieren, ist gescheitert. Doch das Botha-Regime zeigt Beharrungsvermögen.

Dem Widerstand ist es nach dem 12. Juni 1986 nicht gelungen, mit Generalstreiks und einer militärischen Erhebung die Auseinandersetzung in Südafrika weiter zu eskalieren. Die notwendigen Voraussetzungen müssen jetzt geschaffen werden. Stark genug ist die Opposition dafür. Aber das braucht Zeit.

Anmerkungen:

- 1) Weekly Mail, 13.2.1987
- 2) DPSC-Jahresbericht 1986, nach: Weekly Mail, 13.2.1987
- 3) Ebda.
- 4) Die Zeit, 30.1.1987
- 5) Angaben nach: Star, 23.1.1987
- 6) Laut einer Studie des Sozialwissenschaftlers Andrew Levy in: ebda., 19.1.1987
- 7) Ebda.
- 8) Weekly Mail, 20.2.1987
- 9) Star, 30.12.1986
- 10) Die NUM machte für die blutigen Auseinandersetzungen betriebsfremde Provokateure und „die Institutionen der Unterdrückung und Ausbeutung“ verantwortlich. Weekly Mail, 23.1.1987
- 11) Vgl. taz, 4.3.1987
- 12) Star, 19.1.1987
- 13) Weekly Mail, 9.10.1986 und S. Thomsen, Organisieren trotz Notstand, in: idsa, Nr. 7/1986
- 14) Weekly Mail, 19.12.1986
- 15) Ebda., 6.2.1987. Die beiden anderen Industriegewerkschaften sind die Hafen- und Transportarbeitergewerkschaft TGWU und die Gewerkschaft im Nahrungsmittelsektor FAWU.
- 16) Ebda., 20.2.1987
- 17) Laut: ebda., 22.1.1987
- 18) Wortlaut in: AIB 3/1987, S. 4ff.
- 19) Londoner Internationales Institut für Strategische Studien nach Angaben ehemaliger Kämpfer von Befreiungsarmeen in Südafrikas Nachbarländern. Star, 17.12.1986
- 20) Zit. nach: South, London, Januar 1987
- 21) Zit. nach: Weekly Mail, 4.12.1986
- 22) Siehe dazu: AIB-Sonderheft 1/1986, S. V-VIII



mpften „Gegenregierungen“ wie



Florence Hervé Londoner Konferenz gegen Apartheid Frauen unter dem Ausnahmestand

Am 31. Januar und 1. Februar 1987 fand in London, auf Einladung der Internationalen Demokratischen Frauenföderation (IDFF) und der britischen Nationalen Frauensammlung (NAW), eine Konferenz statt. Ihr Thema: „Solidarität mit den Frauen und Völkern Südafrikas, der Front- und Nachbarstaaten, als ein wichtiger Faktor im Kampf um die Abschaffung der Apartheid.“

Rund 130 Frauen aus über 20 Ländern, Vertreterinnen der UNO, ihrer Bildungs- und Kulturunterorganisation UNESCO, der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) und anderer Organisationen, unter ihnen Sally Mugabe von der ZANU-Frauenorganisation Simbawes und Adelaide Tambo, kamen nach London, um das Apartheidsystem, die illegale Beset-

zung Namibias, die Destabilisierungspolitik gegenüber den Frontstaaten anzuklagen.

Die Südafrikanerin Makosazana Njobe von der Frauensektion des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC, Lusaka) berichtete über die Situation nach dem ersten Ausnahmestand im Juli 1985 (danach wurden jeden Tag acht Tote gezählt) und nach dem zweiten Ausnahmestand, der seit Juni 1986 andauert (seitdem sind über 20.000 Menschen verhaftet worden, 40% davon nicht älter als 17 Jahre, einige sind gerade acht Jahre alt geworden).

Täglich wird entführt, vergewaltigt, gefoltert und ermordet im Apartheidstaat. Makosazana berichtete von schwangeren Frauen, denen der Bauch mit glühenden Eisen verbrannt wurde. In den letzten Monaten wurden 4.000 Kinder in sog. Umorientierungslager gesteckt.

Dort werden Tränengas, Erstickungsversuche und Elektroschocks angewandt. Kinder müssen mit dem Kopf im Wasser schlafen. So sollen sie zu treuen Informanten der Polizei und der Armee umerzogen werden.

„Was ist das für ein System“, fragte der anwesende Erzbischof Trover Huddleston, Vorsitzender der Anti-Apartheid-Bewegung in Großbritannien, „das sogar Angst vor Kindern hat?“ Der Ausnahmestand solle ausgenutzt werden, um unpopuläre Vorhaben durchzuführen. So wurden bereits 100.000 Menschen „umgesiedelt“ oder ihrer Staatsangehörigkeit beraubt.

In Namibia, so Pendukeni Iivula Kaulinge vom Frauenkomitee der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), schreitet die Militarisierung des Landes voran.

Seit 1972 herrscht Ausnahmestand, seit 1982 besteht das Kriegsrecht. Die Kolonialarmee besteht aus 123.000 südafrikanischen Soldaten (auf 20 Namibier kommt ein Soldat!). Die Lebensbedingungen sind grausam (die Lebenserwartung eines Schwarzen beträgt 40 Jahre, die Säuglingssterblichkeit 21,6 pro Tausend bei Weißen, 165 bei Schwarzen!), Verhaftungen und Folterungen, Zwangssterilisation und Vergewaltigungen sind Alltag.

Informationen gibt es aufgrund einer totalen Pressezensur kaum; weder Namibier noch Journalisten aus anderen Teilen des Landes dürfen in den Norden gehen.

Es gab Bestürzung im Saal, als Ida Jimmy erzählte, wie sie als Schwangere verhaftet wurde,

ihren Sohn verlor und sie nicht zur Beerdigung gehen durfte, als sie von den sieben Jahren im Gefängnis und von den Folterungen berichtete: Sie hatte bei Hausbesuchen Mütter gegen die Rekrutierungskampagne aufgerufen. In den Frontstaaten, so Mary Fulano vom Frauenkomitee der Vereinigten Nationalen Unabhängigen Partei (UNIP) in Sambia, sind die Menschen, aufgrund der ständigen Angriffe Südafrikas, Flüchtlinge im eigenen Lande. Allein 80.000 Menschen aus Namibia wohnen in Flüchtlingslagern. Die Ernährung ist schlecht, hinzu kommen Krankheit und die Zerstörung der Familien. Hilfe gibt es auch kaum (obwohl fast die Hälfte der Flüchtlinge aller Welt in Afrika ist).

Kampagnen gegen Umsiedlungen

„Es ist keine Konferenz der Worte“, so Erzbischof Huddleston, sondern eine Aktionskonferenz. Frauen aus den USA berichteten von Hausversammlungen, in denen sie über die Unterstützung von Flüchtlingslagern beraten. In Irland haben sich Verkäuferinnen erfolgreich mit einem Streik gegen den Verkauf von südafrikanischen Waren durchgesetzt. Heute organisieren sie jede Woche Mahnwachen. Ein Boykott südafrikanischer Kohle soll folgen. Vertreterinnen sozialistischer Länder berichteten, daß in ihren Ländern Studien- und Urlaubsmöglichkeiten den Schwarzen zur Verfügung gestellt werden, und daß es einen Solidaritätsfonds gibt.

In den Abschlußdokumenten wurde die Apartheid verurteilt. Und es wurde aufgerufen zu einer Kampagne für Boykottmaßnahmen in aller Welt, für die Entlassung der politischen Gefangenen wie Thandi Modise (26 Jahre alt, wiederholt Folterungen ausgesetzt), Marion Sparg (weiße ANC-Journalistin, zu 25 Jahren verurteilt) und Theresa Ramashamola (24 Jahre, zum Tod durch den Strang verurteilt).

Zu den konkreten Vorschlägen der Konferenz gehören u.a.: eine verstärkte Berichterstattung im UNO-Jahr der Obdachlosen (1987) über die Lage in Südafrika, wo 8,5 Mio Menschen umgesiedelt worden sind; die Einführung eines Solidaritätstags in aller Welt am Tag der südafrikanischen Frauen, dem 9. August; die Bekanntmachung der vorausschauenden Strategien der Weltfrauenkonferenz von Nairobi (siehe AIB 10/1985; d. Red.), in denen u.a. die Unterstützung der unterdrückten Frauen und Kinder unter dem Apartheidregime sowie der Befreiungsbewegungen gefordert werden. Dies ist auch eines der Themen, das auf dem Moskauer Weltfrauenkongreß im Juni 1987 diskutiert werden soll.

Ein Bus für Südafrikas Frauen

Eine Geldsammlung, mit der ein Bus für die Frauen Südafrikas finanziert werden soll, hat die Demokratische Fraueninitiative (DFI) gestartet. Sie soll direkt den ins Exilland Sambia vertriebenen Frauen des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) zugutekommen.

„Laßt uns keinen leeren Bus schicken, sondern einen, der beladen ist mit Medizin, Toilettenartikeln u.a.m., alles Dinge, die zu besitzen für uns selbstverständlich sind; den schwarzen Frauen fehlt das Notwendigste.“ So heißt es im Informationsblatt der DFI.

DFI-Sonderkonto Südafrika, Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto.-Nr. 138941-509

Namibia



Interview mit Sam Nujoma Pretoria plant fiktive Unabhängigkeit

Vor dem Vorhaben des Botha-Regimes, in Kürze eine „einseitige Unabhängigkeitserklärung“ für das okkupierte Namibia zu verkünden, warnt Sam Nujoma. Für Nujoma, den Präsidenten der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), wäre dies der Übergang zu einem Namibia unter weißer Herrschaft unter Mißachtung der internationalen Gemeinschaft. In seinem Interview, das er der *AfricAsia*-Korrespondentin Augusta Conchiglia gewährte, verweist der SWAPO-Präsident einmal mehr auch auf die zwielfichtige Rolle der Regierung Kohl im Südlichen Afrika.

FRAGE: Am 30. November vergangenen Jahres reagierte die Polizei sehr heftig auf die SWAPO-Demonstrationen in Katutura, nahe der Hauptstadt. War das der Anfang einer Eskalierung der Unterdrückungsmaßnahmen gegen Ihre Bewegung?

S. NUJOMA: Das Apartheidregime ist dabei, eine einseitige Erklärung zur angeblichen Unabhängigkeit über Namibia zu verfassen.

Es kann nur in Unruhe versetzt werden, wenn die Popularität der SWAPO zunimmt, während die namibischen Marionettenparteien trotz der ihnen von Pretoria zur Verfügung gestellten Mittel ignoriert werden.

„Breachstange“ gegen Massenproteste

Die südafrikanische Polizei suchte nach einem Vorwand, um jede öffentliche Betätigung unserer Bewegung zu verbieten.¹

An jenem Tag versuchten die auf Unterdrückung spezialisierten Kräfte — die Koevoet („Breachstange“) — zunächst

Zwischenfälle zu provozieren, indem sie die Reihen der Demonstranten mit Elementen in Zivil infiltrierten, die mit stumpfen Gegenständen bewaffnet waren. Dann wurden „reguläre“ Koevoet-Einheiten gegen die Menge in Aktion gesetzt.

Die Ergebnisse sind bekannt: 20 Verwundete und zwei Tote, darunter ein zweijähriges Kind und einer der Führer unserer Organisation, Emmanuel Shifidi, der 1985 nach 20 Jahren Haft befreit wurde. 18 davon verbrachte er auf Robben Island.

Um dem südafrikanischen Plan einer künstlichen Unabhängigkeit doch noch eine Überlebenschance gegenüber der feindseligen Einstellung des Volkes zu geben, hatten die Unterdrückungskräfte Befehl, die prominentesten Angehörigen der SWAPO physisch auszuschalten und die Bevölkerung einzuschüchtern, sie davon abzuhalten, in solcher Stärke an unseren Versammlungen teilzunehmen.

FRAGE: Ist dies der Beginn einer neuen Volksbewegung, ähnlich derjenigen, die sich in Südafrika entwickelt?

S. NUJOMA: Die Bewegung des, wenn

man so sagen kann, „zivilen Widerstands“ gegen das Apartheidsystem und die südafrikanische Okkupation besteht bei uns schon.

Streiks in Fabriken und Bergwerken sind trotz sehr repressiver Gesetze immer häufiger geworden. Mehrere Notstandsgesetze sind in jüngster Zeit erlassen worden. Nachdem die zwangsverpflichteten Arbeiter 1971-72 zu streiken anfangen, verhängten die Südafrikaner das Kriegsrecht.

Gewerkschaftliche Organisierung ist verboten. Dennoch wird die Volksbewegung immer stärker. Natürlich hat der Kampf unserer südafrikanischen Brüder eine ermutigende Wirkung auf unsere Bewegung und für unsere Arbeiter gehabt. Die Südafrikaner tun alles, was sie können, um Namibia aus der internationalen Presse herauszuhalten. Kein ausländischer Korrespondent ist in Windhoek akkreditiert. Darum kann man keine klare Vorstellung davon haben, was sich in unserem Land ereignet.

Selbst südafrikanische Journalisten haben Schwierigkeiten aus der Hauptstadt hinauszukommen, wenn sie sich nach Namibia begeben. Das passierte kürzlich Journalisten, die aus Johannesburg kamen, um über den Prozeß gegen zwei Soldaten zu berichten, die von der Bevölkerung Geld erpreßt hatten.

FRAGE: Haben die Südafrikaner die Resolution 435² des UN-Sicherheitsrates (von 1978; d. Red.) öffentlich ad acta gelegt?

S. NUJOMA: Eigentlich ja, außer wenn sie sie benutzen, um Druck auf Angola auszuüben auf der Grundlage des berühmten, von den USA geförderten „Junktims“-Vorschlags, demzufolge die Durchführung von Resolution 435 in Abhängigkeit vom Rückzug kubanischer Truppen aus Angola erfolgen würde.

Resolution 435 unterlaufen

In Wirklichkeit haben sie sich weiterhin auf eine Unabhängigkeit à la Bantustans oder vielmehr auf eine einseitige Unabhängigkeitserklärung (UDI) eingestellt. Denn der namibische Flügel von Bothas Nationaler Partei würde den Löwenanteil an der Koalition bekommen, die mit den Marionettenparteien gebildet werden soll, um nach der für kommenden April geplanten Unabhängigkeit die Macht zu übernehmen.

FRAGE: Pretoria erwähnte unlängst die westliche „Kontaktgruppe“ (USA, Kanada, Großbritannien, BRD und Frankreich, das allerdings ausscherete; d. Red.). Was für eine Rolle soll diese beim „Unabhängigkeits“-Prozeß spielen?

S. NUJOMA: Die Kontaktgruppe existiert nicht mehr.

Pretoria wollte die Vorstellung vermit-

teln, sie billige die einseitige Unabhängigkeitserklärung. Mehr noch, Pretoria erklärte sogar, daß Wahlen in Namibia unter der Aufsicht dieser Gruppe und unter Ausschluß der UNO stattfinden würden. Mit Hilfe westdeutscher Juristen, die eigens von Bonn gesandt wurden, stellt das Rassistenregime eine Verfassung für das „unabhängige“ Namibia zusammen. Dieser Text kommt demjenigen sehr nahe, den wir in der Vergangenheit zurückgewiesen und den uns die verblichene Kontaktgruppe aufdrängen wollte.

Er entstellt sowohl Geist als auch Buchstaben der Resolution 435. Er würde die Privilegien, die die weiße Gemeinschaft genießt, besonders dadurch verewigen, daß er ihr im Marionettenparlament eine Vertretung garantiert, die ihrem zahlenmäßigen Anteil im Land in gar keiner Weise entspricht.

Die Resolution 435 fordert jedoch Wahlen auf der Grundlage des Prinzips „ein Mensch, eine Stimme“, bei denen alle Namibier das Recht zur Meinungsäußerung haben werden. Nur ein auf diese Weise gewähltes Parlament ist dazu berechtigt, eine Verfassung für das unabhängige Namibia zu erstellen. (...)

Bonner Hilfe für Besatzer

FRAGE: Im vergangenen August trafen Sie in Lusaka mit Vertretern der weißen Gemeinschaft Namibias zusammen. Wie waren die Ergebnisse?

S. NUJOMA: Sehr gut. Wir kamen mit Geschäftsleuten, Farmern, Fischern, Juristen und Intellektuellen aller Art zusammen.

Viele von ihnen verstanden die Gründe für unseren Kampf. Wir wollen sie nicht „berauben“ oder ins Meer treiben, wie es die in Pretoria ausgegebene Propaganda gern darstellt. Wir bitten sie schlicht das demokratische System zu akzeptieren, das wir in Namibia zu errichten beabsichtigen.

Während sich jedoch immer mehr Mitglieder dieser Gemeinschaft offen zugunsten einer wirklichen Unabhängigkeit einsetzen, wird das Ganze von der Bundesrepublik Deutschland unterminiert. In Namibia gibt es einige zehntausend Menschen deutscher Abstammung.

Bonn hat soeben Hilfsmittel im Wert von mehreren Mio DM mit dem Ziel bereitgestellt, Namibia durch die gegenwärtige Wirtschaftskrise und über die Hürde der sog. Unabhängigkeit zu helfen. In Wirklichkeit bestärkt dieses Geld die wirtschaftliche Stellung der weißen Minderheit ebenso wie es den Südafrikanern die finanzielle Last in ihrem Krieg erleichtert.

Die Südafrikaner hoffen auch, daß sie Namibia von der internationalen Bewegung für Sanktionen ausnehmen können,

wenn sie ihm schnell zu seiner fiktiven Unabhängigkeit verhelfen. Sie könnten Namibia dann als Durchgangsland für ihre Ex- und Importe benutzen.

FRAGE: Wie stehen Sie zu möglichen Sanktionen gegen Namibia?

S. NUJOMA: Wir wären dafür. Namibia ist von den Südafrikanern besetzt und annektiert worden.

Trotzdem haben die Westdeutschen mit Unterstützung Großbritanniens und jetzt auch Frankreichs gesagt, sie seien dagegen, Sanktionen gegen Pretoria auf Namibia auszudehnen.

Der Norden ist „Sperrgebiet“

FRAGE: Was geschieht auf der militärischen Ebene?

S. NUJOMA: Eine südafrikanische Fehlinformationskampagne hat eine gewisse Wirkung in Europa gehabt, indem sie glauben machte, die SWAPO sei in Verwirrung gestürzt worden und Pretorias Truppen hätten das gesamte Land unter Kontrolle.

Das mag vielleicht ausreichen, um die Europäer zu überzeugen, reicht aber sicher nicht für die Namibier und noch weniger für die südafrikanische Armee selbst. Wenn der Krieg wirklich vorüber wäre, warum sollte Südafrika dann weiterhin eine Besatzungstreitmacht in der Stärke von 100.000 Mann aufrecht erhalten? Und weitere Tausende in den Unterdrückungskräften?

Westliche Journalisten sind von der südafrikanischen Armee ins nördliche Namibia gebracht worden. Sie berichteten, daß Pretoria die Guerillakräfte nicht mehr fürchte.

Dennoch reisten sie überall mit Flugzeugen und Hubschraubern hin. Tatsächlich erfolgen sehr häufig Angriffe auf Militärkonvois Südafrikas und ihre Stützpunkte.

Der Norden und die nördlichen Zentralregionen Namibias sind in Wahrheit zu „Sperrgebieten“ erklärt worden. Wie ich bereits sagte, dürfen Presseleute nicht weit aus der Hauptstadt hinaus.

Die Wahrheit ist, daß der Unterdrückungskrieg sich für Pretoria als sehr kostspielig erweist. Es dient keinem nützlichen Zweck, wenn das Apartheidregime behauptet, es könne die SWAPO dadurch ausschalten, daß es unsere angebliche Nachhut in Angola angreift. Wir kämpfen in Namibia und nicht in Angola.

Südafrika fördert die Unsicherheit in Angola aus eigenen Überlegungen und strategischen Interessen. Es sei denn, man glaubt, daß es die Banditen der UNITA (Union für die vollständige Unabhängigkeit Angolas; d. Red.) ausbildet und ihre Aktionen in Angola direkt unterstützt, bloß um zu verhindern, daß Namibia sei-

ne echte Unabhängigkeit bekommt.

FRAGE: Während seiner Europatour gab (der UNITA-Führer Jonas) Savimbi an, daß die UNITA weder gegen die Unabhängigkeit Ihres Landes noch gegen die SWAPO sei.

S. NUJOMA: Savimbi ist ein Bandit und ein Lügner. Die UNITA ist nichts weiter als ein Werkzeug in der Hand der Südafrikaner.

Sie ist unser Feind ebenso wie der aller Völker Afrikas. Savimbi war der einzige Schwarze, der an der Antrittszeremonie für den rassistischen Präsidenten Pieter Botha teilnahm. Selbst die Oberhäupter der südafrikanischen Bantustans lehnten ihre Einladungen ab!

Savimbi hat keine Würde. Und er weiß, daß seine Tage gezählt sind, sobald wir unabhängig sind, weil Südafrika nicht mehr in der Lage sein wird, ihm so zu helfen wie jetzt.

UNITA – Banditen Südafrikas

FRAGE: Ist noch etwas dran an dem südafrikanischen Plan, die direkte Kontrolle über den Caprivi-Streifen beizubehalten?

S. NUJOMA: Ja, Pretoria will immer noch an einem Pufferstaat zwischen Namibia und Angola festhalten, um sowohl die UNITA zu schützen als auch Angriffe gegen Angola und Sambia auszuführen, genauso wie heute.

FRAGE: Wie sehen Sie also die Gesamtsituation im Südlichen Afrika?

S. NUJOMA: Sie verschlechtert sich schlicht.

Südafrika ist eine Bedrohung für alle unabhängigen Länder der Region, besonders für Simbabwe, Sambia und Botswana, von Angola und Mosambik natürlich ganz zu schweigen. Letzteres ist unlängst mit dem tragischen Tod von Präsident Machel einem gewaltigen Destabilisierungsversuch ausgesetzt gewesen.

Es ist von vitalem Interesse, den Befreiungskampf sowohl in Südafrika selbst als auch in Namibia zu intensivieren. Unsere Brüder des ANC und wir selbst werden nicht ruhen, bis beide Länder befreit sind. (...)

(Quelle: *AfricAsia*, Paris, Nr. 38, Februar 1987, S. 12-13)

Anmerkungen:

1) Wortlaut in: AIB 10/1981, S.8

2) Letzten Juli genehmigte das Oberste Gericht in Windhoek öffentliche Aktivitäten der SWAPO, die ihre Präsenz in den besetzten Gebieten immer aufrecht erhalten hat. Diesen Schachzug muß man im Rahmen der anderen Manöver sehen, die auf eine einseitige Unabhängigkeitserklärung hinauslaufen, die von den namibischen Marionettenparteien verkündet werden würde, etwa so wie Ian Smith das einst in Rhodesien, dem heutigen Simbabwe, machte.

Äthiopien

Eva-Maria Hinterwirth

Verfassungsreferendum für Volksrepublik

An der am 1. Februar d.J. durchgeführten Volksabstimmung über eine neue Verfassung beteiligten sich 96% der wahlberechtigten 14,5 Mio Äthiopier. Wie Revolutionsführer Mengistu Haile Mariam am 22. Februar in Addis-Abeba bekanntgab, bestätigten 81% den Verfassungstext. 18% votierten mit Nein, 1% enthielten sich.

„Diese Verfassung“, so das Fazit eines westlichen Offiziellen gegenüber dem Korrespondenten der *New York Times* am 23.2.1987, „bringt sie (die Regierenden Äthiopiens) nur weiter auf dem marxistischen Weg zur Volksrepublik voran.“

Unliebsame Demokratisierung

In der Tat wurde das Dokument von seinen Verfassern als Grundstein für den Aufbau einer Demokratischen Volksrepublik unter Führung der Arbeiterpartei Äthiopiens verstanden. Doch der darin angelegte Übergang von einer Militär- zu einer Zivilregierung ist für westliche Beobachter hier nicht einmal erwähnenswert, handelt es sich doch um ein unliebsames Revolutionsregime.

Klar ist, daß Äthiopiens Zukunft wesentlich davon bestimmt sein wird, inwieweit

es ihm gelingt, die vom Feudalismus ererbte wirtschaftliche Rückständigkeit dauerhaft und aus eigener Kraft zu lösen. Erfahrungen anderer nationaldemokratischer Revolutionen hatten bereits in den 60er Jahren gezeigt, daß es nicht gelingen kann, die sozialen Erscheinungen von Unterentwicklung in Ländern mit kolonialer, halb- oder neokolonialer Vergangenheit – wie Massenarmut, Krankheit, Unwissenheit usw. – lediglich durch eine fortschrittliche Programmatik zu beseitigen.

Vielmehr muß die Revolution Wege finden, durch geeignete, dem Entwicklungsstand entsprechende Formen revolutionärer Demokratie die Massen tatsächlich in die staatliche Machtausübung einzubeziehen. Und der dem Verfassungsreferendum vom Februar d.J. vorgelagerte Diskussionsprozeß lieferte hierfür ein positives Beispiel.

Der von Mengistu geführte Provisorische Militärische Verwaltungsrat (Derg) arbeitete systematisch auf eine breitestmögliche Volksbeteiligung hin. Dem Verfassungsentwurf, über den am 1. Februar d.J. abgestimmt wurde, ging eine fast einjährige öffentliche Diskussion voraus.

125.000 Intellektuelle waren monatelang im Lande unterwegs gewesen, um



Mengistu Haile Mariam bei einer Ansprache vor der Verfassungskommission

Sinn und Zweck der Verfassung in Tausenden von Diskussionsforen zu erläutern. In die Hand gegeben waren ihnen dabei die Unterlagen in 15 verschiedenen Sprachen (Äthiopien ist ein Vielvölkerstaat, in dem an die 70 verschiedene, allerdings ähnliche Dialekte gesprochen werden); mehr als drei Jahre lang waren Inhalt, Form und Gestalt der äthiopischen Verfassung vom Nationalitäteninstitut ausgearbeitet worden.

Das Ergebnis dieser fast einjährigen Kampagne war selbst für Kenner der Situation überraschend: Der in vier Überkapitel unterteilte und 17 resp. 120 Artikel umfassende Entwurf erfuhr durch eine halbe Million schriftlicher Anfragen und Meinungsäußerungen Veränderungen, Verbesserungen und Ergänzungen, die sich auf 90 Artikeln bezogen.

Für revolutionäre Staatlichkeit

„Die öffentliche Debatte über die Verfassung“, so Staats- und Parteichef Mengistu Haile Mariam anlässlich des 12. Jahrestages der äthiopischen Revolution am 12. September 1986, „hat – abgesehen von den Bereicherungen und positiven Vorschlägen, die im Zuge der Diskussion eingebracht wurden – uns alle ein besseres Verständnis gebracht über die Zusammenhänge der Gesetzgebung und die Verfassung im allgemeinen; im speziellen aber über die jüngste Etappe unserer Geschichte unseres Landes und unserer Bevölkerung sowie die objektiven Bedingungen, in denen wir uns heute befinden, und die Ziele unserer Revolution. Dies zeugt nicht nur von der Entwicklung unserer politischen Kultur, sondern verleiht auch unseren zukünftigen, noch ehrgeizigeren Zielen einen weiteren fruchtbaren Impuls.“ (Ethiopian Herald, Addis Abeba, 13.9.1986)

Daß Äthiopien erst im 13. Jahr seiner revolutionären Entwicklung die Verfassung durch ein Volksreferendum bestätigt, ist, verglichen mit anderen afrikanischen Ländern, durchaus nicht ungewöhnlich. Insbesondere jene Länder, in denen die nationaldemokratische Revolution mit dem gewaltsamen Sturz eines prokapitalistischen Regimes begann, haben zum Teil die Frühphase ihrer Revolution durchlaufen ohne eine gesamtstaatliche Verfassung.

Den Prozeß der konstitutionellen Herausbildung deshalb jedoch abzukoppeln von der gesamtationalen wirtschaftlichen wie ideologischen Entwicklung in Äthiopien, wäre dennoch falsch. So leitet die Annahme der äthiopischen Verfassung durch Volksentscheid nicht nur eine neue Phase von revolutionärer Staatlichkeit ein; sie umschreibt damit zugleich eine neue Etappe der gesamtge-

sellschaftlichen Entwicklung – wirtschaftlich, ideologisch-politisch, kulturell usw. – mit dem Begriff der Demokratischen Volksrepublik Äthiopien – ein Prozeß, der während all der Jahre seit 1974 bewußt vorangetrieben und entfaltet wurde.

Bereits der 12. September 1974 brachte mit der Proklamation Nummer 1 (1/1967) den ersten konstitutionellen Akt zur Bildung des neuen revolutionären Staates. Diese Proklamation schloß „bis zur Wahl einer Vollversammlung in echten Wahlen“ das Parlament, suspendierte die Verfassung von 1955 und visierte eine neue Konstitution an „bis notwendige Reformen durchgeführt sind, in denen sich die soziale, ökonomische und politische Philosophie des Neuen Äthiopien widerspiegelt und in denen die zivilen Rechte der Bevölkerung gesichert sind.“ (Artikel 5)

Dem Provisorischen Militärischen Verwaltungsrat (Derg) wurde die volle Regierungsgewalt übertragen, und zwar bis zur Schaffung einer von einer legalen Volksversammlung gebilligten Verfassung und Regierung (Artikel 6).

Die „breite Masse“ einbeziehen

Das Grundsatzprogramm Äthiopiens, das Programm der Nationaldemokratischen Revolution vom April 1976 (Wortlaut in: AIB 11-12/1976; d. Red.), enthält bereits wesentliche Aussagen über den Charakter des Staates, den die Revolution hervorbringen soll.

Er wird definiert als ein Staat aller anti-feudalen, anti-imperialistischen und gegen den bürokratischen Kapitalismus gerichteten Kräfte, die vereint für einen äthiopischen Sozialismus, für die Errichtung einer volksdemokratischen Republik kämpfen. Betont wird an mehreren Stellen die Notwendigkeit, die „breite Masse“ in den Demokratisierungsprozeß einzubeziehen.

Aussagen über den Charakter des Staates gibt es aber auch in der Gesetzgebung. Die Proklamation Nummer 91 von 1976 über die Gründung eines Büros für Angelegenheiten der Organisation der Massen (POMOA) expliziert als eine Aufgabe dieser Institution die Schaffung der Bedingungen für die Entwicklung der Volksdemokratischen Republik zu unterstützen.

Als Triebkräfte dieses Prozesses bezeichnet das Dokument die Arbeiterklasse, die Bauernschaft, die kleinbürgerliche Klasse und andere antifeudale, anti-imperialistische und antibürokratisch-kapitalistische Schichten.

Ebenso stellt die Proklamation zur Gründung der Kommission zur Organisation der Partei der Werktätigen Äthiopiens (COPWE, 1980) der zu gründenden

Partei die Aufgabe, „die neue Volksdemokratische Republik Äthiopien“ zu errichten.

Namhafte Fortschritte zur konstitutionell verankerten Volksrepublik Äthiopien – der Ethiopian Herald führt als Untertitel seit rund einem Jahr den Satz „Die Verfassung wird für und durch die Bevölkerung verwirklicht werden“ – wurden geleistet durch die schrittweise Gründung der Massenorganisationen.

1975 entstanden im Zusammenhang mit der Bodenreform Bauernvereinigungen. 1978 folgte die Gründung des Äthiopischen Bauernverbandes. 1977 entstand mit der Gründung des äthiopischen Gewerkschaftsverbandes AETU zum ersten Mal in der Geschichte Äthiopiens ein Dachverband der Einzelgewerkschaften, der von unten nach oben durch Delegation – ähnlich dem Bauernverband – demokratisch aufgebaut war. 1980 folgten Jugend- und Frauenverband.

All diese Massenorganisationen – zu ihnen zählen auch die Stadtbewohnervereinigungen – leisteten einen bemerkenswerten Beitrag bei der öffentlichen Diskussion zur ersten demokratischen Verfassung Äthiopiens. So führt etwa Asegedech Bezuneh, Vorsitzende des Frauenverbandes, den Beitrag ihrer Organisation an: „Mit dieser Verfassung arbeiten wir für die Zukunft unserer Frauen. Es entstand darin ein Artikel, der sich mit der Familie und mit der Gleichberechtigung von Mann und Frau beschäftigt.“

Nationalitäten gleichbehandeln

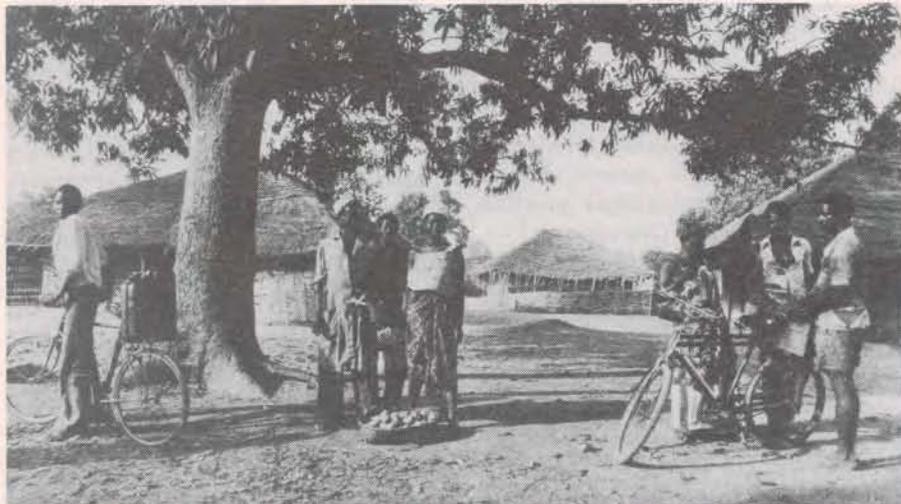
Aber auch der Nationalitätenfrage wird besondere Aufmerksamkeit in der neuen Verfassung und damit in der Volksrepublik Äthiopien geschenkt.

In Übereinstimmung mit dem Programm der Nationaldemokratischen Revolution Äthiopiens vom April 1976, das von regionaler Autonomie jeder Nationalität und vom vollen Selbstverwaltungsrecht spricht, visiert Artikel 98 der vorgelegten Verfassung die Schaffung von Regionalparlamenten an, die für auf Nationalitätenbasis neu zu definierenden Verwaltungsregionen zuständig werden.

Daß die Kommission zur Ausarbeitung der Verfassung – ein Gremium von 343 Vertretern aller gesellschaftlichen Organisationen und Nationalitäten – der ethnischen Frage die ihr gebührende Aufmerksamkeit widmet, wird aber auch deutlich in Artikel 2. Er garantiert die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung aller in Äthiopien lebender Nationalitäten. Er spricht von spezieller Förderung wirtschaftlich weniger entwickelter Bevölkerungsschichten und Ethnien. Und er gesteht der kulturellen Entwicklung der einzelnen Volksgruppen staatliche Förderung zu.

Joachim Becker

Ausweg aus der Dauerkrise?



Dorf am Rio Geba

„Es war von vornherein ein Mythos, daß die nationale Befreiung gleichbedeutend sei mit sozialer Revolution.“¹ Dieses Fazit zieht der guineische Intellektuelle Carlos Lopes nach gut einem Jahrzehnt der nationalen Unabhängigkeit Guinea-Bissaus.

11 Jahre des bewaffneten Kampfes der Afrikanischen Unabhängigkeitspartei Guinea-Bissaus und der Kapverden (PAIGC) trugen wesentlich zum Sturz der portugiesischen Rechtsdiktatur am 25.4.1974 bei. Und sie zwangen die portugiesische Kolonialmacht am 10.9.1974 die knapp ein Jahr zuvor einseitig ausgerufene Unabhängigkeit Guinea-Bissaus anzuerkennen.

Die PAIGC war ein Klassenbündnis aus Teilen des Kleinbürgertums und der Bauernschaft. Wie von dem 1973 ermordeten Generalsekretär der PAIGC und herausragenden Theoretiker, Amilcar Cabral, vorausgesehen, erwies sich auch in Guinea-Bissau „die Kleinbourgeoisie als Erbin der (kolonialen; d. Verf.) Staatsgewalt“.²

Die revolutionären Intellektuellen der PAIGC erlangten jedoch nicht die vollständige Kontrolle des Staatsapparates — hierzu war schon allein die Zahl geeigneter Parteikader zu gering.

Der neue Staat, der die Reste des Kolonialapparates übernahm, „hing stark von den Verwaltungskadern des alten Kolonialstaates ab“.³ Diese konnten so auf den „nationalen Wiederaufbau“ (wohl gemerkt nicht Neuaufbau), den sich die PAIGC als Aufgabe stellte, beträcht-

lichen Einfluß nehmen.

Die wirtschaftliche Ausgangslage war denkbar schlecht: Der Krieg hatte die ohnehin schon zerbrechliche Produktionsstruktur stark in Mitleidenschaft gezogen. Der Außenhandel war stark defizitär, die Nahrungsmittelproduktion für den Inlandsbedarf nicht ausreichend, Industrie praktisch nicht vorhanden.

Die Infrastruktur war auf die Erfordernisse des Kolonialkrieges zugeschnitten. Die Analphabetenquote betrug etwa 95%. Die Zahl der Universitätsabsolventen überstieg kaum ein Dutzend.

Wiederaufbau, nicht Neuaufbau

Der Generalsekretär der PAIGC, Aristides Pereira, identifizierte in seinem Bericht für den 3. Parteitag im Jahr 1977 zwei grundlegende Probleme für den „nationalen Wiederaufbau“: Zahlungsbilanzungleichgewichte und den — scheinbar — geschlossenen Kreislauf der Subsistenzlandwirtschaft, in der mehr als 80% der Bevölkerung leben.⁴

Die Lösung des ersten Problems wurde in dem Aufbau einer exportorientierten Industrie und einer Steigerung der Agrarproduktion für den Export gesehen.

Tatsächlich wurden in der Regierungszeit Luís Cabrals mit hohen Folgekosten einige Industrieunternehmen aufgebaut. Sie waren weder aufeinander noch auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes abgestimmt.

Symbol der verfehlten Industrialisie-

runbspolitik Cabrals ist der agroindustrielle Komplex von Cumeré. Seine geplante Verarbeitungskapazität überstieg die vermarktete Produktion von Erdnüssen und Reis bei weitem.

Trotz extremen Mangels an Technikern wurde modernste Technik ausgewählt. Der projektierte Energieverbrauch war enorm — trotz größter Probleme bei der Energieversorgung in Guinea-Bissau.⁵

Genauso ein „weißer Elefant“ ist das nach der Unabhängigkeit errichtete Citroën-Montagewerk. Die errichteten Industrieanlagen erhöhten den Devisenverbrauch noch und brachten eine erhebliche Auslandsverschuldung mit sich. „Keine einzige der Anlagen“ — so das Urteil von U. Schiefer — „produzierte Güter, die entweder als Produktionsgüter zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität beitrugen oder als Konsumgüter die Bauern zu Produktionssteigerungen veranlaßten.“⁶

Die Liste dubioser, „hilfs“finanzierter Projekte, die Präsident Luís Cabral teilweise am Planungsministerium vorbei durchsetzte, ließe sich noch verlängern. Ein wesentlicher Teil der Auslandsfinanzierung diente von vornherein dem Kauf von Konsumgütern (1976-78 allein 38%)⁷, um die enormen Lücken in der Produktionsstruktur zu überbrücken.

Die Abhängigkeit der PAIGC-Regierung von der Auslands„hilfe“ war enorm. Die erst im Aufbau befindlichen Strukturen des Staatsapparates konnten den „Hilfs“strom vielfach nicht bewältigen und in Prioritätsbereiche kanalisieren. Die zukünftige Entwicklung wurde mit der Hypothek einer drückenden Auslandsschuld belastet.

Hatte die PAIGC auch 1977 die Landwirtschaft als „Basis unserer Entwicklung“⁸ eingestuft, so trug die Regierungspraxis dem nicht Rechnung. Nur 5-6% der staatlichen Investitionen und des Haushalts flossen in die Landwirtschaft.⁹

Die Aufmerksamkeit der Regierung konzentrierte sich auf schlecht funktionierende Staatsfarmen und Industriekulturen. Die Familienlandwirtschaft wurde — wie auch in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit in Angola und Mosambik — völlig vernachlässigt.

„Sowohl Parteidokumente als auch Beobachtungen in Guinea-Bissau vermit-

tehn den Eindruck", schreibt Lars Rudebeck, der die befreiten Gebiete der PAIGC 1970 und 1972 besuchte, „daß sich Produktion und Produktionsverhältnisse auf der lokalen Ebene bis jetzt während des nationalen Befreiungskampfes kaum verändert haben.“¹⁰ Auch nach der Unabhängigkeit vermied die Regierung Eingriffe in die produktiven Strukturen der Familienlandwirtschaft. Größte Zurückhaltung übte sie in der Frage der Produktionsgenossenschaften. So ging sie Konflikten mit den Bauern aus dem Weg.

Bauernschaft vernachlässigt

Aber die Familienlandwirtschaft erhielt auch sonst fast keine Unterstützung. Im staatlichen Handel verschoben sich die Tauschrelationen zwischen Agrarprodukten und Konsumgütern in den 70er Jahren zunehmend zuungunsten der Bauern.

Der staatliche Handel war kaum in der Lage, den Austausch zwischen Produktions- und Konsumgütern einerseits und Agrarprodukten andererseits zu organisieren. Gleichzeitig wurden die privaten ländlichen Händler, dyulas, mit strengen polizeilichen Maßnahmen verfolgt.

Die logische Folge waren eine fortgesetzte Krise selbst der Subsistenzlandwirtschaft und eine mangelnde Überschussproduktion für den guineischen Binnenmarkt und Export. Guineische Bauern reagierten auf das mangelhafte Vertei-

lungssystem mit dem Verkauf ihrer Produkte gegen kaufkräftige Francs CFA in den Senegal und zeitlich begrenzte und unbegrenzte Abwanderung in den Senegal und sogar Europa.

Auf dem Land verloren während des Befreiungskampfes aufgebaute Strukturen teilweise an Bedeutung und wurden vernachlässigt (z.B. Armazéns do Povo – Volksläden – und lokale Komitees). Zahlreiche PAIGC-Kader übernahmen nach der Unabhängigkeit Verwaltungsaufgaben in Bissau und wurden daher vom Land abgezogen.

Das bürokratische Kleinbürgertum hat eigene Klasseninteressen, die ihren Niederschlag in der staatlichen Prioritätensetzung finden. Die Bauern verloren nach Beendigung des Krieges innerhalb der Partei politisch an Gewicht.

In den bis zum Schluß von den Portugiesen besetzten Gebieten konnte die PAIGC das Machtvakuum nicht füllen. „Traditionelle“ Autoritäten wußten die Lücke zu nutzen. Die spürbarsten Veränderungen erfuhren die Bauern im Bereich des Erziehungs- und Gesundheitswesens.

Kaba Touré, Präsident des lokalen Komitees von Kandjadja, einem Dorf im Norden des Landes, und langjähriger militanter Kämpfer der PAIGC, kennzeichnete Ende 1981 die Haltung der Dorfbevölkerung zum nationalen politischen Leben so: „Die Leute hier leben weit ab. Viele sind hier geboren und sind schon 50 Jahre alt, ohne jemals Mansaba (20 km von Kandjadja) oder gar Bissau gesehen zu

haben. Alles, was sie kennen, ist hier und Farim (Hauptort der Region; d. Verf.). Sie sind nicht in der Partei und machen keine Politik.“¹¹

1980 spitzte sich die Krise zu. Allein in Teilbereichen der nichtagrarischen Exportproduktion konnte die Regierung wirtschaftliche Erfolge verbuchen.

Industrialisierung und Agrarpolitik scheiterten. Ungünstig wirkten sich zudem mehrere Dürrejahre aus. Die Versorgungslage in den Städten war katastrophal. Eine „relative Entleerung der Parteistrukturen“ und eine „Verhärtung der Segurança“ (d.h. der Sicherheitspolizei) waren zu konstatieren.¹²

Im Militär, das sich weitgehend aus der bäuerlichen Bevölkerung rekrutiert, rumorte es aus sozialen und politischen Gründen. Die wichtige Rolle von Kapverden im Staatsapparat und eine Verfassungsänderung sorgten für zusätzlichen politischen Sprengstoff.

Zwei Linien in der PAIGC

Am 14. November 1980 stürzte das Militär unter Führung des legendären Guerilla-Kommandanten und Preministers, João Bernardo Vieira (Nino), die Regierung Luís Cabral, dem Abweichung von der Parteilinie vorgeworfen wurde.

1981 fand ein außerordentlicher Parteitag der PAIGC¹³ statt, der im wesentlichen die Orientierung des Parteitag von 1977 bestätigte. Die Wirtschaftspolitik der Regierung Cabral war allerdings



einzig zugelassene Partei. Wirtschaft: Guinea-Bissau ist ein schwachentwickeltes Agrarland. Das Bruttoinlandsprodukt beträgt ca. 220 \$ pro Einwohner. 80% der Beschäftigten arbeiten in der Landwirtschaft (größtenteils Subsistenzwirtschaft) und 5% in der Industrie. 60% des Bruttoinlandsprodukts werden in der Landwirtschaft, 5% in der Industrie erzeugt. Exporte: Erdnüsse, Kokosnüsse, Palmöl, Fische, Holz, Haupthandelspartner: Portugal, Spanien, Großbritannien. Bodenschätze wie Bauxit, Erdöl und Phosphate werden noch nicht abgebaut. Soziale Kennziffern: Lebenserwartung: 38 Jahre (1983), Analphabetenrate: 80%.

- Geschichte:
- 15. Jh. Erste Niederlassungen der Portugiesen an der Küste
 - 1956 Gründung der PAIGC
 - 1963 Beginn des bewaffneten Befreiungskampfes
 - 1972 Wahlen in den befreiten Gebieten
 - 1973 Einseitige Unabhängigkeitserklärung
 - 1974 Abzug der portugiesischen Truppen
 - 1980 Putsch gegen Präsident Luis Cabral. J.B. Vieira wird neues Staatsoberhaupt
 - 1984 Amtsenthebung von Ministerpräsident Saude Maria
 - 1985 Verhaftung führender Vertreter des Regimes, die eines Putschversuchs angeklagt werden

Territorium: 36.125 qkm (1/7 der Fläche der BRD)
 Bevölkerung: 863.000 Einwohner (1983); ethnische Gruppen: Balante (30%), Fulbe (20%), Mandjaco (14%), Mandingo (12%) und 14 weitere
 Hauptstadt: Bissau, mit 109.214 Einwohnern (1979)
 Sprache: Portugiesisch (Amtssprache, sudanesisches Umgangssprachen

Religion: Anhänger von Naturreligionen (ca. 60%), Moslems (30%), Katholiken (7%)
 Währung: Guinea-Peso (PG); 100 PG = 0,94 DM (September 1986)
 Staatsordnung: Republik; Staatspräsident ist João Bernardo Vieira. Er ist seit 1984 außerdem Regierungschef. 1984 wurde eine 120köpfige Nationalversammlung gewählt. Die Afrikanische Unabhängigkeitspartei Guineas und der Kapverden (PAIGC) ist die



Staatspräsident Joao Vieira

nicht den Leitlinien des damaligen Parteitage gefolgt.

Die PAIGC definierte sich 1981 erneut als „nationale Befreiungsbewegung an der Macht“. Während aber der Parteitagebericht 1977 noch den Eindruck vermittelte, zwischen Bauern, Arbeitern und kleinbürgerlichen Schichten bestünden keine wirklichen Interessensunterschiede bezüglich der nationalen Entwicklung, erkannte die Analyse 1981 ausdrücklich innere Widersprüche im Kleinbürgertum an.¹⁴

Tatsächlich drückten Widersprüche innerhalb des Kleinbürgertums dem politischen Leben nach 1980 einen Stempel auf. Kleinbürgerlichen Kräften, die eher radikale wirtschaftspolitische Lösungen befürworten, stehen Kräfte gegenüber, die einer eindeutig kapitalistischen Entwicklungsstrategie zuneigen.

Vertreter beider Positionen sind in der Partei zu finden. Zu Spannungen kommt es zwischen verdienten Kadern aus dem Befreiungskrieg und jungen, im Ausland höher qualifizierten Nachwuchskadern. Offen zum Ausbruch kamen Konflikte mit der Amtsenthebung des ambitionierten, eher rechtsgerichteten Premierministers Vitor Saúde Maria im Jahr 1984 und dem Putschversuch Paulo Correiras,

einem Kommandanten des Befreiungskampfes und Vize-Präsidenten des Staatsrates, Ende 1985.

Correia und 5 seiner Gefolgsleute wurden am 21. Juli letzten Jahres hingerichtet. Die Hingerichteten gehörten alle zur selben Ethnie.

In der Wirtschaftspolitik kam es nach 1980 zu einem Kurswechsel. Die Regierung zeigt nun größeres Interesse an kleineren, dezentralen Projekten.

Schuldendienst: 80% der Exporte

Für 1983/84 entwarf das für Wirtschaftstragen zuständige Regierungsgremium ein Stabilisierungsprogramm, „das auf eine Verbesserung der Wirtschafts- und Finanzlage des Landes abzielte und zwar durch Kürzung der öffentlichen Ausgaben, Abwertung der Landeswährung, Steuererhöhungen, Reorganisation der staatlich kontrollierten Firmen, Schaffung eines Investitionskodexes, Privatisierung von Handel und Gewerbe sowie rigorose Kontrolle über die Verteilung der Auslandshilfe – dem Kernstück von Guineas neuem Wirtschaftskonzept“.¹⁵ Erste Opfer des Sparprogramms waren Regierungsangestellte und Lohnempfänger, deren Gehälter rigoros gekürzt wurden. Die Währung wurde Ende 1983 um 50% abgewertet und verlor danach weiter an Wert.

Dies entspricht der Rezeptur des Internationalen Währungsfonds (IMF). Tatsächlich schloß Guinea-Bissau in seiner völlig verfahrenen finanziellen Lage 1984 ein erstes Abkommen mit dem IMF – sicher nicht das letzte.

Der IMF und andere internationale Finanzinstitutionen haben einige Druckmöglichkeiten gegenüber Guinea-Bissau, da dessen finanzielle Situation verzweifelt ist. Die Auslandsverschuldung betrug Ende 1986 etwa 323 Mio \$.

Der Schuldendienst verschlang 1985 9,1 Mio \$, was 80% der Exporterlöse von 11,6 Mio \$ entsprach. Trotz eines teilweisen Schuldenerlasses und der Umschuldung war das Land mit 25 Mio \$ bei seinen Zahlungen im Verzug.¹⁶ Die Einfuhren übersteigen die Ausfuhren immer noch bei weitem.

Die Reiseinfuhr ging jedoch von 35.000 t im Jahr 1985 auf etwa 28.000 t im Jahr 1986 zurück. Dies mag eine Folge der veränderten Agrarpolitik sein.

Die Regierung bemüht sich nun um eine Wiederbelebung der Landwirtschaft. Es hat eine Verschiebung hin auf einen eher basisorientierten Ansatz gegeben, der sich auf die lokalen Komitees zu stützen versucht.

Die Erzeugerpreise für die Bauern sind angehoben worden. Aber es fehlt an Gütern, die sich die Bauern aus den Verkaufserlösen kaufen könnten. Daher

geht immer noch ein Teil des Handels „schwarz“ über die Grenze zum Senegal und nach Guinea (Conakry).

Die angebotenen Gewinnraten motivieren die jetzt zugelassenen privaten Händler nicht zum Handel im Landesinneren. Er ist zudem durch einen Mangel an Infrastruktur sehr erschwert. Verzögerungen bei der Auszahlung zugesagter „Hilfe“ gefährden diese Regierungsmaßnahmen.

Der 4. Parteitag der PAIGC vom 9.-14. November letzten Jahres bestätigte den Liberalisierungskurs. Eine Stärkung des Privatsektors, vor allem im Handel, steht an.

Dies ist nicht allein Folge der Forderungen von IMF und Weltbank. Im Fall Guinea-Bissaus hat Staatspräsident Vieira leider recht, wenn er sagt, „der Staat ist ein schlechter Kaufmann“.¹⁷ Das Netz der staatlichen „Volksläden“ wurde den Anforderungen nicht gerecht. Allerdings bedingen sich Schwierigkeiten im Handelssektor und mangelnde agrarische Überschußproduktion gegenseitig.

Die Kräfte im guineischen Kleinbürgertum, die eine eindeutig kapitalistische Entwicklung anstreben, befinden sich derzeit im Aufwind.

Anmerkungen:

- 1) Frankfurter Rundschau (FR), 5.9. 1986
- 2) A. Cabral, Die Revolution der Verdammten, Berlin 1974, S.25
- 3) L. Rudebeck, Problèmes de Pouvoir Populaire et de Développement. Transition Difficile en Guinée-Bissau, Uppsala 1982, S.9
- 4) Nach: U. Schiefer, Guiné-Bissau zwischen Weltwirtschaft und Subsistenz, Bonn 1986, S. 197
- 5) Zum Zeitpunkt des Putsches von 1980 stand der Komplex kurz vor der Vollenendung. Mit Hilfe portugiesischer und pakistanischer Interessen soll er in verkleinerter Form jetzt doch in Dienst gestellt werden.
- 6) U. Schiefer, Guiné-Bissau..., a.a.O., S. 220
- 7) Ebd., S. 190
- 8) third world, Mexiko D.F., März 1981
- 9) L. Rudebeck, Problèmes..., a.a.O., S.15
- 10) L. Rudebeck, Guinea-Bissau. A Study of Political Mobilization, Uppsala 1974, S. 176
- 11) Zit. nach: L. Rudebeck, Problèmes..., a.a.O., S.40
- 12) CIDAC, Relatório sobre a Situação Actual na Guiné-Bissau, o.O. (Lissabon) 1980, S.3
- 13) Eine Folge des Putsches war die Spaltung der binationalen PAIGC in die Afrikanische Unabhängigkeitspartei der Kapverden (PAICV) und eine – trotz Beibehaltung des Namens – auf Guinea-Bissau beschränkte PAIGC. 1982 normalisierten die beiden Regierungen unter Vermittlung Mosambiks ihre Beziehungen wieder.
- 14) Nach: L. Rudebeck, Problèmes..., a.a.O., S. 51f.
- 15) Africa Report, New York, Januar-Februar 1986
- 16) Zahlen nach: cadernos do terceiro mundo, Lissabon, Juli 1986; FR, 5.9.1986
- 17) der überblick, Stuttgart, Nr. 3/1986

Peter Wahl

Die sowjetischen Rüstungstransfers (II)



An einem weltpolitisch besonders aktuellen und brisanten Fall läßt sich exemplarisch zeigen, wie sowjetische Rüstungstransfers in die Dritte Welt zustande kommen.

Nicaragua hatte zum Zeitpunkt der Revolution 1979 eine vergleichsweise kleine Armee. Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI gibt in einem Dossier „Krieg in Mittelamerika“ 13.000 Mann bewaffnete Streitkräfte an.¹⁷ Der Anteil der Militärausgaben am Bruttosozialprodukt betrug 3,1%.

Die Nachbarländer Costa Rica, El Salvador, Guatemala und Honduras hatten militärische Kräfte und Ausgaben in vergleichbaren Größenordnungen.

Nicaraguas Militarisierung...

Heute sieht die Lage völlig anders aus, es hat eine starke Militarisierung der mittelamerikanischen Staaten stattgefunden, eine „noch nie dagewesene Aufrüstung in Mittelamerika“.¹⁸

Nicaragua hatte 1985 60.000 Mann unter Waffen, was ein Zuwachs von 362% ist! Über 10% des Bruttosozialprodukts geht in den Militärssektor, gegenüber 1965 – also zu besten Zeiten der Somoza-Diktatur – stiegen die nicaraguanischen Militärausgaben nach der Revolution um 890% (1984).¹⁹ Der größte Teil der Rüstungsgüter, die

Nicaragua nach der Revolution erwarb, kommen aus der Sowjetunion. Nach nicaraguanischen Quellen kamen von 1980-84 Rüstungsgüter im Werte von 350 Mio Dollar aus sozialistischen Ländern, davon 95% aus der UdSSR,²⁰ die damit zum Hauptwaffenlieferanten Nicaraguas wurde (siehe auch Tabellen 3-5).

Nun sind die rasante Militarisierung des revolutionären Nicaragua und die sowjetischen Rüstungstransfers keineswegs dadurch entstanden, daß die Sandinisten militaristisch sind oder Invasionspläne gegen ihre Nachbarn hegten; noch sind sie Resultat von expansionistischen Gelüsten, Großmachtinteressen oder gar Devisenhunger der UdSSR.

Wie jeder weiß, der mit der Lage in Mittelamerika vertraut ist, sind die Versuche der USA, in Nicaragua soziale Revanche zu nehmen und die sandinistische Revolution zu liquidieren, die Ursache für die Militarisierung in der Region.

Washington betreibt eine aggressive Interventionspolitik, rüstet die Nachbarn Nicaraguas auf und unterhält eine bewaffnete Konterrevolution. Das SIPRI-Dossier stellt fest: „Nicaraguas militärische Aufrüstung erfolgte zum großen Teil als Reaktion auf konkrete Bedrohungen und Übergriffe.“²¹

Abgesehen davon, daß Nicaraguas Aufrüstung nicht nur „zum großen Teil“, sondern ausschließlich auf konkrete

Übergriffe des US-Imperialismus erfolgte, ist diesem Schluß zuzustimmen.

Die Militarisierung Nicaraguas ist von außen aufgezwungen, sie ist reaktiv, strategisch defensiv und dient der Verteidigung der Unabhängigkeit und Souveränität gegenüber der imperialistischen Aggression.

Die Präsenz sowjetischen Rüstungsmaterials in diesem Konflikt hat die gleiche Ursache. Sie ist reaktiv, nicht initiativ. Sie ist – bezogen auf die globale Rivalität zwischen imperialistischem Lager und antiimperialistischen Kräften – defensiv.

Sie ist in einer politisch-strategischen Interessenkonvergenz zwischen Nicaragua und der UdSSR begründet, und nicht etwa durch einseitige sowjetische Interessen und schon gar nicht durch ökonomische Absichten oder sowjetischen Devisenhunger. Und – sehr wichtig – sie kam erst auf Ersuchen der nicaraguanischen Führung zustande, und nicht etwa auf sowjetischen Druck oder eine wie auch immer geartete Einmischung. Ebenso wenig verlangt die UdSSR für ihre Rüstungshilfe politische Gegenleistungen o.ä. In einem Interview wurde der nicaraguanische Vizepräsident Sergio Ramirez gefragt:

„Aber wenn nun zum Beispiel die USA ein Dritte-Welt-Land unterstützen, dann tun sie das meist nicht ohne Gegenleistung, dann möchten sie billige Rohstoffe haben, dort Militärstützpunkte einrichten, sie erwarten US-freundliches Abstimmungsverhalten in der UNO. Hat die Sowjetunion vergleichbare Forderungen an Nicaragua gestellt?“

Ramirez: Niemals. Wir haben dieses Thema in unseren Gesprächen nie berührt, weder auf unsere Veranlassung noch auf Initiative der Sowjetunion.“²²

Darüber hinaus erfolgt ein Teil der Lieferungen an Nicaragua kostenlos.²³

...ist aufgezwungen, defensiv

Die hier für das Beispiel Nicaragua dargestellten Merkmale und Motive sowjetischer Rüstungstransfers können in ihren Grundzügen als typisch für alle Transfers an Partner der Kategorien A bis C in Tabelle 1 (siehe AIB 3/1987, S. 36) verallgemeinert werden.

Die sowjetischen Rüstungstransfers an Befreiungsbewegungen, sozialistische und andere progressive Entwicklungsländer werden seitens der Linken und in der Solidaritätsbewegung überwiegend als unumgänglich und als vom Imperialismus aufgezwungen, akzeptiert. Der Fall Nicaragua mag hierfür als typisches Beispiel stehen.

Auf Kritik stoßen dagegen Rüstungslieferungen an bürgerliche bzw. reaktionäre Regimes. Hier wird eingewandt, daß sol-

che Regimes dadurch militärisch und politisch gestärkt werden, was sich wiederum negativ auf oppositionelle und revolutionäre Kräfte in den betreffenden Ländern bzw. u.U. auch gegen Nachbarländer auswirken kann.

Dieser Einwand ist ernst zu nehmen, denn in der Tat bedeutet Aufrüstung in der Regel auch einen Machtzuwachs der Herrschenden. Kompensatorische Effekte, etwa derart, daß durch militärische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion antikommunistische Feindbilder tendenziell abgebaut und der politische Spielraum der Opposition zunähme, sind in einzelnen Fällen allerdings denkbar. Z.B. wird das demonstrativ gute Verhältnis zwischen Indien und der UdSSR inklusive der engen Zusammenarbeit auf dem Rüstungssektor einen vulgären Antikommunismus, wie er bei uns Staatsdoktrin ist, untragbar machen. Die Sympathien, die die UdSSR durch die Unterstützung Indiens in der Auseinandersetzung mit dem Rivalen Pakistan in der Öffentlichkeit des Landes genießt, verstärken diesen Effekt zweifellos und erweitern möglicherweise auch den Spielraum z.B. der indischen Kommunisten.

Sicherheitsinteresse von Belang

In anderen Ländern, in denen andere politische Konstellationen vorgegeben sind, muß dies aber durchaus nicht so sein. So ist zu bezweifeln, ob die sowjetischen Rüstungstransfers an das Schah-Regime der iranischen Opposition oder Teilen, wie der Tudeh-Partei, politischen Nutzen gebracht haben.²⁴

Allerdings wäre es zu kurz gegriffen, einzig die Interessen der iranischen Opposition zum Kriterium für die Bewertung der sowjetischen Iranpolitik zu machen, auch wenn dies ein wichtiger Gesichtspunkt ist.

Auch die Sowjetunion hat Interessen, wie jeder politische Akteur und sicherlich legitime Interessen. Nicht daß sie Interessen hat, ist also von Belang, sondern welche Interessen dies sind.

Wenn dies eigentlich eine Banalität ist, so

Tabelle 3

Größe und Wachstum der bewaffneten Streitkräfte 1979-1985^a
(in Tausend)

	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	Wachstum d. bewaffneten Streitkräfte	durchschn. jährliches Wachstum d. bewaffneten Streitkräfte	durchschn. jährliches Bevölkerungswachstum
								1979-85 (%)	1979-85 (%)	1979-85 (%)
Costa Rica ^b	3,0	4,0	5,0	6,0	7,0	9,5	12,6	320	27,0	2,7
El Salvador	11,0	12,0	15,9	25,0	30,0	37,5	43,0	291	25,5	3,0
Guatemala	14,0	16,0	19,0	22,0	25,0	30,0	40,0	186	19,0	2,9
Honduras	12,0	14,0	15,0	16,0	23,0	25,0	30,0	150	16,0	3,5
Nicaragua	13,0	15,0	20,0	25,0	35,0	45,0	60,0	362	29,0	3,3
Insgesamt	53,0	61,0	75,0	94,0	120,0	147,0	186,0	260	23,3	3,0

^a Diese Zahlen enthalten keine paramilitärischen Streitkräfte in El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua, denen 1985 in den vier Ländern zusammen über 100.000 Männer und Frauen angehörten.
^b Gemäß seiner Verfassung besitzt Costa Rica keine bewaffneten Streitkräfte, sondern lediglich eine Nationalgarde.
(Quelle: SIPRI Jahrbuch 6, dt. gekürzte Ausgabe von SIPRI Yearbook 1986, Hamburg 1986, S. 214)

ist es in der Auseinandersetzung um die Dritte-Welt-Politik der Sowjetunion doch notwendig, darauf immer wieder hinzuweisen. Denn häufig trifft man bei Kritikern der sowjetischen Dritte-Welt-Politik auf die Meinung, sowjetische Politik sei nur dann als solidarisch gegenüber der Dritten Welt zu werten, wenn sie interessenlos sei. Macht man dann die Existenz von Interessen aus, so ist die sowjetische Politik damit bereits moralisch abqualifiziert.

Ein Begriff von internationalen Beziehungen aber, der historisch-materialistischem Denken verpflichtet ist, wird Solidarität als wechselseitigen Prozeß sehen, der auf materiellen Interessen der handelnden Gruppen, Parteien, Klassen, Schichten, Regierungen usw. beruht. Dadurch erst werden die politischen Beziehungen auf ihre Tiefenstrukturen bezogen und verstehbar.

Zurück zu den sowjetisch-iranischen Rüstungsbeziehungen im Iran. Von sowjetischer Seite aus liegt ihnen ein eindeutiges sicherheitspolitisches Interesse zugrunde.

Die UdSSR hat mehrere tausend Kilometer gemeinsame Grenze mit dem Iran. Gleichzeitig gehörte der Iran zur Schahzeit als Mitglied der CENTO (Zentrale

Vertragsorganisation, 1959 gegr. als Nachfolgeorganisation des Bagdad-Pakts; Mitglieder: Iran, Pakistan, Türkei, Großbritannien; d. Red.) einem imperialistischen, gegen die UdSSR gerichteten Bündnis an. Das Land sollte in der US-Globalstrategie die Doppelrolle einer antisowjetischen Militärbasis und eines US-Stellvertreters in der Golfregion spielen.

Es ist nicht nur im Falle des Irans häufige Praxis der sowjetischen Außenpolitik, zu versuchen, eine Bedrohung ihrer eigenen Sicherheit durch politische, ökonomische und u.U. sogar militärische Kooperation mit dem betreffenden Land zu unterlaufen.

Durch eine aktive Politik friedlicher Koexistenz soll eine militärische Austragung des Systemgegensatzes vermieden werden durch – zumindest teilweise – kooperative Strukturen. Die gleiche Linie sowjetischer Außenpolitik wird gegenüber Westeuropa u.a. Regionen verfolgt, in denen gefährliche und krisenanfällige Nahtstellen zwischen den beiden Gesellschaftssystemen bestehen.

Eine weitere Absicht, die mit dieser Außenpolitik verfolgt wird, ist es, eine gewisse Lockerung der Beziehungen und Abhängigkeiten des betreffenden Landes zu dem gegnerischen Militärbündnis und insbesondere zur imperialistischen Hauptmacht zu erreichen. Die sowjetische Diplomatie beruft sich dabei auf Lenin, der für die internationalen Beziehungen dazu geraten hat, jeden kleinsten Interessengegensatz, jede kleinste Lücke in der Front des Imperialismus zu nutzen.

Wie bei jeder politischen Strategie sind auch hier Konzeption und Absicht eine Sache, wie weit tatsächlich die angestrebten Ziele erreicht werden, eine andere.

Dies im Einzelfall nachzuprüfen, ist eine

Tabelle 4

Militärausgaben als Anteil des Bruttosozialprodukts 1976-1984
(in Prozent)

	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
Costa Rica	0,7	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8 ^a
El Salvador	1,7	2,0	2,1	2,0 ^a	2,8	3,7	4,4	4,4	4,9 ^a
Guatemala	1,5	1,5	1,7	1,7	1,8	1,9	2,4 ^b	2,6 ^a	2,9 ^a
Honduras	1,8	1,9	2,3	2,3	3,5	4,5	5,0 ^b	5,7 ^b	6,0 ^a
Nicaragua	2,1	2,5	3,2	3,1 ^b	4,4	5,0 ^b	5,9 ^a	9,6 ^a	11,7 ^b

^a unzuverlässige Daten
^b Schätzung mit hohem Unsicherheitsgrad
(Quelle: wie Tabelle 3, S. 213)

Tabelle 5

Ausländische militärische Präsenz 1980-1985

Land	1980	1985	Wachstum (%)	Kommentar
Costa Rica	0	24-40	—	seit 1982 ca. 10 israelische Militärberater, der Rest aus den USA
El Salvador	40	>100	150	1981 begrenzten die USA die Zahl der Berater auf höchstens 55
Guatemala	50	320	550	hauptsächlich aus Israel und Taiwan
Honduras	20-26	1.800	770	ständiges US-Militärpersonal
Nicaragua	200	>800	300	nicaraguanische Angaben (hauptsächlich kubanische, sowjetische und DDR-Berater)
	800	2.500-3.500	213-330	US-Angaben (hauptsächlich Kubaner)

(Quelle: wie Tabelle 3, S. 220)

komplizierte Frage, der nachzugehen im Rahmen dieses Artikels nicht möglich ist. Mißerfolge dieser Taktik sind freilich in der Geschichte sowjetischer Außenpolitik ebensowenig ausgeblieben wie Erfolge.

Wichtig für unseren Zusammenhang ist nun aber, das Verhältnis von sowjetischen Interessen zu denen der iranischen Opposition zu betrachten.

Während in den Rüstungsbeziehungen zu den Ländern der Kategorien A-C aus Tabelle 1 eine Interessenkonvergenz zwischen der UdSSR und den progressiven Kräften in den entsprechenden Ländern vorliegt, ist hier offensichtlich, daß ein Widerspruch zwischen den sowjetischen Interessen und denen der iranischen Opposition besteht.

Taktische Einbußen unvermeidlich

Eine solche Situation ist in der sowjetischen Theorie der internationalen Beziehungen reflektiert worden. So wird durchaus gesehen, daß nationale Interessen progressiver/revolutionärer Kräfte nicht automatisch identisch mit denen in anderen Ländern sein müssen und ebensowenig automatisch mit einem — aus globaler Sicht — Gesamtinteresse aller progressiven/revolutionären Kräfte übereinstimmen. In einem solchen Fall — und das Beispiel Iran ist ein solcher Fall — geht es dann darum, die Interessen der von der Situation betroffenen progressiven/revolutionären Kräfte abzuwägen und abzustimmen.

Juri Krassin und Boris Leibson etwa stellen fest: „Bei den heutigen Dimensionen des revolutionären Weltprozesses, bei der Heterogenität seiner Elemente und der Mannigfaltigkeit der Aufgaben, denen sich die Formationen dieses Prozesses gegenübergestellt sehen, erfordert die Bestimmung objektiver Kriterien des proletarischen Internationalismus, daß die Interessen aller am Kampf gegen den Imperialismus teilnehmenden Formationen berücksichtigt werden.“²⁵

Diese Bestimmung und Abwägung der Interessen muß in jedem Einzelfall entsprechend der konkreten historischen Situation vorgenommen werden.

Ein Schema, nach dem z.B. prinzipiell die Interessen von oppositionellen Kräften in von bürgerlichen oder diktatorischen Regimes regierten Ländern Vorrang hätten, wäre ebenso dogmatisch, wie umgekehrt z.B. den nationalen Interessen der UdSSR grundsätzlich den Vorrang zu geben, oder sie per se zum weltweiten, objektiven Interesse aller revolutionären Kräfte zu erklären.

Im Einzelfall wird eine solche Widerspruchssituation wahrscheinlich dazu führen, daß „zeitweilige taktische Einbußen in Kauf zu nehmen (sind) zugunsten der gemeinsamen Klasseninteressen des internationalen Proletariats, zugunsten eines strategischen Erfolgs“.²⁶

Solange die Interessenabwägung tatsächlich mit aller Sorgfalt erfolgt, und solange nicht einseitig und automatisch Interessen sich durchsetzen, kann eine solche Situation zwar tragische Momente erhalten, aber die prinzipielle Herangehensweise entbehrt nicht der Plausibilität. Es versteht sich, daß die Komplexität solcher Konstellationen dazu führt, daß die entsprechenden Entscheidungen

besonders umstritten sind, in hohem Maße Emotionen hervorrufen und oft auch im nachhinein noch lange Zeit Stoff zu Kontroversen abgeben.

Was das Beispiel der sowjetischen Rüstungstransfers an das Schah-Regime betrifft, so sehen wir uns außerstande, die Abwägung der Interessen der Sowjetunion und der iranischen Opposition unter den damals gegebenen, konkreten historischen Rahmenbedingungen zu rekonstruieren, da uns dazu der Einblick in die iranische Innenpolitik der 60er und 70er Jahre ebenso fehlt wie in die Umstände der sowjetischen Entscheidungsprozesse.

Will man nicht einfach Glaubensbekenntnisse ablegen, so ist eine Analyse all dieser Momente aber unumgänglich. Eine abschließende Bewertung der sowjetischen Rüstungstransfers an das Schah-Regime muß daher vorerst offen bleiben.

Das Iran-Beispiel ist hier nicht nur deshalb so ausführlich behandelt worden, weil es in den Diskussionen um die sowjetische Dritte-Welt-Politik immer wieder eine große Rolle spielt. Vielmehr kann es in seiner Struktur als Paradigma für die anderen Fälle von sowjetischen Rüstungstransfers in bürgerliche und reaktionäre Entwicklungsländer gelten.

Bei einigen Beispielen sollen hier noch kurz historische Umstände skizziert werden, die zum Zustandekommen dieser Transfers führten, ohne daß eine detaillierte Bewertung vorgenommen werden soll.

Kuwait, der Wüstenstaat am Persischen Golf, ist der einzige auf der arabischen Halbinsel, der innenpolitisch vom feudalen Standardmodell Saudi-Arabiens abweicht und Ansätze demokratischer Strukturen besitzt. Außenpolitisch verfolgt Kuwait eine Linie größerer Unabhängigkeit von der alles durchdringenden US-Dominanz in der Golfregion.

Um seine Position zu stärken nahm Kuwait als einziger Staat auf der Halb-

Sowjetischer Kampfhubschrauber Mi-24: Schrecken der nicaraguanischen Contras



insel bereits 1963 diplomatische Beziehungen zur UdSSR auf. Die Sowjetunion war ihrerseits bereit, den nichtpaktgebundenen Kurs Kuwaits zu fördern, u.a. durch die Lieferung von Waffen (vor allem Flugabwehrgerät und Boden-Boden-Raketen).

Die Rüstungstransfers an das Königreich Jordanien sind auf dem Hintergrund des Nahostkonflikts zu sehen, insbesondere der Verschiebung des Kräfteverhältnisses in der Region infolge der Libanonkrise ab 1981 und der israelischen Libanonaggression im Juni 1982 zugunsten Israels.

Um eine größere Distanz Jordaniens zu den USA zu fördern, speziell auch den Abschluß eines jordanisch-israelischen Separatabkommens à la Camp David (zwischen Israel und Ägypten 1978; d. Red.) zu verhindern, intensivierte die UdSSR die Beziehungen zu Jordanien. Bei einem Moskau-Besuch König Husseins wurde die Lieferung von Luftab-

gen mit dem Zentralafrikanischen Kaiserreich. Mit einer einmaligen Lieferung von 4 Schützenpanzern, Gewehren, Karabinern und 3 Hubschraubern²⁸ erkaufte sich die UdSSR gegenüber dem Bokassa-Regime 1977 praktisch Überflugrechte, die für den Nachschub nach Angola, das einem permanenten Abnutzungskrieg Südafrikas ausgesetzt ist, dringend benötigt wurden.

Betrachtet man die Perspektiven der sowjetischen Rüstungstransfers in die Dritte Welt, so ist eindeutig erkennbar, daß die UdSSR über den Weg politischer Vereinbarungen versucht, im Rahmen ihrer allgemeinen Abrüstungsbemühungen, auch diesen Kanal des Wettrüstens zu verstopfen.

In diesen Rahmen gehört auch ein intensiveres Bemühen der UdSSR, regionale Konfliktherde zu entschärfen, z.T. sogar mit einseitigen Vorleistungen (Afghanistan). Das was in der sowjetischen Führung als „Neues Denken“ in den inter-

blik z.B. wächst derzeit der Druck aus Kreisen der CSU und der Stahlhelmfraktion, im Verein mit der Rüstungsindustrie, die Exportpolitik zu „liberalisieren“. Dabei stehen keineswegs nur ökonomische Motive im Vordergrund, sondern – bei Strauß beispielsweise – bewußt eine noch stärkere Einordnung der Bundesrepublik in die globale Strategie der USA.

Von daher bestimmt sich u.a. die Bedeutung des Rüstungsexportthemas für die Friedens- und die Solidaritätsbewegung. Daß die Aktivitäten gegen bundesdeutsche Rüstungsexporte nicht nur mit den Interessen der betroffenen Völker in der Dritten Welt, sondern auch mit den Abrüstungsinteressen der UdSSR konvergieren, sollte dabei mit Gelassenheit zur Kenntnis genommen werden.

Anmerkungen:

17) SIPRI, Rüstungsjahrbuch 6, deutsche Kurzfassung des SIPRI Yearbook 1986, Hamburg 1986, S. 214

18) Ebda., S. 211

19) Ebda., S. 212

20) Barricada International, Managua, 1.8.1985, S.15, zit. nach: SIPRI, Rüstungsjahrbuch 6, a.a.O., S. 213. US-Quellen zufolge wird die Summe – aus durchsichtigen Gründen natürlich – nochmal um ca. 1/3 erhöht. Ebda.

21) Ebda., S. 225. Bizarrerweise steht im gleichen Dossier weiter vorne etwas anderes: „In letzter Zeit hat sich die Lage in der Region, bedingt durch die verstärkte Einmischung der USA, der Sowjetunion und Kubas in die inneren und zwischenstaatlichen Konflikte zunehmend kompliziert.“ (S. 207) Und: „In El Salvador, Guatemala, Honduras und Costa Rica standen die USA als treibende Kraft dahinter, während zur Militarisierung Nicaraguas die Sowjetunion, Kuba und verschiedene osteuropäische Länder beitrugen.“ (S. 225)

Diese Schizophrenie ist eigentlich nur mit einer bestimmten Art opportunistischen Antikommunismus' zu erklären: Um dem in den bürgerlichen Sozialwissenschaften gängigen Standards von „Ausgewogenheit“ und „Objektivität“ zu genügen – vielleicht auch gegenüber den Geldgebern – zieht man eine Interpretation nach dem Supermächtedogma lieber an den Haaren herbei, als daß man wahrheitsgetreu feststellt: Die USA sind aggressiv, und die UdSSR unterstützt das Opfer der Aggression.

22) In: Konkret, Nr. 7/1985, S.48

23) SIPRI, Yearbook 1986, a.a.O., S. 317

24) Von 1965-79 lieferte die UdSSR, westlichen Angaben zufolge, Rüstungsgüter im Werte von ca. 1,2 Mrd \$ an den Iran. Das sind ca. 10% der iranischen Rüstungsimporte in diesem Zeitraum. U.a. wurden Schützenpanzer, Flugabwehrkanonen, Raketenwerfer und Flak-Panzer geliefert. Vgl. J. Krause, Sowjetische Militärhilfepolitik..., a.a.O., S. 146ff.

25) J. Krassin/B. Leibson, Über den proletarischen Internationalismus, in: Sozialismus – Theorie und Praxis, Moskau, Nr. 5/1980, S. 42/43

26) Ebda., S.42

27) J. Krause, Sowjetische Militärhilfepolitik..., a.a.O., S.58

28) Ebda., S. 344



Panzer der indischen Streitkräfte aus sowjetischer Produktion

wehrwaffen vereinbart. Die Verbesserung der Beziehungen zu Jordanien erweitern gleichzeitig den sowjetischen Spielraum in den komplizierten Auseinandersetzungen im arabischen Lager und innerhalb der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO).

Waffenlieferungen an Marokko sind eine kurze Episode. 1961 erhielt die königliche Armee 16 Flugzeuge und einige Panzer T-54.²⁷ Dahinter stand von sowjetischer Seite die Hoffnung, als zwischen Marokko und dem Westen Widersprüche aufbrachen, das Königreich zur Kündigung westlicher Militärbasen zu bewegen.

Als 1963 zwischen Marokko und Algerien ein Grenzkrieg ausbrach, stellte sich die UdSSR auf Algeriens Seite und brach die Rüstungsbeziehungen zu Marokko ab.

Kurzlebige waren die Rüstungsbeziehun-

nationalen Beziehungen bezeichnet wird, schlägt sich auch bei diesen Problemen nieder.

Es wäre allerdings eine krasse Fehldeutung der jüngsten Veränderungen in der sowjetischen Politik, davon auszugehen, daß die Unterstützung für Befreiungsbewegungen und vom Imperialismus bedrohter Länder aufhören könnte, solange die Bedrohungssituation fortbesteht. Inwieweit den sowjetischen Absichten Erfolg beschieden ist, hängt natürlich nicht allein von der UdSSR ab. Abgesehen davon, daß der Schwerpunkt von Abrüstungsbemühungen zunächst bei den strategischen Waffen, Massenvernichtungsmitteln, SDI usw. liegen muß, zeigt auch die Gegenseite ganz im Sinne der konfrontativen Gesamtpolitik von USA und NATO keinerlei Bereitschaft, hier zu Vereinbarungen zu kommen.

Ganz im Gegenteil. In der Bundesrepu-

ASK-Seminar

Braucht die Dritte Welt AKW's ?

„Braucht die Dritte Welt Atomkraftwerke?“ lautete der Titel eines Seminars, zu dem am 21./22. Februar d.J. das Antimperialistische Solidaritätskomitee für Asien, Afrika und Lateinamerika (ASK) nach Frankfurt eingeladen hatte. Knapp 40 Teilnehmer, darunter marxistische und grüne Wissenschaftler, Mitglieder von Solidaritäts-, Friedens- und Anti-Atomkraft-Gruppen folgten der Einladung. Es war dies das erste Mal, daß ein solches Diskussionsforum der Dritte-Welt-Szene stattfand, nachdem ein entsprechender Versuch des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) im November 1986 gescheitert war. Umso bedauerlicher wurde es eingeschätzt, daß eine Teilnahme des BUKO am ASK-Seminar trotz intensiver Bemühungen nicht machbar war.

Im Zentrum der Referate und Diskussionen auf dem Seminar standen die Bedeutung des globalen Energieproblems, die Diskussion um die weitere Nutzung der Atomenergie sowie Möglichkeiten der alternativen Energiegewinnung. Desweiteren wurden ökologische Aspekte der gegenwärtig fast ausschließlich auf fossile Energieträger gestützten Energiegewinnung diskutiert.



In seinem Einleitungsreferat stellte **Hermann Bömer**, Akademischer Rat in Dortmund, Prognosen des Weltenergieverbrauchs in Abhängigkeit von der Bevölkerungsentwicklung dar und verknüpfte das weltweite Ressourcen-/Energieproblem mit den anderen drängenden globalen Problemen wie z.B. der **Unterentwicklung**.

Zu ihrer Überwindung sei ein ausreichendes Energieangebot zwar eine notwendige, keineswegs jedoch eine hinreichende Lösungsstrategie. Ebenso gelte hier der ökologische Imperativ, wonach die notwendige Entwicklung alle denkbaren Möglichkeiten eines sparsamen und – wo möglich – auf regenerative Energiequellen gestützten Wachstums ausschöpfen muß.

Das **Umweltproblem** zeige sich nämlich als Folge der extrem schnellen Verbrauchszuwächse der fossilen Energieträger in Kombination mit der progressiven Vernichtung der Weltwaldbestände, wodurch die Menschheit zum einen durch Schwefeldioxyd und Stickoxyde und zum anderen durch CO₂ in eine die Menschheit bedrohende Falle geraten könne.

Die Schlüsselfrage ist für Bömer folgerichtig,



Einleitungsreferent H. Bömer (l.) und J. Giegrich (oben) beim Dia-Vortrag

wie schnell deshalb regenerative Energiequellen entwickelt werden können, deren maximale Ausnutzung allerdings ein hohes Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte, ein eigenes Potential an Ingenieuren aller Art, Naturwissenschaftlern, Ökonomen, Ökologen und Planern verlange.

In den schärfsten Sparmodellen werde ein Anteil der regenerativen Energien von 8 TW (1 TW = 1 Mrd t Steinkohleeinheiten) am Gesamtenergieverbrauch im Jahre 2030 von 15 TW angenommen. Doch sei diese Annahme sehr optimistisch und könne nur erreicht werden bei Konzentration aller intellektueller Fähigkeiten der Menschheit und ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten auf dieses Ziel.

Dies setze voraus, daß umgehend aberüstet und ein Klima der internationalen Kooperation geschaffen werde, was untrennbar verbunden sei mit dem Kampf für den Erhalt des **Weltfriedens**. Nachgedacht werden müsse auch über neue Formen des Technologietransfers, die einerseits den fortgeschrittensten Stand umweltfreundlicher, den jeweiligen Länderbedingungen angepaßter Technologien und Planungsverfahren repräsentieren, andererseits die Abhängigkeit von den höherentwickelten Ländern nicht erneut reproduzieren.

Dies würde die Einleitung radikaler Schritte für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung – und damit Kampf gegen den Neokolonialismus – sowie für die dringend erforderlichen sozialrevolutionären Veränderungen in den meisten Entwicklungsländern bedeuten. Das wiederum setze zwingend voraus, daß sich auch das Kräfteverhältnis in den kapitalistischen Metropolen zumindest soweit verändere, daß die Macht der multinationalen Konzerne zurückgedrängt werden könne. Unter diesen Bedingungen könne der Kampf um eine **Lebensweise**, die das Überleben der Menschheit

sichert, erfolgreich sein.

In der Diskussion um regenerative Energien wies **Peter Baz** von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) darauf hin, daß allein durch die Nutzung der Sonnenenergie ein Großteil der in der Dritten Welt benötigten Energie gewonnen werden könne. Daneben seien alle herkömmlichen Kraftwerke unter Umweltschutzaspekten und nach dem Prinzip des höchsten Wirkungsgrades (z.B. Kraft-Wärme-Koppelung) einzusetzen.

Auf den Strom als Energiequelle könne dort sogar ganz verzichtet werden, wo nur mechanische Energie vonnöten sei. Bei allen Planungen müsse die Verschiedenartigkeit der Länder berücksichtigt werden, die es erforderlich mache – wo möglich – auch die Geothermik oder die Gezeiten zur Energiegewinnung zu nutzen.

Baz favorisierte einen dezentralen Ansatz der Entwicklung, der seiner Ansicht nach am umwelt- und sozial verträglichsten sei. Insofern lehnte er die bisher in den Entwicklungsländern oft verfolgten Entwicklungswege ab, die unter dem Druck internationaler Finanzierungsorganisationen und unter Errichtung von Großprojekten bisher verfolgt wurden. Sie orientierten sich nicht an der Verbesserung der traditionellen Lebensbedingungen der Masse der Bevölkerung auf dem höchsten technischen Standard, sondern dienten in der Regel der Befriedigung der Bedürfnisse der herrschenden Eliten.

Dem wurde H. Bömer und anderen Diskutanten insofern widersprochen, als es darauf ankomme, eine gemischte Variante aus Groß- und Kleintechnologie, mit zentralen und dezentralen Ansätzen anzustreben. Gerade im Bereich der Produktionsgüterindustrie könne Großtechnologie sinnvoll sein. Allerdings sollten immer dann dezentrale Ansätze vorgezo-

Apartheid und Widerstand

gen werden, wenn mit ihrer Hilfe die anvisierten Ziele billiger, effizienter und unter Bereitstellung von Arbeitsplätzen zu erreichen seien. Große Einigkeit bestand hingegen hinsichtlich der Äußerung von P. Baz, daß alle Ansätze zur Lösung des Energieproblems (z.B. Energie-sparen) kaum verwirklicht werden könnten, wenn die Industrieländer nicht dadurch Glaubwürdigkeit erlangten, daß sie das, was sie anderen propagierten, auch selbst praktizierten. Einig war man sich ferner darin, daß die Nutzung der Atomenergie in der Dritten Welt als zu gefährlich abzulehnen sei.

Jürgen Giegrich vom Institut für Energie- und Umweltforschung in Heidelberg wies in einem Lichtbildvortrag auf die unterschiedlichen Technologieprofile von Atom- und Alternativenergie hin. Er begründete im Detail, daß unter den Aspekten der Sicherheit, der Wirtschaftlichkeit wie des humansonialen Teilprofils dabei die Atomenergie gleichermaßen schlecht unter verschiedenen Energieträgern abschneide.

Die Atomenergie sei vergleichsweise zu teuer und binde zu große Mittel in Planung, Betrieb und Entsorgung der Atomkraftwerke. Der Ankauf von Atomkraftwerken führe zu neuen neokolonialistischen Abhängigkeiten für die Entwicklungsländer. Im Falle eines Unglücks seien die Folgeschäden wegen der schwachen Infrastruktur der meisten Entwicklungsländer enorm.

Wolff Geisler von der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) stellte die Gefahren einer militärischen Nutzbarkeit der Atomenergie in der Dritten Welt dar. Er beschuldigte die Bundesregierung, zielgerichtet nur mit solchen Ländern zusammenzuarbeiten, die den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet hätten (Argentinien, Brasilien, Pakistan, Südafrika). Und er äußerte den Verdacht, daß sich die Bundesregierung auf diesem Umweg selbst den Zugang zu Atomwaffen eröffnen wollte. Für den Fall Südafrika stellte Geisler glaubhaft dar, daß es sich bereits im Besitz der Bombe befinde. Hinter den BRD-AKW-Exporten stehe allein das Motiv der militärischen Nutzung.

Gegen letzteres wandte H. Bömer ein, auch wirtschaftliche bzw. Profitinteressen seien – so etwa beim Brasiliengeschäft – mit im Spiel. In der Diskussion über die ökologischen Aspekte der Nutzung fossiler Energieträger war es einhellige Meinung, daß die weitere Nutzung im gegenwärtigen Umfang nicht mehr verantwortbar sei. Wie der Ökologieexperte Edgar Gärtner (Besauçon) erläuterte, hat sich der CO₂-Anteil in der Luft seit 1958 um 10% erhöht und wird sich im nächsten Jahrhundert verdoppeln.

Dies könne, so Gärtner, dazu führen, daß langfristig durch Temperaturerhöhungen auf der Erde die Polkappen schmelzen. Ebenso bedrohlich könnte sich der Ruß- und Staubanteil in der Luft auswirken, der durch Verhinderung der Sonneneinstrahlung gar zu einer Temperatursenkung und damit zu Vereisung führen könne.

Am Beispiel der intensiven Nutzung von Holz zur Energiegewinnung, das in den ärmsten Ländern Afrikas zu 70-90% am Gesamtenergieverbrauch beteiligt ist, sowie am Beispiel der Entwaldung durch Industrie und Bergbau sowie der Brandrodung veranschaulichte Georg Diederichs (AIB), daß dies in großem Maßstab zu Verwüstung, Erosion und Vernichtung landwirtschaftlicher Flächen sowie zu drastischen Klimaveränderungen führe.

Zum Abschluß des Seminars äußerten alle Teilnehmer ihre Zufriedenheit darüber, daß die Diskussion um die globalen und im speziellen über die Ressourcen/Energieproblematik begonnen habe. Und sie forderten alle Kräfte auf, an der Lösung der globalen Probleme mitzuwirken.

Ulrich Rupp

Literatur über Südafrika ist in, auf dem bundesdeutschen Buchmarkt werden zu diesem Thema Romane, Erzählungen, Gedichte, Fotobände angeboten. Die Fragen der politischen Entwicklung des Landes am Kap der Guten Hoffnung werden in zahlreichen Veröffentlichungen aufgegriffen. Vorgestellt werden sollen hier vier Bücher, die alle den Anspruch einer Gesamtschätzung der Lage für sich erheben.

Günter Verheugen, der Experte der SPD für das Südliche Afrika, legte den Band **Apartheid. Südafrika und die deutschen Interessen am Kap**, Kiepenheuer & Witsch, Köln 1986, 286 S., 18,80 DM

vor, sicher das politisch bemerkenswerteste Buch zum Thema. Zusätzliches Gewicht erhält es durch ein Vorwort von Bischof Desmond Tutu.

Verheugen beschreibt kurz das Wesen der Apartheid, aber sein Hauptaugenmerk gilt der unrühmlichen Rolle der Bundesrepublik im Apartheidstaat. Seine Schlußfolgerung lautet: Es gibt eine ungebrochene Geschichte der Kollaboration im Wirtschaftsleben, in wichtigen Bereichen wie Politik und Kultur.

Diese Tradition, so Verheugen, müsse gebrochen werden, wolle man den politischen Forderungen der Mehrheit Südafrikas gerecht werden: „...daß Dritte nicht das Recht haben, die Betroffenen zu bevormunden und den Anspruch zu erheben, sie wüßten besser, was für die Schwarzen gut ist oder nicht, als diese selber.“

Bis zu diesem Punkt ist ihm zuzustimmen, doch zu einer vollen Unterstützung des Mehrheitswillens der Südafrikaner nach umfassenden Sanktionen, die ihren Kampf gegen die Apartheid von außen unterstützen könnten, kann auch Verheugen sich nicht durchringen. „Eine vernünftige Sanktionspolitik würde auch nicht mit einem Totalboykott beginnen, sondern sich auf die für das Apartheid-System selbst strategisch wichtigen Bereiche Energie, Transport und Kommunikation, Technologie und Rohstoffe konzentrieren. Es wäre ja nicht

sinnvoll, die südafrikanische Wirtschaft zerstören zu wollen. Es muß vielmehr darum gehen, Weiß-Südafrika klarzumachen, daß es den Weg des Wandels endgültig beschreiten muß.“ (S. 256f.)

Wer die Sanktionsfrage zur „Gretchenfrage der Südafrikapolitik“ erklärt, muß hier klarer Position beziehen.

Verheugens strategische Überlegungen richten sich auf eine Verhandlungslösung nach Erfüllung der grundlegenden politischen Forderungen, dem Abbau der Apartheid, der Freilassung der politischen Gefangenen, Zulassung der verbotenen schwarzen Organisationen, Aufhebung aller Bannverfügungen und der Zensur. (S. 258)

Eine Lösung, die unter Einschluß des Prinzips „Eine Person – eine Stimme“ ein Zusammenleben von Schwarz und Weiß in Südafrika garantieren müßte. Für ihn sind Sanktionen das entscheidende Mittel des Westens, einen solchen Prozeß in Gang zu setzen. Und der Westen könnte sich damit die Möglichkeit schaffen, als jetziger Verbündeter des Widerstandes in Südafrika auch in Zukunft in diesem Land eine Rolle zu spielen.

Neben Sanktionen sei dazu eine neue Haltung zur Befreiungsbewegung Südafrikas, dem Afrikanischen Nationalkongreß (ANC), notwendig. Denn: „Wer einen friedlichen Wandel will und wer ein demokratisches, nicht-rassistisches Südafrika als Alternative zur Apartheid anstrebt, kann sich nur auf den ANC stützen.“ (S. 270)

Das ist zweifellos richtig. Die allererste Konsequenz daraus müßte aber doch die Forderung nach Anerkennung der Befreiungsbewegung als Vertreterin ihres Volkes sein, wie sie von der UNO, internationalen Organisationen und z.B. zahlreichen afrikanischen Staaten seit Jahren gewährt wird. Hier kneift Verheugen, und er drückt sich in seinen Aussagen auch um eine klare Stellungnahme zum gegenwärtigen Kampf gegen die Apartheid herum, der ja den bewaffneten Kampf als Teil des Widerstandes einschließt.

Den Bildband „Alltag der Apartheid“ überreichte Pahl-Rugenstein-Verlagsleiter Paul Neuhöffer (r.) in Bonn an ANC-Vertreter Tony Seedit. Seedit und Oliver Tambo schrieben die Geleitworte



Im Rahmen der Südafrika-Debatten ist die von G. Verheugen vorgelegte Schrift sicher ein Lichtblick, wenn die entwickelten Positionen zu einer konsequenteren Politik gegenüber dem Apartheidstaat führen. Die genannten Mängel der Analyse werden in der tatsächlichen politischen Auseinandersetzung zu überwinden sein. Argumente für umfassende statt selektiver Sanktionen liefert der Autor schließlich selbst, wenn er sich auf den Mehrheitswillen der Bevölkerung Südafrikas bezieht.

Für die Südafrikadebatte in der BRD ist es immerhin ein Fortschritt, daß sich ein führendes Mitglied der SPD auf den Standpunkt stellt, Sanktionen seien gegen den Apartheidstaat unerlässlich, und den ANC als tragendes Moment der Zukunft Südafrikas ansieht.

Ganz und gar nicht erfreulich ist dagegen das Buch von

Thomas Kruchem, Brücken über die Apartheid. Gespräche im Südafrika des Ausnahmezustands, Piper, München/Zürich 1986, 329 S., 14,80 DM.

Hat er unter seinen „Gesprächen im Südafrika des Ausnahmezustandes“ auch einige Vertreter des Widerstandes gegen Apartheid zu Wort kommen lassen, so ist das deutliche Übergewicht doch auf Seiten der Apartheidbefürworter und der Marionetten à la Gatsha Buthelezi. Die Gewichtung der Gespräche ist gleichzeitig der einzige Hinweis auf Kruchems persönliche Position zur Lage in Südafrika, Einschätzungen überließ der Autor anderen.

Arnulf Baring, Professor für Zeitgeschichte und Internationale Beziehungen an der FU Berlin, steuerte einen Einschätzungsartikel bei unter dem Motto „Von der Schwierigkeit, die Macht zu teilen, ohne die Kontrolle zu verlieren“.

Die Buren jubelt er in einer Manier hoch, die an die dunkelsten Zeiten der deutschen Geschichte erinnern („Stählern, zumal die Jungen (der Sportteil der Zeitungen ersetzt das Feuilleton), überhaupt tüchtig“, S. 20). Die Schwarzen hingegen sind für ihn „arme, illiterate Massen“ (S. 26), die von Mißbrauch und Manipulation bedroht wären, käme es zu einer Befreiung ohne die notwendige Vorbereitung durch Demokratiespielchen, wie sie etwa in den von den township-Bewohnern boykottierten sog. Stadträten eingeübt werden könnten. Die Schwarzen Südafrikas sind für ihn noch nicht reif für die Selbstbestimmung, eine Haltung, die auch von den Mitgliedern der Regierung Botha vertreten wird.

Ausgewogenheit will der Herausgeber demonstrieren, wenn er neben der rassistischen Äußerung Barings einen Vertreter der Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, Werner Hättig, zu Wort kommen läßt. Letzterer hätte besser daran getan, auf die Beteiligung an einem Buch zu verzichten, das offen rassistischen Positionen, wie jenen Barings, Raum gibt.

Nimmt man das Buch als Ganzes, so entsteht der Eindruck, die Situation des Widerstandes und im Widerstand soll verschleiern, die Rolle des ANC und der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) für die politische Entwicklung des Landes herabgewürdigt werden.

Gleiche Tendenzen werden auch deutlich in dem Band

internationale sozialistische publikationen (isp, Hg.), Aufstand gegen Apartheid. Dokumente und Analysen aus dem Widerstand, Frankfurt/M. 1985, 145 S., 14,80 DM.

Durchgehend wird dem ANC und mit ihm zusammenarbeitenden Organisationen vorgeworfen, den Massenkampf zu vernachlässigen und keine reale Perspektive für den Befreiungskampf zu haben. Als zentrales Moment der Isoliertheit des ANC wird dessen bewaffneter Kampf angeführt, der im Widerspruch zur Selbstverteidigung der Massen gegen die Repressionsapparate der Regierung stehe. (S.

50f. und 105) Die gegenwärtige Situation des Widerstandes zeichne sich durch das Fehlen einer revolutionären Führung bzw. einer entsprechenden Organisation aus.

Schlußfolgerung für die Solidaritätsbewegung müsse es sein, alle Kämpfer gegen Apartheid, ohne Ansehen ihrer jeweiligen politischen und weltanschaulichen Positionen gleichermaßen zu unterstützen. (IV, Internationale, 24. Jan. 1983, S. 64)

Etikettenschwindel betreibt isp mit der Behauptung, Dokumente von ANC, UDF und Nationalem Forum widerzugeben. Als Dokument des ANC ist lediglich die Freiheitscharta von 1955 aufgeführt, die jedoch von wesentlich mehr Organisationen als Grundlage ihres politischen Handelns in Südafrika betrachtet wird und auch von ihrem Ursprung her ein breiteres Spektrum des Widerstandes vertritt. Ebenfalls bei isp erschienen ist der Band **Neville Alexander, Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Kultur und Politik der unterdrückten Mehrheit Südafrikas, Frankfurt/M. 1986, 176 S., 21 DM,**

der Reden und Aufsätze des südafrikanischen Autors aus den Jahren 1982-84 enthält.

Alexander stützt sich in seinen Reden zu unterschiedlichen Aspekten der Südafrikanischen Gesellschaft wie Bildung, Beteiligung der Frauen am Widerstand usw. auf eine Grundthese, die der schwarzen Arbeiterklasse (deren Definition fehlt allerdings) die entscheidende Rolle im Kampf für ein sozialistisches Südafrika bzw. in seiner Terminologie „Azania“ zuspricht. Hingegen werden anderen Schichten, die heute am Widerstand gegen die Apartheid beteiligt sind, nur verkürzte Interessen zugebilligt, die sich mit einer kapitalistischen Gesellschaft mit erweiterten Möglichkeiten für ausgewählte schwarze Gruppen zufriedengeben könnten. Die Orientierung auf einen Anti-Apartheid-Kampf ohne Verbindung mit der sozialistischen Perspektive nach der Befreiung hält Alexander für falsch, da sie wesentlich in Südafrika nichts ändern könne.

Das große Problem des Weges hin zu seinem postulierten Maximalziel „sozialistisches Azania“ allerdings läßt er offen. Hier fehlen sowohl Formulierungen unmittelbar zu erreichender Ziele wie auch strategische und taktische Gedankengänge. Dies zeigt das grundsätzliche Defizit einiger Organisationen des Widerstandes in Südafrika auf, wie etwa der Cape Action League oder des Nationalen Forums, denen auch Alexander zuzurechnen ist.

In diesem Zusammenhang muß es auch verwundern, wenn Alexander in dem letzten Beitrag „Nach den Wahlen vom August“ (S. 150ff.) im Dezember 1984 sich nicht äußert zu den vielfältigen Kampfformen, die den erfolgreichen Boykott der Wahlen zu dem sog. 3-Kammern-Parlament gesichert hatten. Eine Rede, die der weiteren Orientierung dient, sollte sich zumindest die Mühe machen, die Erfolge und Mißerfolge einzelner Schritte des Widerstandes vor allem unter dem Gesichtspunkt der Zukunft zu untersuchen.

Rainer Falk, Südafrika. Widerstand und Befreiungskampf, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1986, 286 S., 14,80 DM

zeichnet sich unter den genannten Büchern durch die exakteste Darstellung der Geschichte und Politik des ANC, der tragenden Kraft des Widerstandes in Südafrika aus. Seinen Anspruch, den Widerstand als Ganzes darzustellen, löst R. Falk allerdings weder in seiner Einführung noch im Dokumententeil ein. Auch die Position, der ANC sei die entscheidende Kraft des Widerstandes gegen Apartheid, sollte es nicht ausschließen, alternative Vorstellungen zur gesellschaftlichen Perspektive und zu Strategie und Taktik anzusprechen, die in Südafrika vorhanden sind.

Dennoch ist die in diesem Buch vorgelegte Sammlung von Dokumenten des Widerstandes gegen die Apartheid, die von der Freiheitscharta (1955) bis zu aktuellen Dokumenten reicht, eine Bereicherung für jeden Interessierten, da hier einige neuere Dokumente des Widerstandes erstmals in deutscher Übersetzung vorgelegt werden.

Der Journalist und ausgewiesenen Südafrika-Kennerin **Ruth Weiss** und der Theologin **Hannelore Oesterle-Schindler** gelingt es, mit ihrem Band

Mandelas zornige Erben. Kampf um die Macht in Südafrika, Hammer Verlag, Wuppertal 1987, 204 S., 16,80 DM

ein umfassendes Bild Südafrikas zu vermitteln – mit Hilfe einer Mischung von Originaldokumenten des Widerstandes und der Gegenseite, der Apartheid-Befürworter, sowie Stellungnahmen und journalistischen Zeugnissen internationaler Beobachter der Vorgänge im Land der Apartheid.

Dies macht das Buch wertvoll für alle, die nicht nur informiert sein wollen über ein fremdes Land, sondern dieses Wissen in Diskussionen und/oder Aktionen weitertragen wollen, um so beizutragen zur Solidarität mit dem Widerstand gegen die Apartheid. In diesem Sinne besonders hervorzuheben sind die von den beiden Autorinnen zusammengestellten Materialien zur Sanktionsfrage (S. 155-175).

Julie Frederikse nennt bei ihrem Wort- und Bildband schon im Titel die Perspektive für Südafrika

Von Soweto nach Pretoria. Der Krieg um die Macht in Südafrika, Informationsstelle südliches Afrika, Bonn 1986, 192 S., 29,80 DM.

Stärker noch als den anderen Autoren, die sich positiv auf den Widerstand beziehen, gelingt es der US-amerikanischen Journalistin, die seit Jahren im Südlichen Afrika lebt, mit Bildern, Texten und dokumentierten Gesprächen mit Südafrikanern, Weißen und Schwarzen, Apartheidbefürwortern und -gegnern, ein Stimmungsbild des heutigen Südafrika zu zeichnen. Dies reicht von der Darstellung rassistischer Positionen in Wort und Bild – bis hin zu makabren Beispielen rassistischer Werbegruppen – bis zur Darstellung des Widerstandes, dessen facettenreiches Erscheinungsbild eindrucksvoll dokumentiert wird.

Mit diesem Buch hat der Leser und Betrachter die Möglichkeit sich vorzustellen, was Apartheid ist, wie tief sie in das alltägliche Leben aller Südafrikaner eingreift; offensichtlich wird auch, daß es zum Widerstand keine Alternative gibt.

Greifbar werden so Vorstellungen der jungen Township-Bewohner, die sich zum Widerstand entschlossen haben, werden Haltungen schwarzer und weißer Südafrikaner zu Fragen des bewaffneten Kampfes, internationalen Sanktionen usw.

Den Opfern der Apartheid gewidmet zum 75. Jahrestag des ANC ist der Band

Alltag der Apartheid – Bilder aus Südafrika, Pahl-Rugenstein, Köln 1987, 144 S., 32 DM.

Eindrucksvolle Fotos dokumentieren den Alltag der Menschen Südafrikas. Tony Seedat, ANC-Vertreter in der BRD, äußert in seinem Vorwort: Mit diesen Bildern „ist hoffentlich die Entschlossenheit des Volkes zu spüren, das Apartheidssystem zu zerstören. Es soll klar werden, daß dieses System, das von der Weltöffentlichkeit zum Verbrechen gegen die Menschlichkeit erklärt worden ist, nicht reformiert werden kann.“

Diesem Anspruch werden die Bilder und auch die kurzen prägnanten Texte von Dr. Aziza Seedat voll gerecht. Dieses Buch ist umso wichtiger, als die Pressezensur des Apartheidstaates der internationalen Öffentlichkeit Bilder über die Auseinandersetzungen in Südafrika vorzuhalten versucht.

Marianne Kolter

Iran-Protest gegen Satire

Ein 14-Sekunden-Gag in „Rudis Tagesshow“ vom 15. Februar d.J., in dem Ajatollah Khomeini anlässlich der iranischen Revolutionsfeierlichkeiten mit BHs und Slips beschenkt wurde, führte zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen Iran und der BRD.

Der iranische Botschafter Djavad Salari erklärte, damit seien „das geistliche Oberhaupt aller Muslime“ beleidigt und die religiösen Gefühle „nicht nur des iranischen Volkes, sondern von Muslimen in aller Welt“ verletzt worden. Der Iran verwies daraufhin zwei bundesdeutsche Diplomaten des Landes und schloß das Goethe-Institut in Teheran.

Moderator Rudi Carell entschuldigte sich. Die Bundesregierung bedauerte die Sendung, lehnte aber eine von der iranischen Botschaft geforderte Entschuldigung mit Verweis auf die „bestehende Pressefreiheit“ ab.

Es war wohl weniger moralische Skrupel denn die Sorge um die florierenden Wirtschaftsbeziehungen mit dem Iran, was die Regierung Kohl zum Bedauern bewog. Moralische Prinzipien scheint man jedenfalls in Bonn nicht zu kennen, wenn auf Schleichwegen Waffen an beide Parteien des Golfkrieges geliefert werden.

U-Boot-Affäre



Helmut Kohl vor dem U-Boot-Untersuchungsausschuß

Die Affäre um die Lieferungen von U-Bootplänen durch die Kieler Howaldtswerke (HDW) an Südafrika wird nun endgültig auch den neuen Bundestag beschäftigen, nachdem die SPD-Fraktion am 17.2.1987 in Bonn einstimmig eine Neueinsetzung des Untersuchungsausschusses, der sich in der letzten Legislaturperiode damit befaßte, beschloß. Die Grünen sprachen sich ebenfalls dafür aus. Uschi Eid von den Grünen erklärte, es sei notwendig, um „mehr öffentlichen Druck gegen bundesdeutsche Waffenexporte zu machen“. Alles spreche dafür, daß Staatssekretär Schreckenberger und Kanzlerberater Teltschik vor dem Ausschuß die Unwahrheit sagten.

Auch nach der Vernehmung von Bundeskanzler Helmut Kohl am 16. Februar bleibt die Frage offen, welche dubiose Rolle das Kanzleramt in dieser Affäre gespielt hat. Die Firmenvertreter des Ingenieurs-Kontors Lübeck (IKL) und der HDW, die eine Aussage verweigerten, haben in den vorgelegten Papieren aufzeigen können, daß sie sich der Zustimmung des Kanzleramtes sicher waren.

Es habe keine Genehmigung der Bundesregierung gegeben, mithin sei der „Blaupausen-Export“ ein Fall für die Staatsanwaltschaft,

und damit die politische Arbeit des Ausschusses beendet, ließ die CDU/CSU verlauten. Sie droht zudem der SPD bei einer Wiederaufnahme der Untersuchungen, auch die Waffenexporte unter der sozialliberalen Koalition (bis 1982) zu behandeln.

Broschüren, Dias zu Asyl

ASYL Nr. 4 „Endlich anerkannt – und dann?“ Zur Situation der Asylberechtigten. Ein Ratgeber (48 S., 6 DM zzgl. Porto) ist die jüngste Veröffentlichung in der Reihe Asyl, die vom Hamburger Arbeitskreis ASYL herausgegeben wird. Nach vorangegangenen Themenschwerpunkten wie zum Grundrecht auf Asyl, zum Asylverfahrensgesetz oder der Flucht ins Lager will ASYL Nr. 4 die rechtliche und soziale Lage der anerkannten Flüchtlinge und die gesetzlichen Eingliederungshilfen (Sprachförderung, Arbeitserlaubnis u.a.) dokumentieren. Ziel dieser neuen Broschüre ist es, die öffentliche Diskussion über die soziale Integration der Asylberechtigten anzuregen.

Ebenfalls vom Hamburger Arbeitskreis erstellt wurde eine Dia-Serie „Nach der Flucht ins Lager“ (70 Farbdias und Textheft, 30 min., Ausleihgebühr pro Woche 20 DM), die anschaulich die Lebensbedingungen der Asylsuchenden darstellt. Sie eignet sich sehr gut für den Einsatz in Schulen, Kirchengemeinden und Bürgerinitiativen.

Broschüre und Dia-Serie können bestellt werden beim: Hamburger Arbeitskreis ASYL e.V., Heketweg 7, 2000 Hamburg 61

Broschüre: Daimler Benz in Südafrika

Die Broschüre

Klaus Heidel, Kein guter Stern für die Schwarzen: Die Geschäfte von Daimler-Benz in Südafrika, Heidelberg 1987, 102 S., 5,90 DM untersucht Vergangenheit und Gegenwart des größten bundesdeutschen Konzern im Apartheidstaat.

Neben wirtschaftlichen Daten bietet die Broschüre viel Material zur Lage der Schwarzen im Daimler-Benz-Imperium sowie zu deren gewerkschaftlichen Aktivitäten. Leider fehlt in der Studie ein Hinweis auf Aktionen gegen die Geschäfte mit der Apartheid in der BRD, die der Autor oder die Herausgeber unbedingt noch hätten ansprechen sollen.

Bezogen werden kann die Broschüre bei: Christen für Arbeit und Gerechtigkeit weltweit e.V., Obere Seegasse 18, 6900 Heidelberg.

Palästina-Demonstration

Am 21. Februar d.J. fand in Bonn eine Demonstration und Kundgebung unter der Forderung „Rettet die Palästinenser im Libanon“ statt, an der rund 1.000 Menschen teilnahmen. Aufgerufen hatten der gleichnamige Trägerkreis, der Bundesvorstand und die Fraktion der Grünen, die Bonner PLO-Vertretung, das Antimperialistische Solidaritätskomitee (ASK), der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), verschiedene palästinensische Organisationen sowie Solidaritätsgruppen.

Als Hauptverantwortliche für den seit Ende September 1986 anhaltenden zweiten „Belagerungs- und Vernichtungsfeldzug“ gegen die Palästinenserlager im Libanon wurden im Aufruf Syrien, die Amal-Miliz und Israel benannt. Die Forderungen der Demonstration konzen-

trierten sich auf die sofortige Einstellung der militärischen Angriffe, die Beendigung der Belagerung, die Sicherstellung der Versorgung mit Medikamenten und Lebensmitteln sowie die Anerkennung des Existenzrechtes aller palästinensischen Lager im Libanon.

Der Trägerkreis „Rettet die Palästinenser im Libanon“ sieht in der Demonstration den Auftakt zu einer kontinuierlichen, humanitären Unterstützung der bedrohten Lager.

Termine

3.-5. April 1987

Mitgliederversammlung der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) in Köln.

Kontakt: AAB, Blücherstr. 14, 5300 Bonn, Tel. 0228-211355

3.-5. April

Seminar „Sowjetunion und Dritte Welt“ in der Evangelischen Jugendakademie Radevormwald.

Kontakt: Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040-393156

3.-5. April

Seminar „Nahrungsmittelhilfe: Zwischen Welthandelsstrategie, Hunger und Ernährungssicherung“ in Bielefeld.

Kontakt: BUKO-Agro-Koordination, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040-392526

18.-20. April

Ostermärsche

9.-10. Mai

Mitgliederversammlung des Antimperialistischen Solidaritätskomitees für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK) in Frankfurt.

Kontakt: ASK, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, Tel. 069-709060

16.-17. Mai

Konferenz der Friedensbewegung in Köln. Anmeldung und Bestellung des Readers bei: Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung, Bornheimer Str. 20, 5300 Bonn I, Tel. 0228-692904/05

21. Mai

Bundesweiter Bankenaktionstag anlässlich der Aktionärsversammlung der Dresdner Bank (siehe Kasten in diesem Heft)

28.-31. Mai

11. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) zum Thema Schuldenkrise (siehe Heftmitte)

28.-31. Mai

Bundesweiter Gesundheitstag in Kassel. 30 Arbeitsgruppen zum Thema Gesundheit und Dritte Welt.

Kontakt: Gesundheitsladen e.V., Friedrich-Ebert-Str. 177, 3500 Kassel, Tel. 0561-34000

17.-21. Juni

22. Ev. Kirchentag in Frankfurt

Erdöl/Afrika

Im Januar d.J. wurde in der nigerianischen Hauptstadt Lagos die Vereinigung Afrikanischer Erdölproduzenten (APPA) gegründet. In ihr haben sich neun afrikanische Länder, nämlich Ägypten, Algerien, Angola, Benin, Gabun, Kamerun, Kongo, Libyen und Nigeria, zusammengeschlossen.

Die APPA ist der dritte Zusammenschluß von Erdölländern der Dritten Welt – nach der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC, gegr. 1960) und der arabischen OAEPEC (gegr. 1968). Von den afrikanischen Ländern gehören sowohl Libyen als auch Algerien bereits der OPEC und der OAEPEC an. Dagegen ist Ägypten seit dem Separatfriedensvertrag mit Israel vom Jahr 1978 von der OAEPEC-Mitgliedschaft suspendiert.

Die Gründung der APPA war maßgeblich beeinflusst von dem starken Erdölpreisverfall des Jahres 1986. Hiervon waren insbesondere Nigeria und Ägypten betroffen, welche mit ca. 20 bzw. 40 Mrd \$ im Ausland verschuldet sind. Mit ca. 7,3 Mrd t verfügen die afrikanischen Länder über den viertgrößten Anteil an den Welterdölreserven – hinter dem Nahen Osten, Lateinamerika und der UdSSR. Die APPA strebt zukünftig eine Zusammenarbeit mit der OPEC an.

Mittelamerika

Ein Versuch der Staatschefs von Costa Rica, Honduras, El Salvador und Guatemala einen „Friedensplan“ für Mittelamerika unter Ausschluß der Contadora-Gruppe und Nicaraguas zu verabschieden, und damit die sandinistische Regierung zu politischen Konzessionen zu zwingen, scheiterte am 15. Februar d.J. in Costa Rica.

Der costaricanische Staatspräsident Oscar Arias hatte den Plan vorgelegt, der einen Waffenstillstand in den betroffenen Ländern, eine Einstellung der äußeren Hilfe für Aufständische, einen Dialog mit der unbewaffneten inneren Opposition, Abrüstungsschritte und die Einleitung eines „authentischen demokratischen, pluralistischen und partizipativen Prozesses“ vorsah. Die nicaraguanische Regierung hatte scharf gegen ihren Ausschluß von dem Treffen protestiert und die „Lektionen in Demokratie, die diese (Neokolonien der USA) uns geben wollen“ zurückgewiesen.

Die vier Staatschefs konnten sich allerdings nicht auf den „Friedensplan“ einigen, weil Honduras und El Salvador ihre Zustimmung verweigerten. Ein Grund hierfür war der Druck der Reagan-Administration, der die Forderungen an Nicaragua nicht weit genug gingen. Zum anderen hätte eine Verwirklichung des Plans die Fortsetzung des Krieges in El Salvador und gegen Nicaragua erschwert.

Die Beteiligten konnten sich lediglich darauf einigen, die Verhandlungen binnen 90 Tagen in Guatemala fortzusetzen, diesmal jedoch unter Beteiligung Nicaraguas.

Nicaragua

Wegen Differenzen über die Verwendung der Hilfgelder aus den USA und über die Frage, wie das Image der Contras zu verbessern sei, ist es in der Contra-Führung zu einer Krise gekommen. Sie führte am 16. Februar d.J. zum Rücktritt des Somozisten Adolfo Calero. Um vor der Öffentlichkeit zu verschleiern, daß



Protest gegen das sog. Schlußstrich-Gesetz („punto final“) in Buenos Aires

die Contra von ehemaligen Nationalgardisten Somozas geführt wird, hatten die USA 1985 die Vereinigte Nicaraguanische Opposition (UNO) gegründet. In ihre Dreierführung hatte sie neben Calero, dem ehemaligen Direktor der Coca-Cola-Niederlassung in Nicaragua, Arturo Cruz und Alfonso Robelo aufgenommen, die beide nach 1979 der nicaraguanischen Staatsführung angehört hatten.

Die eigentliche Macht lag aber bei Calero, da er der bei weitem größten bewaffneten Organisation der Contras, der Nicaraguanischen Demokratischen Kraft (FDN) vorsteht. Bereits Ende Januar d.J. waren 7 Kommandanten der sog. „Südfront“ aus der FDN ausgetreten, weil ihnen von der UNO kaum Mittel zur Verfügung gestellt wurden.

Der Abgang Caleros wurde durch Rücktrittsdrohungen von Cruz und Robelo erzwungen. Sie konnten dabei auf die Unterstützung der Reagan-Administration zählen, die angesichts der geringen Bereitschaft des Kongresses – vor allem wegen der Iran-Affäre – weitere Mittel für die Contras bereit zu stellen, gezwungen ist, das Image der Söldner zu verbessern. Aus diesem Grunde wurde jetzt Pedro Joaquín Chamorro Jr., der Sohn des 1978 auf Befehl Somozas ermordeten Direktors der Zeitung „La Prensa“, in die UNO-Führung aufgenommen.

Die Rechnung ging jedoch nicht auf, da die FDN es weiterhin ablehnte, sich der Führung der UNO zu unterwerfen. Cruz nahm deshalb am 10. März d.J. seinen Hut.

Argentinien/Uruguay

Seit dem 22. Februar d.J. ist in Argentinien ein Amnestiegesetz in Kraft, das keine weiteren Beschuldigungen der Sicherheitsorgane wegen Menschenrechtsverletzungen, die während der Militärdiktatur (1976-83) begangen wurden, mehr zuläßt. Lediglich das Delikt Kindesentführung ist davon ausgenommen.

Das Ende Dezember 1986 gegen den entschiedenen Widerstand von Menschenrechtsorganisationen, der oppositionellen Peronisten und von Linksparteien verabschiedete sog. Schlußstrich-Gesetz („punto final“) setzte zivilen Justizbehörden und Privatpersonen eine 60-Tage-Frist, um Beschuldigungen gegen Angehörige der Militärs, der Polizei oder gegen mit Duldung der Sicherheitsorgane vorgehende Zivilisten vorzubringen. In dieser Zeit wurden über 2.000 Anzeigen gegen mehrere hundert Militärs aufgenommen, von denen nach Angaben der Zeitung „Clarín“ etwa 139 mit einem Strafverfahren rechnen mußten.

Ohne die Möglichkeit einer Strafverfolgung wurde in Uruguay eine Generalamnestie erlassen. Darunter fallen alle von den Sicherheitskräften unter der Militärdiktatur in den Jahren 1973-85 begangenen Verbrechen. Ein entsprechendes – bereits im August 1986 von

Präsident Julio Sanguinetti angeregtes – Gesetz wurde am 22. und 23.12.1986 von der regierenden Colorado-Partei und der Nationalen Partei, gegen die Stimmen des linksgerichteten Parteienbündnisses Frente Amplio (Breite Front), im Parlament verabschiedet.

Anfang März d.J. begann eine Unterschriftensammlung, um ein Referendum über die Rücknahme des Gesetzes durchzusetzen. Sie wird von den einheitlichen Gewerkschaften und Studentenorganisationen des Landes, von Menschenrechtsorganisationen, der Frente Amplio, den ehemaligen Guerrilleros der Tupamaros und anderen Organisationen unterstützt. Bis zum Jahresende müssen 550.000 Unterschriften (1/4 der Wahlberechtigten) gesammelt werden.

Südkorea

Trotz des Einsatzes von 39.000 Polizisten und Massenverhaftungen protestierten am 3. März d.J. erneut mehrere tausend Menschen gegen den Foltertod des 21jährigen Studenten Park Chong-Chul (vom 14.1.1987). Er war wegen sog. regierungsfeindlicher Aktivitäten von der Polizeiabteilung für Kommunismus-Bekämpfung verhaftet worden. Die verantwortlichen Polizeibeamten wurden vom Dienst suspendiert und unter Anklage gestellt. Zudem wurde

Trauer um den zum Tode gefolterten Studenten Park Chon-Chul in Südkorea



Innenminister Chung Ho Jong entlassen.

Während die Regierung Chun Doo-Hwan den Foltortod als unglücklichen Einzelfall herunterzuspielen suchte, sprachen Vertreter oppositioneller Kräfte davon, daß Park längst nicht das einzigste Opfer des Polizeiterrors sei. Aufgrund dessen riefen die Oppositionskräfte, Menschenrechts- und kirchliche Gruppen, Anhänger der Neuen Koreanischen Demokratischen Partei (NKDP) u.a. zu einem landesweiten Nationalen Volkstrauertag am 7. Februar d.J. aus Protest gegen das Regime Chun Doo-Hwan auf.

Bereits im Vorfeld der Protestveranstaltungen wurden etwa 30 führende Oppositionelle unter Hausarrest gestellt sowie über 2.000 Personen wegen „Verdachts auf kriminelle Tätigkeiten“ verhaftet. Schließlich wurde die zentrale Kundgebung in Seoul durch den Polizeipräsidenten verboten.

Trotzdem folgten viele tausend Koreaner dem Aufruf. Die Polizei ging gewaltsam gegen die Demonstranten vor, wobei sich heftige Straßenschlachten ereigneten. Mehrere hundert Demonstranten wurden verhaftet und vor Schnellgerichte gestellt.

Südpazifik

Die Weigerung der US-Regierung, sich zur Respektierung des Vertrages über eine atomwaffenfreie Zone im Südpazifik zu verpflichten, ist von Australiens Außenminister Bill Hayden scharf kritisiert worden. Nach einem Bericht der „New York Times“ sagte Hayden, Washington könne dabei nicht mit dem Verständnis der südpazifischen Länder rechnen. Anfang Februar d.J. hatte der Sprecher des US-Außenministeriums, Charles Redman, in Washington mitgeteilt, daß die USA die Unterzeichnung der entsprechenden Zusatzprotokolle des Vertrages „aus Rücksicht auf ihre weltweiten Sicherheitsinteressen und -verantwortlichkeiten“ ablehnten.

Der 1985 von den 13 Mitgliedsstaaten des Südpazifischen Forums erarbeitete „Vertrag von Rarotonga“, der Herstellung, Erwerb, Stationierung, Anwendung und Erprobung von Atomwaffen im Südpazifik verbietet, war im Dezember 1986 in Kraft getreten. Kurz darauf hatte sich die UdSSR als erster atomwaffenbesitzender Staat mit der Unterzeichnung der Zusatzprotokolle zur Respektierung der Vertragsbestimmungen verpflichtet.

Anfang Februar d.J. zog die VR China nach und unterzeichnete ebenfalls. In einem Schreiben an den Ministerpräsidenten Fidschis, Kamise Mara, der derzeit den Vorsitz des Südpazifischen Forums innehat, wertete Chinas Außenminister Wu Xueqian die Schaffung der atomwaffenfreien Zone als einen wichtigen Beitrag zum Frieden und zur Sicherheit in der asiatisch-pazifischen Region.

Frankreich und Großbritannien lehnen dagegen, ebenso wie die USA, die Unterzeichnung der Zusatzprotokolle weiterhin ab.

Südliches Afrika

Vom 5.-7. Februar d.J. fand in Gaborone, der Hauptstadt Botswanas, ein Treffen der Konferenz des Südlichen Afrika zur Entwicklungskoordination (SADCC) statt, an der auch zahlreiche Vertreter von Geberländern und internationalen Organisationen teilnahmen.

Erklärtes Ziel von SADCC, deren Mitglieder Angola, Tansania, Mosambik, Malawi, Sambia, Simbabwe, Botswana, Lesotho und Swasiland

sind, ist es, die Abhängigkeit von Südafrika abzubauen. Priorität räumt SADCC daher dem Aufbau von Verkehrsverbindungen ein, die nicht durch Südafrika führen. SADCC will nun auch stärkeres Gewicht auf den Produktionsbereich und intraregionalen Handel legen. Es waren 200 Unternehmensvertreter zu einem parallel veranstalteten Seminar eingeladen. Während die britische Regierung die SADCC-Staaten nun stärker unterstützen will, ist die Regierung Reagan auf dem SADCC-Treffen nur scheinbar konziliant aufgetreten. Der Leiter der US-Entwicklungsbehörde (USAID), Peter McPherson, versprach den SADCC-Mitgliedern zwar vorbehaltlich der Kongreßbewilligung zusätzlich 93 Mio \$. Diese Gelder sollen jedoch vorwiegend bilateral ausgegeben werden.

McPherson gab auf einer Pressekonferenz zu, daß keine neue Hilfe an Angola, Simbabwe und Tansania gehen werde. Die Bundesregierung machte ebenso wie die EG und die USA den SADCC-Staaten klar, im Fall von Sanktionen gegen den Apartheidstaat hätten sie keine Unterstützung zu erwarten.

Ende Januar d.J. lancierte hingegen die Bewegung der Nichtpaktgebundenen einen Afrika-Fonds, der die Frontstaaten gegen Vergeltungsmaßnahmen Südafrikas stärken soll.

Nahostkonflikt

Auseinandersetzungen über eine internationale Nahostfriedenskonferenz haben Anfang März d.J. fast zu einem Bruch der israelischen Regierungskoalition aus Likud-Block und Arbeiterpartei geführt.

Der derzeitige israelische Regierungschef und Führer des Likud-Blocks, Yitzhak Shamir, hatte sich bei einer zehntägigen Reise in die USA, die er am 16. Februar d.J. angetreten hatte, gegenüber US-Außenminister George Shultz gegen eine internationale Nahostkonferenz

ausgesprochen.

Sie würde „doch zu einem internationalem Tribunal gegen Israel ausarten“.

Shamir beharrte auf direkten Verhandlungen zwischen Israel und Jordanien sowie ausgesuchten Palästinensern aus den besetzten Gebieten („Araber des Landes Israel“). Dies bedeutet nicht mehr als eine Fortsetzung des Separatfriedensprozesses, welcher 1978 mit dem israelisch-ägyptischen Separatfriedensvertrag (Camp-David-Abkommen) eingeleitet worden war.

Die USA stimmen inzwischen einer internationalen Konferenz unter Schirmherrschaft der UNO zu – allerdings unter der Bedingung, daß eine solche Konferenz lediglich im Rahmen für autonome, direkte Verhandlungen der Konfliktparteien bildet. Die Beteiligung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes wird jedoch auch von den USA abgelehnt.

Die Haltung Washingtons stellt insgesamt lediglich ein Einlenken auf die Position Jordanien dar, welches Verhandlungen formell von der Existenz eines internationalen Rahmens abhängig macht. Auch die EG befürwortet am 23. Februar d.J. in einer Erklärung eine internationale Konferenz, ohne jedoch die PLO zu erwähnen.

Wenige Stunden vor der Rückkehr Shamirs aus den USA war dessen Koalitionspartner und derzeitiger Außenminister, Shimon Peres, nach Ägypten gereist, um mit Präsident Mubarak die im September 1986 abgebrochenen Gespräche wieder aufzunehmen. Hier einigte man sich – in Übereinstimmung mit der Position der USA – auf die Notwendigkeit einer internationalen Konferenz unter Schirmherrschaft der UNO. Strittig blieb allerdings wiederum das Kernproblem einer Beteiligung der PLO.

Shamir drohte daraufhin mit einem Bruch der israelischen Regierungskoalition.

Zeitschriftenschau

ila-info, Nr. 102/Februar 1987

Schwerpunktthema: Neue Wege? – Frauen in Nicaragua: Rechtliche Situation der Frauen ● Rolle der Mütterlichkeit in Ideologie und Praxis ● Gesellschaftssicht nicaraguanischer Schriftstellerinnen ● Lebensbeschreibung der achtzigjährigen Chabelita Castro ● Interview mit der nicaraguanischen Krankenschwester Zoraida Torres am Ende eines 1jährigen BRD-Aufenthaltes ● Weitere Beiträge: Rolle Israels in Zentralamerika ● Amnestiesetze in Argentinien und Uruguay ● Städtepartnerschaften mit Nicaragua
Einzelpreis 3,50 DM; Abo 35 DM
Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Latinamerika-Nachrichten, Nr. 156/Februar 1987

Chile: Mißglücktes Attentat, Pabstbesuch, zerstrittene Opposition ● Dokumentation: ehemalige Offiziere analysieren Veränderungen innerhalb der Junta ● Argentinien/Uruguay: Die Mörder der Zeit der Diktatur sollen nach den bereits verabschiedeten Amnestie-Gesetzen straffrei ausgehen ● Solidarität: Weiterhin „Waffen für El-Salvador?“ ● Weitere Artikel über Brasilien und Trinidad & Tobago
Einzelpreis 4,50 DM; Abo 50 DM
Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Blätter des iz3w, Nr. 139/Februar 1987

Atomkräfte in der Dritten Welt ● China: Auswirkungen der Privatwirtschaft ● Äthiopien: eine Analyse des Militärregimes ● Das neue Berufsbildungskonzept des BMZ ● Türkei: Die Geschäfte der deutschen Konzerne ● Die sozialen Folgen der internationalen Verschuldung ● Interviews aus Südafrika, Indien und Sri Lanka ● Asyl: Über die Aushöhlung eines Grundrechts – Interview mit Organisatoren der Aktion Fluchtbürg Berlin
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Mittelamerika-Magazin, Nr. 59/Februar 1987

Schwerpunkt: Interview mit dem Generalsekretär der TU „Simon Bolivar“ in Managua Julio Maltez über Ausbildungsmöglichkeiten, Probleme von Forschung und Lehre, Austausch von Wissenschaftlern, Möglichkeiten und Chancen angepaßter Technologien und Technologiefolgerscheinungen wie Umweltverschmutzung ● Weitere Beiträge: Auslandsschulden Costa Ricas ● Menschenrechtslage in Guatemala ● der Kampf der „Pascual“-Kooperative gegen die ökonomische Krise in Mexico ● geheime Kontakte zwischen CIA und Contra ● Unabhängigkeitsbestrebungen Puerto Ricas
Einzelpreis 3 DM; Abo (6Hefte) 18 DM
Bezug: Magazin Verlag, Schwefelstr. 6, 2300 Kiel 1

G 7426 E

Postvertriebsstück

Zeitungsgebühr bezahlt

Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 5

Wir schenken jedem ein Buch...

... der uns einen **neuen Abonnenten** nennt oder das AIB verschenkt.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



Elisabeth Reimann

Ich war ein Contra

Bekanntnis eines antisandinistischen Kommandanten

Pahl-Rugenstein-Verlag

120 Seiten, 9,80 DM

Vukani-Makhosikazi

Frauen in Südafrika

Bilder und Texte

Pahl-Rugenstein-Verlag

288 Seiten, 16,80 DM

Jochen Hippler

Krieg im Frieden

Amerikanische Strategien für die Dritte Welt

Pahl-Rugenstein-Verlag

180 Seiten, 14,80 DM